

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Bezugspreis:
 Vierteljahr 4.50 RM., monatlich 1.50 RM., frei ins Haus, vorausschickend Einzelne Nummern 10 Pfennig. **Vollbezug:** monatlich, vom Posthalter abzuholen 1.50 RM., vom Briefträger ins Haus gebracht 1.64 RM. Unter Kreuzband für Deutschland und Ostpreußen, Ungarn 2.— RM., für das übrige Ausland 4.50 RM. monatlich. Versand ins Feld bei direkter Bestellung monatlich 1.50 RM. **Postbestellungen** nehmen an: Dänemark, Holland, Luxemburg, Schweden und die Schweiz. Vingttragen in die Post-Bestellungs-Verhältnisse. **Erscheint täglich.**

Telegraphische Adresse:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Anzeigenpreis:
 Die halbe Spalte 60 Pfennig, die ganze Spalte 1.20 RM., 2 Spalten 2.40 RM., 3 Spalten 3.60 RM., 4 Spalten 4.80 RM., 5 Spalten 6.00 RM., 6 Spalten 7.20 RM., 7 Spalten 8.40 RM., 8 Spalten 9.60 RM., 9 Spalten 10.80 RM., 10 Spalten 12.00 RM., 11 Spalten 13.20 RM., 12 Spalten 14.40 RM., 13 Spalten 15.60 RM., 14 Spalten 16.80 RM., 15 Spalten 18.00 RM., 16 Spalten 19.20 RM., 17 Spalten 20.40 RM., 18 Spalten 21.60 RM., 19 Spalten 22.80 RM., 20 Spalten 24.00 RM., 21 Spalten 25.20 RM., 22 Spalten 26.40 RM., 23 Spalten 27.60 RM., 24 Spalten 28.80 RM., 25 Spalten 30.00 RM., 26 Spalten 31.20 RM., 27 Spalten 32.40 RM., 28 Spalten 33.60 RM., 29 Spalten 34.80 RM., 30 Spalten 36.00 RM., 31 Spalten 37.20 RM., 32 Spalten 38.40 RM., 33 Spalten 39.60 RM., 34 Spalten 40.80 RM., 35 Spalten 42.00 RM., 36 Spalten 43.20 RM., 37 Spalten 44.40 RM., 38 Spalten 45.60 RM., 39 Spalten 46.80 RM., 40 Spalten 48.00 RM., 41 Spalten 49.20 RM., 42 Spalten 50.40 RM., 43 Spalten 51.60 RM., 44 Spalten 52.80 RM., 45 Spalten 54.00 RM., 46 Spalten 55.20 RM., 47 Spalten 56.40 RM., 48 Spalten 57.60 RM., 49 Spalten 58.80 RM., 50 Spalten 60.00 RM., 51 Spalten 61.20 RM., 52 Spalten 62.40 RM., 53 Spalten 63.60 RM., 54 Spalten 64.80 RM., 55 Spalten 66.00 RM., 56 Spalten 67.20 RM., 57 Spalten 68.40 RM., 58 Spalten 69.60 RM., 59 Spalten 70.80 RM., 60 Spalten 72.00 RM., 61 Spalten 73.20 RM., 62 Spalten 74.40 RM., 63 Spalten 75.60 RM., 64 Spalten 76.80 RM., 65 Spalten 78.00 RM., 66 Spalten 79.20 RM., 67 Spalten 80.40 RM., 68 Spalten 81.60 RM., 69 Spalten 82.80 RM., 70 Spalten 84.00 RM., 71 Spalten 85.20 RM., 72 Spalten 86.40 RM., 73 Spalten 87.60 RM., 74 Spalten 88.80 RM., 75 Spalten 90.00 RM., 76 Spalten 91.20 RM., 77 Spalten 92.40 RM., 78 Spalten 93.60 RM., 79 Spalten 94.80 RM., 80 Spalten 96.00 RM., 81 Spalten 97.20 RM., 82 Spalten 98.40 RM., 83 Spalten 99.60 RM., 84 Spalten 100.80 RM., 85 Spalten 102.00 RM., 86 Spalten 103.20 RM., 87 Spalten 104.40 RM., 88 Spalten 105.60 RM., 89 Spalten 106.80 RM., 90 Spalten 108.00 RM., 91 Spalten 109.20 RM., 92 Spalten 110.40 RM., 93 Spalten 111.60 RM., 94 Spalten 112.80 RM., 95 Spalten 114.00 RM., 96 Spalten 115.20 RM., 97 Spalten 116.40 RM., 98 Spalten 117.60 RM., 99 Spalten 118.80 RM., 100 Spalten 120.00 RM.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Amt Nordplatz, Nr. 151 90—151 97. **Mittwoch, den 14. August 1918.** Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Amt Nordplatz, Nr. 151 90—151 97.

Angriffe zwischen Avre und Oise.

Der Kampf der russischen Parteien.

Bei der allgemeinen Unklarheit über die russischen Verhältnisse ist ein Bericht des Moskauer Korrespondenten der „Frankfurter Zeitung“ aus den ersten Augusttagen über die Parteileitung von großem Interesse. Er stellt fest, daß alle Parteien deutschfeindlich sind. Die Deutschfeindschaft der Bolschewisten sei nur als sehr relativ zu betrachten. Lenin und Trotzki haben ja auch in der Tat aus ihren Gefühlen gegen Deutschland niemals einen Schuß gemacht und nur erklärt, daß sie auch in dem ungünstigen Frieden von Brest-Litowsk hätten willigen müssen, um die internationale Revolution vor dem allgemeinen Zusammenbruch der diversen Imperialismen nicht erstickend zu lassen. Das ist der Sinn der berühmten „Mimose“, mit der Lenin seine Freunde über alle Schmerzen und Wunden des Brest-Friedens hinwegtröstet.

Ueber die Beziehungen zwischen den Bolschewisten und den Sozialrevolutionären und der verschiedenen Gruppen der Sozialrevolutionären untereinander folgt der Bericht der „Frankfurter Zeitung“:

„Sawinkoff gehört zum rechten Flügel der Sozialrevolutionäre, der mit der Entente in offener Verbindung steht. ... Was den rechten Flügel mit dem linken einigt, ist ihr Programm des Terrorismus. Was sie hauptsächlich trennt, ist das Fehlen der rechtsstehenden Gruppen auf dem Boden der konstituierenden Versammlungen. Der linke Flügel hat sich dagegen seit der Auflösung der Konstituante den Bolschewisten angeschlossen und billigt deren Widerstand gegen jeden Versuch zur Bildung eines Parlaments. Diktatur und Terrorismus sind verwandte Begriffe.“

Von den Linken Sozialrevolutionären ist bisher behauptet worden, daß sie mit der Entente nichts zu tun hätten. Die Führer der rechten Sozialrevolutionäre, vor allem Sawinkoff, stehen dagegen mit der Entente, besonders mit dem britanischen Geschäftsmann Robbins, den Wilson als Vertreter des amerikanischen Volkes nach Rußland entsandte, in enger Verbindung. Den Mann der Indifferenz der linken Sozialrevolutionäre gegen die Entente hat deren Parteimitglied Wodnesenski durch seine Zusammenkünfte mit Koulens und Francis in Moskau gebrochen.“

Nach einem Briefe des baltischen Barons Noide, der in der russischen Kadettenpartei eine Rolle spielt, an die „Vossische Zeitung“ entwickelte sich unter den Kadetten ein Gegensatz zwischen der ententefreundlichen Moskauer Richtung und der Petersburger Gruppe, die russisch und nichts als russisch sein wollte und der auch Miljukow zugezählt wird. Wie ein neueres Telegramm aber mitteilt, hat sich auch die Petersburger Gruppe wieder zur Entente geneigt und Miljukows Annäherungsversuche an Deutschland dekadentiert, was mindestens als Symptom zu werten ist. Neben Bolschewisten und Sozialrevolutionären scheinen die Kadetten heute freilich in den Hintergrund gedrängt zu sein.

Der Kampf der Sowjetarmeen mit den Tschekoslowaken.

Moskau, 7. August. (P. T. A.) Die Kräfte der Weißen Garde, Tscheko-Slowaken und Kosaken auf der Mittel-Wolgafrent beziffern sich auf 80 000 Mann. Die Zusammenziehung der Sowjetarmeen ist beendet und erreicht die Zahl von 150 000 Mann. Der begonnene Angriff entwickelt sich erfolgreich. Die Sowjettruppen zogen bereits unter Kämpfen in die Vorstadt von Simbirsk ein.

Moskau, 8. August. (P. T. A.) In Moskau trafen Vertreter der Sowjets aus Ostibirien ein und erklärten, daß die Tscheko-Slowaken nur bis zum Ural gekommen seien. Weiter östlich vom Ural sei ganz Sibirien in den Händen der Sowjetregierung. Ueber den Städten und Dörfern Ost Sibiriens weht nach wie vor die rote Flagge der sozialistischen Republik. Ostibirien ist keineswegs der Sammelplatz der englisch-französischen Truppen, denn weder solche, noch amerikanische oder japanische Abteilungen befinden sich dort.

Moskau, 6. August. (P. T. A.) Uralgebiet: Eine unserer Abteilungen schlug den Gegner bei dem Gehöft Tschikonska und drängte ihn bis nach Petropawlowka, 25 Werst südwestlich von Nowosibirsk, zurück. Auf dem Wege Quinzel-Simbirsk mußte unsere Abteilung, von der Uebermacht des Gegners gezwungen, bei der Station Kschinka zurückgehen. Im Neben Spaff besetzten wir Jekaterinowka, wobei Gewehre und Granaten in unsere Hände gelangten. — Woronescher Distrikt: In der Richtung nach Kalatschewka nahmen die Sowjettruppen Kalatsch ein und erbeuteten eine Menge Trophäen, deren Zahl noch festgestellt werden wird. Ferner nahm eine unserer Reiten im Kampf Krasnopolje ein. Die Kosaken wurden hinter den Fluß Tschanka zurückgeschlagen. In der Richtung nach Bownorinsk! verließen unsere Truppen die Stationen Karshenskoja und Algeiskowo. In der Schwarzmeer-Kuban-Richtung machte die feindliche Kavallerie einen Ueberfall auf die Stationen Wereskaja, Jekaterinowka und Tschukowkowskaja. —

Zwischen Avre und Avre ruhiger Tag — Zwischen Avre und Oise neu eingeseckte Feindesdivisionen abgewiesen. — Fünfmaliger Ansturm bei Tilloloy gebrochen.

Berlin, 13. August 1918, abends. Amtlich.

Von der Avre bis zur Avre ruhiger Tag. Zwischen Avre und Oise sind Teilangriffe des Feindes gescheitert.

Amtlich. Großes Hauptquartier, 13. August 1918. (P. T. A.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Seezugsgruppe Kronprinz Rupprecht.

Südwestlich von Ypern am frühen Morgen heftiger Artilleriekampf. Feindliche Angriffe kamen in unserer Feuer nicht zur Entwicklung. Südlich von Merris wurden mehrfach wiederholte englische Teilangriffe abgewiesen. Seerfeldkämpfe beiderseits des La Bassée-Kanals und zwischen Scarpe und Avre.

An der Schlachtfront ruhiger Vormittag zwischen Avre und Avre. Südlich der Somme griff der Feind am Nachmittag zu beiden Seiten der Römmerstraße Roncourt—Villers Bretonneux an. Er wurde abgewiesen. Nördlich der Straße Amiens—Reze schlugen wir am Abend harte feindliche Angriffe ab. Zwischen Avre und Oise tagüber heftiger Kampf mit teilweise neu eingeseckten französischen Divisionen. Starke Kräfte griffen im Morgennebel dicht südlich der Avre sowie zwischen Tilloloy und nördlich von Vincourt an. Sie brachen vor unseren Linien zusammen; an einzelnen Stellen warfen wir sie im Gegenstoß zurück. Zwischen Tilloloy und Canny, westlich und südwestlich von Laffaux setzte der Feind seine Angriffe bis zum späten Abend, südlich von Tilloloy bis zu fünf Malen fort; aus dem Nacht-Grunde heraus trafen schwächere Kräfte vor. Wir schlugen den Feind zurück; vielfach blieben seine Angriffe schon in unserem zusammengefaßten Artilleriefeuer liegen.

Seezugsgruppe Deutscher Kronprinz.

Nördlich und östlich von Hismes hatten deutsche Angriffsunternehmungen Erfolg und brachten Gefangene ein.

Gestern wurden 29 feindliche Flugzeuge abgeschossen. Leutnant Adel errang seinen 53., Hauptmann Berthold seinen 43. und 44., Leutnant Freyher v. Althofen seinen 39. und 40., Leutnant Poenneke seinen 29., Bizfeldwibel Thom seinen 28., Leutnant Loumann seinen 24., Oberleutnant Freyher v. Dornigt seinen 21., die Bizfeldwibel Doer und Mai ihren 20. Aufstieg.

Der Erste Generalquartiermeister. Lubendorf.

Der österreichische Bericht.

Wien, 13. August. Amtlich wird verlautbart:

An der Tiroler Gebirgsfront haben Sturmpatrouillen des Schützen-Regiments Nr. 37 einen gelungenen, für den Gegner verlustreichen Ueberfall auf die feindlichen Stellungen auf dem Monte Corvo ausgeführt.

Die fortgesetzten Fliegerangriffe auf den Raum von Feltre fordern unter der italienischen Zivilbevölkerung zahlreiche Opfer. Auf dem albanischen Kriegsschauplatz nichts von Belang.

Der Chef des Generalstabes.

Karumer Bezirk: Am 4. August besetzten unsere Abteilungen Jfalagorta und gehen weiter vor.

Jarische Minister vor dem Revolutionstribunal.

Moskau, 5. August. (Redung der P. T. A.) In der bevorstehenden Session des Revolutions-Tribunals werden die Verhandlungen gegen die jarischen Minister Schischeglowitsch, Schwotoff, Protosopoff und andere stattfinden.

Engländer in Wladiwostok.

London. (Neuter.) Das Kriegsamt meldet: Die in Wladiwostok gelandeten Engländer sind an die Ussurifront vorgezückt und von den Tschekoslowaken begeistert begrüßt worden.

Das Seegefecht bei Terschelling.

Amsterdam, 12. August. Nach den letzten Berichten von Terschelling wurde bei dem gestrigen Gefecht außer dem Juppelin auch ein deutsches Flugzeug abgeschossen. Von den englischen Motorbooten wurden drei versenkt und drei beschädigt. Eins der beschädigten Boote konnte mit eigener Kraft den Strand erreichen, die beiden anderen wurden von holländischen Torpedoboote nach Terschelling geschleppt. Von den Besatzungen der Boote wurden 13, nach einer anderen Meldung 18 Mann gerettet, darunter ein Verwundeter.

Die Geltung des Brest-Friedens

Der Kaiser von Oesterreich trifft heute im Großen Hauptquartier ein. In seiner Begleitung befinden sich der Minister des Auswärtigen Graf Burian und der österreichisch-ungarische Votschafter in Berlin Prinz Hohenlohe. Auch Graf Wedel, der deutsche Votschafter in Wien, nimmt an den Verhandlungen teil. Weiter sind Prinz Radziwill und Graf Konikier als Vertreter der polnischen Regierung anwesend. Es sollen alle schwebenden Fragen unter besonderer Berücksichtigung der polnischen Frage besprochen werden.

Heute trifft Kaiser Karl mit großem politischen Gefolge im Großen Hauptquartier ein, wo sich alle leitenden Männer der Reichsregierung, mit Ausnahme des Vizekanzlers — wenigstens wurde seine Abreise nicht gemeldet — einstellend gegeben haben.

Ein solches Massenaufgebot berühmter Zeitgenossen deutet auf großes Geschehen. Die Annahme ist wohl richtig, daß im Osten „feste Verhältnisse“ geschaffen werden sollen. Das Streben ist an sich loblich. Jede politische und wirtschaftliche Arbeit wird im besetzten Gebiete durch die Unsicherheit über ihre Zukunft gelähmt. Aber schaffen die jetzigen Verhandlungen wirklich feste Verhältnisse, bringen sie endgültige Entscheidungen, schaffen sie jene eindeutige Klarheit, die die Voraussetzung einer großartigen, aufbauenden Arbeit ist?

Die Lösung der Dittagen fußt auf dem Brest-Frieden. Die Erwartung, daß die jetzt zu einem „gewissen“ Abschluß geführten Verhandlungen in Berlin mehr als die Ausführungsbestimmungen des Brest-Friedens zum Ziele hatten, dürften irrig sein. Der Inhalt dieser ergänzenden Abmachungen ist nicht bekannt. Aber der Umstand, daß der Vertreter der Sowjetrepublik Joffe persönlich mündlichen Bericht erstatten will, läßt doch schließen, daß ihre Annahme durch die Räteregierung, wenn sie auch sehr wahrscheinlich sein mag, doch keine glatte Selbstverständlichkeit ist. Auch das spricht dagegen, daß jetzt unter dem Titel von „Ausführungsbestimmungen“ eine tatsächliche Revision des Brest-Vertrages erfolgt ist. Die deutsche Regierung hält an diesem Schwertfrieden fest und vermeidet jeden Anschein, als könnte sie sich durch die Tagesereignisse im Westen irritieren lassen.

Aber ist der Brest-Frieden eine wirklich tragfähige Grundlage, auf der dauernde Verhältnisse mit gutem Gewissen aufgebaut werden können? Ist er der passende Hintergrund, von dem sich Königswahlen, Thronbesteigungen und andere frohe Kriegesfeste wirkungsvoll und glanzvoll abheben?

Vor allem eine Tatsache, die der deutschen Öffentlichkeit aus dem Gedächtnis entschwunden oder richtiger, überhaupt nie zum Bewußtsein gekommen zu sein scheint: der Frieden von Brest-Litowsk ist von keiner Großmacht anerkannt.

Die Anerkennung des Brest-Friedens muß erst gegen alle Großmächte der Welt erstritten werden! Und jedermann sei sich darüber klar, daß er nicht minder unersöhnlicher Feindschaft begegnet als die offene oder verdeckte Beherrschung Belgiens. Es ist ein tödliches Vogel-Strauß-Spiel, den Brest-Frieden solange in der deutschen Presse als schlichte Selbstverständlichkeit zu behandeln, bis ihn auch die anderen selbstverständlich finden. So dummt sind die anderen nicht! Lloyd George exemplifiziert nicht umsonst in jeder seiner Reden von dem Brest-Schwertfrieden, wie ein guter Frieden nicht aussehen dürfte.

Die Diskussion des Brest-Vertrages auf der allgemeinen Friedenskonferenz liegt schon deshalb nahe, weil die politischen Probleme ineinander greifen wie die Fäden eines Gewebes. Wie soll über Mesopotamien und Persien gesprochen werden, ohne daß Rußland-Armenien, die beherrschende Hochburg Vorderasiens, oder Turkestan erwähnt werden? Wie sollen auf dem Balkan neue staatliche Grenzen gezogen werden, ohne daß der Zusammenhang zwischen dem serbisch-bulgarischen, dem bulgarisch-rumänischen, dem rumänisch-bessarabischen Problem berührt wird?

Es gibt nur eine Möglichkeit, den Brest-Frieden zu behaupten, seine Korrektur von außen zu verhindern, seine Internationalisierung zu vermeiden: den alles überwältigenden deutschen Sieg im Westen!

Die letzten Ereignisse mahnen den heißblütigsten Optimisten zur Vorsicht. Aber wir leugnen die Möglichkeit dieses triumphalen Sieges nicht. Wir geben sie zu! Aber wir fragen die Reichsleitung, ob sie mit gutem Gewissen Deutschlands Gedeih und Verderb auf diese eine Möglichkeit setzen kann? Oder hält sie es nicht selbst für klüger, vor der sozogen organischen Fortsetzung des Werkes von Brest-Litowsk

zu warten, bis jene Möglichkeit eine vollendete Tatsache ist?

Das politische Ziel ist die Stabilisierung der Verhältnisse im Osten. Ein wünschenswertes Ziel, dessen Erreichung stürmischen Eifer lohnt! Aber wird dieses Ziel erreicht, wenn die doch nicht ganz geringe Zahl der Opponenten gegen die deutsche Herrschaft im Osten hoffen darf, mit den Engländern, Franzosen und Amerikanern noch einmal an den Schlachtengott zu appellieren?

Ohne den niederschmetternden militärischen Sieg kann der Prestige Frieden nicht der internationalen Diskussion entzogen werden. Aber diese Diskussion kann begrenzt werden, wenn die Regelung der Ostfragen so erfolgt, daß weder die Mandatvölker, noch die großen russischen Parteien eine Neuregelung um jeden Preis durchsetzen wollen und durchsetzen zu können hoffen dürfen. Dazu genügt weder eine Verabredung mit wohlgeachteten Notabeln, noch der Prestige Frieden, der von einer Regierung geschlossen ist, die sich nicht im unbestrittenen Besitz der Hoheitsrechte befindet, sondern im Grunde nur eine Partei im Bürgerkrieg ist. Die bolschewistische Regierung ist von Deutschland anerkannt, aber nicht von der Entente und großen inner-russischen Parteien; die sibirische Regierung ist von der Entente und den grundsätzlichen Gegnern der Bolschewisten, aber nicht von Deutschland anerkannt. Die sibirische Regierung lehnt jede verbindliche Verpflichtung aus dem Prestige Vertrag für sich ab. Kurz und gut: Der Prestige Frieden ist kein Definitivum, sein Schicksal hängt von dem Ausgang des Bürgerkrieges in Rußland und des Feldzuges im Westen ab.

Darum warnen wir in letzter Stunde, die Ehre des deutschen Volkes für Königreiche zu engagieren, die auf Flugland gebaut sind, Staaten zu produzieren, deren Schaffung von noch ganz unklaren Rückwirkungen auf die Mittelmächte sein kann. Das deutsche Volk schlägt sich für Deutschland, nicht für Polen, Litauen, Kurland, Estland, Livland. Und der elende Frieden von Brest-Litowsk ist nicht die Knochen eines einzigen deutschen Soldaten wert!

Troelstra über die Möglichkeit einer internationalen Konferenz.

Amsterdam, 13. August. In einer Unterredung, die der Sonderkorrespondent des „Hondelsblad“ mit Troelstra in Bercy hatte, erklärte letzterer, daß er eine sehr günstige Meinung über die Beschlüsse des französischen Sozialistenkongresses habe. Die Resolution zeige, daß der Friedenswille der französischen Sozialisten qualitativ viel ernster und härter geworden sei. Ueber die Zusammenberufung einer sozialistischen internationalen Konferenz habe er nichts Näheres weder aus Paris noch aus London vernommen, und er nehme in dieser Angelegenheit eine abwartende Haltung ein. In einem offenen Brief an Henderson habe er sich für Organisation der von diesem ausgehenden Idee zur Abhaltung einer internationalen Sozialistenkonferenz zur Verfügung gestellt. Ob die beiden Exemplare des niederländischen Textes dieses offenen Briefes an Henderson ihre Adresse erreicht haben, wisse er nicht. In diesem offenen Briefe an Henderson halte er sich nur für eine Konferenz disponibel, die als ehrlichen Versuch, den Frieden zu fördern, beabsichtigt sei und ebenso eine gleichartige Aktion der sozialistischen Partei in allen Ländern darstelle. Hat man sich einmal darüber geeinigt, sagte Troelstra, dann finde sich alles andere von selbst. Aber über diese alles beherrschenden Fragen habe ich noch keine Sicherheit. Ueber die Verweigerung des Passes für die Teilnahme an der Reichskonferenz in London sprechend, sagte Troelstra, daß wahrscheinlich

in erster Linie die französische Regierung die Haupttreiberin gewesen sei, ihm keinen Pass für diese Konferenz auszustellen. Die Regierung habe ihn verhindern wollen, einzelne wichtige Tatsachen zur Kenntnis der internationalen Sozialisten zu bringen. Er behaupte jedoch nicht, daß er nicht in London oder Paris gewesen sei. Er würde in seiner Rolle als Friedensvermittler nicht am richtigen Platze gewesen sein, wenn er in London bei dem plötzlichen Ausbruch der Konferenz anwesend gewesen wäre. Kerenski rufe die kapitalistischen Regierungen auf, eine sozialistische Regierung zu stützen. Er, Troelstra, siehe durchaus nicht auf Seiten der Bolschewiki, im Gegenteil halte er die russische Revolution durch den Terrorismus und durch die jeden praktischen Sinnes bare Haltung der Exzentriker für hoffnungslos kompromittiert. Aber wenn das Wort Selbstverpflichtung noch einige Bedeutung haben soll, dann müsse es dem Ringen der verschiedenen Kräfte in Rußland überlassen bleiben, aus dem Chaos zu einer Neuordnung zu gelangen. Zweitens wurde ihm durch Verweigerung des Passes erpart, die Einladung der französischen Regierung zum Besuche der französischen Front, die sein Freund Branting angenommen habe, abzuschlagen. Troelstra erklärte, wie als Gegner der Fortsetzung des Krieges, haben an den verschiedenen Fronten, wo diese gelegen sein mögen, nichts zu schaffen.

Eine Arbeiterkonferenz der Entente.

London, 12. August. Neuter erzählt: Auf Anregung des demnächst in England erwarteten Präsidenten des amerikanischen Arbeiterverbandes Samuel Compers wird vom 17. bis 19. September in London eine interalliierte Arbeiter- und Sozialistenkonferenz abgehalten werden. Die verlannt, werden neben den amerikanischen Delegierten ebenso wie bei der Konferenz vom 26. Juni Parteivertreter aus Frankreich, Belgien, Italien, Serbien, Griechenland, Portugal, Kanada und Rußland zur Teilnahme eingeladen werden.

London, 10. August. Neuter erzählt: In der Konferenz der Vertreter der den internationalen Organisationen angeschlossenen britischen Gewerkschaften, die am Freitag im Unterhause abgehalten wurde, wurde endgültig beschlossen, in der nächsten Jahreskonferenz der Gewerkschaften, die im September stattfinden wird, die sofortige Errichtung eines internationalen Bureau's zu beantragen, das nicht nur dazu beitragen soll, die Fühlung zwischen Großbritannien, den Kolonien, den Alliierten und den neutralen Nationen während des Krieges enger zu gestalten, sondern auch helfen soll, die zahlreichen Probleme, die bei Abschluß der Feindseligkeiten sich sicher ergeben werden, zu erledigen.

Es handelt sich also allem Anschein nach um ein Bureau, von dem die Gewerkschaften der Mittelmächte von vornherein ausgeschlossen sein sollen.

Die Verwaltungstätigkeit der Sowjetregierung.

Eine Unterredung mit Worowitsch.

Der russische Gesandte in Stockholm Worowitsch hält sich jetzt in Berlin auf — als Führer der russischen Delegation, die hier Verhandlungen mit den Finnen führt. In einer Unterredung, die der Gesandte dem Berliner Korrespondenten des „Neuen Wiener

Journal“, Dr. Friedberg, gewährte, sagte er: Die Lage der Sowjetregierung ist schwierig, aber die meisten Nachrichten, die darüber vorliegen, sind übertrieben. Die inneren Verhältnisse in Rußland sind ziemlich gut, so gut, wie sie bisher waren. Daß die deutsche Gesandtschaft aus Gründen der Sicherheit Moskau verlassen hat, beweist nicht das Gegenteil. Nicht einmal die Jaren konnten sich in ihren besten, stärksten Zeiten vor einem Mordanschlag schützen. Wenn hier die Nachricht vorliegt, daß auch Lenin und Trotski Moskau verlassen hätten, so genügt der Zusatz, daß die Sowjetregierung nach Kronstadt übergesiedelt wäre, als Beweis einer Erfindung, mit der man nicht zu rechnen braucht. Denn Kronstadt ist eine Festung, die im finnischen Bufen liegt, ganz abgeschnitten von Rußland, und es hätte für die Regierung gar keinen Sinn und Zweck, sich dorthin zu begeben. Ich kenne sehr wohl einzelne

Stimmen aus der deutschen Sozialdemokratie.

Die unserer Regierung der Vorwurf machen, daß wir zu wenig geleistet hätten. Darauf kann ich nur folgendes erwidern: Erstens hätten uns die deutschen Sozialdemokraten aktiv unterstützen sollen. Das haben sie leider nicht getan. Statt dessen haben sie uns durch unfruchtbar Kritik vielfach geschadet und uns diskreditiert. Dann meine ich, daß es überhaupt leichter ist, zu kritisieren, als zu handeln, besonders für Leute, die selbst nichts getan haben; die russische Bewegung zu unterstützen. Selbstverständlich ist Rußland in einem Zustand der Unordnung. Das kommt vom Krieg und allerdings auch von der Revolution. Denn auch die Revolution ist an und für sich keine schaffende Kraft. Sie muß erst das Alte niederreißen, dann bekommt sie das Terrain, Neues aufzubauen. Alle Transport- und Produktionsmittel sind durch den Krieg untergraben, durch die Okkupation der Ukraine sind wir von unserer Getreidekammer abgeschnitten, durch die konterrevolutionäre Bewegung der Tscheko-Slowaken auch von Sibirien. Unter solchen Bedingungen, in solcher Atmosphäre konnten natürlich nicht alle Organisationsabsichten unserer Regierung durchgeführt werden. Außerdem sehen unsere Kritiker nur die Neuerlichkeiten. Die Hauptarbeit geschieht aber bei uns keineswegs in Petersburg oder in Moskau, sie liegt nicht im Verpflegungswesen, sie liegt im Volke selbst. Die Massen sind heute ganz anders, als sie vor uns waren. Die Massen sind gewachsen — moralisch, geistig und politisch. Jedes Dorf in Rußland hat heute seine politische Organisation, die mit vollem Verständnis das Interesse ihrer Mitglieder wahr. Und das geschieht, obwohl die gegenwärtige Regierung an einem Mangel an tüchtigen und zuverlässigen und intelligenten Kräften leidet, weil die ganze bürgerliche Intelligenz Sabotage treibt. Der größte Teil der Arbeit wird deshalb durch einfache Mitglieder der Arbeiterklasse geleistet. Was haben die Sowjets in den neun Monaten unserer Herrschaft nicht alles für die Volksschule getan, für die Kindergärten und die Kinderkolonien! Da ist in gewaltigem Maßstab gearbeitet worden. Dann unsere wirksame Bekämpfung der Arbeitslosigkeit! Nicht nach den Früchten von oben sind wir zu beurteilen, sondern nach den Wurzeln, die wir ins Volk gelegt haben. Das ist das Wesentliche. Der Schwerpunkt ist nach unten gegangen. Wenn man unserer Regierung den Vorwurf macht, sie habe sich ungeschickterweise mit den linken Sozialrevolutionären überworfen, so ist darauf folgendes zu sagen: Als die linken Sozialrevolutionäre nach dem Abschluß des Friedens von Brest-Litowsk für die Fortsetzung des Krieges eintraten, haben sie den Anschluss an die Bauernschaft verloren, weil

die Bauernschaft Rußlands absolut gegen den Krieg

ist — eher sind noch die Industriearbeiter für die Fortsetzung des Krieges zu haben. So haben die linken Sozialrevolutionäre den Kontakt mit den Massen, ihre ganze soziale Kraft eingebüßt, und sie sind heute nichts weiter als eine kleine Intelligenzfraktion, die uns übrigens seinerzeit, als wir mit ihnen zusammengingen, nicht eine einzige leistungsfähige Arbeiterkraft geliefert hat. Wenn man uns den Vorwurf macht, wir wären nur Theoretiker, so behaupte ich, daß zum Beispiel in Lenin viel praktischer Verstand steckt. Außerdem entspricht die Dekrete unserer Regierung, die einen theoretisierenden Eindruck machen, den praktischen Forderungen unseres Lebens. Manches davon wird vielleicht mit der Zeit zu differenzieren sein, aber darauf beruht die innere Stärke der Sowjetregierung, daß wir Theorien verwirklichen. Wir haben die Massen von der alten ökonomischen und politischen Sklaverei befreit. Die Regierung Kerenski hat den Massen auf dem Papier allerhand politische Rechte gegeben, hat aber in Wirklichkeit die politische und wirtschaftliche Entrechtung der Massen beibehalten. Die Rechte der Gutbesitzer sind aufrechterhalten geblieben, dergleichen blieben alle Rechte der begüterten Massen unberührt. Unsere Sache

gegen die Tscheko-Slowaken

ist zuerst etwas schlaff gefühlt worden, auch der Betrat Murawjow hat ungünstig auf die Gestaltung der Dinge gewirkt, aber der gegenwärtige militärische Führer der Sowjettruppen, Wazetis, scheint die Sache gut zu führen. Wazetis hat es in der alten russischen Armee vom einfachen Soldaten bis zum Oberst gebracht, und er hat jetzt schnell die schwächsten Stellen der Tscheko-Slowaken herausgefunden. In den letzten Tagen haben die Tscheko-Slowaken beträchtliche Niederlagen erlitten. Ich selbst werde, sobald meine Berliner Geschäfte erledigt sind, nach Stockholm auf meinen Posten zurückkehren. Gegenwärtig führt die Geschäfte der Stockholmer Gesandtschaft mein zweiter Sekretär, der erste ist in Familienangelegenheiten in Rußland. Die Berliner Verhandlungen mit den Finnländern gehen nur langsam voran, dennoch hoffe ich, daß sie etwa in drei Wochen abgeschlossen werden können. Die Streitpunkte, über die wir uns bisher nicht einigen konnten, bestehen im wesentlichen im folgenden: Die Finnländer stehen auf dem Standpunkt, daß zwischen Finnland und Rußland Krieg war, und daß es sich um den Abschluß eines Friedensvertrages handle. Nach meiner Meinung haben wir einen Teilungsvertrag abzuschließen, einen Vertrag zwischen dem neuentstandenen Staat Finnland und uns. Daraus ergeben sich Differenzen um ökonomische Werte. Eine Einigung halte ich für sicher. Es liegt im Interesse Finnlands, in Zukunft gute Nachbarverhältnisse zu Rußland zu haben, ohne ein solches Verhältnis zu Rußland ist Finnland nicht lebensfähig. Die finnländische Industrie ist ganz auf den russischen und ukrainischen Markt angewiesen, nach dem Westen Europas ist sie nicht konkurrenzfähig, andererseits bedarf Finnland dringend des russischen Getreides und anderer russischer Lebensmittel. In Finnland herrscht jetzt Hunger. Bei den Verhandlungen bedienen wir uns der russischen und finnischen Sprache, es wird aber alles ins Deutsche übersetzt wegen der Anwesenheit der deutschen Herren.

Es verwundert uns nicht, daß ein Beamter der Sowjetregierung mit einem gewissen Optimismus von den Erfolgen dieser Regierung spricht. Leider werden seine Angaben durch die aus Rußland einlaufenden Nachrichten (auch solche, die keineswegs aus vorgenommenen Quellen stammen), zum Teil widerlegt. Es ist — gerade vom sozialistischen Standpunkte aus — recht bedenklich, wenn Worowitsch die Frage der Ernährung als eine solche zweiter Ordnung hinstellt und glaubt, über dies Problem mit dem Hin-

weis auf die Politisierung der Bauernschaft hinwegzusetzen zu können. Gerade dieser Punkt ist für die Fortdauer der bolschewistischen Herrschaft von entscheidender Bedeutung. Da zwingt es doch zum Nachdenken, wenn man z. B. in einem Moskauer Brief der „Internationalen Korrespondenz“ die Angabe findet, daß in Moskau die Brotration für Arbeiter 100 Gramm täglich, für Wohlhabende nur 50 Gramm beträgt, die aber nicht einmal regelmäßig zur Verteilung kommen. Die Verproviantierung geschieht wesentlich durch den Schleichhandel, obwohl auf diesen die Todesstrafe steht, bei ganz unheimlichen Preisen:

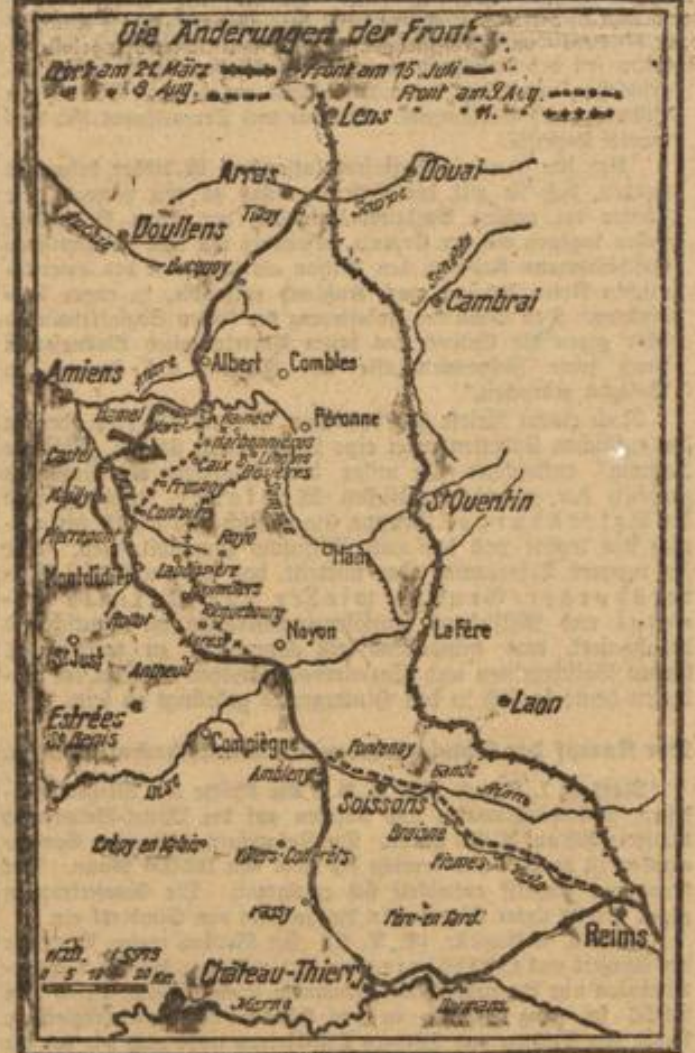
In Moskau zahlt man für Roggenmehl schlechtester Qualität zirka 300—400 Rubel per Pud (zirka 16 Kilo) — 25 R. für das Kilo — für sogenanntes weiches Mehl, welches auch milderer Qualität ist, 500—600 Rubel, und in Petersburg sind die Preise noch viel höher. Das hat dazu geführt, daß alles ganz unheimlich im Preise gestiegen ist und nur zu diesen Preisen kann sich die Bevölkerung auch nur das Notdürftigste verschaffen. — Die Regierung hat verhältnismäßig niedrige Höchstpreise festgesetzt, zu denen fast nicht geliefert wird, und der Lebensmittelverkehr spielt sich tatsächlich im Schleichhandel ab. — Butter oder andere Fettstoffe werden überhaupt nicht auf Karten abgegeben. Man zahlt für ein Pfund (russisch zirka 400 Gramm) Butter 16—18 Rubel, aber dieser Preis dürfte erheblich steigen, sobald die jetzt verhältnismäßig noch große Butterproduktion im Herbst herabgeht. Ein Ei kostet ein Rubel. Fleisch ist fast gar nicht zu haben, außer etwas Kalbfleisch, welches ganz phantastische Preise kostet.

Weiter zeigt der Moskauer Brief an sehr drastischen Beispielen, wie die örtlichen Sowjets sich um die von Moskau kommenden Besätze und Weisungen absolut nicht kümmern, so daß eine Zentralmacht in Rußland überhaupt nicht mehr existiert.

Stoßung der feindlichen Offensive.

Berlin, 13. August. Nachdem sich die englische Offensive zwischen Amiens und Arras nach den schweren und opferreichen vergeblichen Angriffen der letzten Tage an der Grenze des alten Somme-Schlachtfeldes festgefahren hat, verhielten sich die Engländer am Vormittag des 12. ruhig und setzten erst im Laufe des Nachmittags und abends zu starken Zeilangriffen beiderseits der Römertstraße sowie südlich des Anco-Baches an. Teilweise brachen diese Angriffe bereits im deutschen Abwehrfeuer zusammen. Wo die britischen Sturmwellen bis an die deutschen Linien herankamen, wurden sie im Gegenstoß wieder geworfen. Dagegen schoben die Franzosen nochmals mehrere frische Divisionen ein, um die Stellungen zwischen Arras und Oise, auf die die Deutschen in so geschickter und für die Franzosen so verlustreicher Weise ausgewichen waren, doch noch zurückzubrechen. Starke Kavalleriemassen standen zur Verfolgung bereit.

Im Morgendunst griff die französische Infanterie an. Allein trotz der schweren Beschädigung, die dem Angriff vorangegangen war, empfing ungeschwächtes Maschinengewehrfeuer die Sturmwellen. In der Gegend des Loges-Baldes, von der Raig bis östlich Reffons und südlich O'Grouillon nannten die Franzosen immer wieder vergeblich an. Die Art, wie sie an manchen Stellen bis zu fünfmal hintereinander vergeblich stürmten, erinnerte an die russischen Waffentölpel. Allein die gewaltigsten Anstrengungen der französischen Regimenter blieben vergeblich. Wo sie geringe Vorteile errangen, wurden sie ihnen alsbald wieder durch die Deutschen abgenommen, die im raschen Gegenstoß die Franzosen aus den genommenen Gräben wieder warfen, den Fliehenden nachsetzten und ihnen zahlreiche Gefangene abnahmen.



Französischer Heeresbericht vom 12. August abends. Zwischen Arras und Oise haben unsere Truppen das Dorf Gury genommen und einige Fortschritte nördlich von Roze-sur-Roy und Chévincourt gemacht. An der Westfront haben wir zwei heftige Angriffe gegen unsere Stellungen auf dem Nordufer des Flusses in der Gegend von Fismes abgewiesen. Sonst war der Tag überall ruhig.

Französischer Heeresbericht vom 13. August nachmittags. Von der Nacht ist kein Ereignis von Bedeutung zu melden. Mehrere feindliche Handtruppen in den Vogesen und im Ober-Elzass hatten kein Ergebnis.

Englischer Bericht vom 12. August. Wir haben unsere Linie in der Nähe der Straße nach Roze, östlich von Fortuecourt und auf dem Südufer der Somme vorgeschoben und dabei Hunderte von Gefangenen gemacht. Wir haben Brohard südlich von der Somme nach heftigem Gefecht besetzt, in dem der Feind schwere Verluste an Gefangenen und Toten hatte; der Kampf dauert an. Die Franzosen auf dem rechten Flügel der Engländer haben Les Loges genommen.

Englischer Heeresbericht vom 13. August mittags. Wir machten einen weiteren Vorstoß in den Stellungen nördlich der Straße von Roze und an dem Nordufer der Somme und brachten weitere Gefangene ein. Ein feindlicher Angriff auf unsere Stellungen im Abschnitt Perriis wurde abge schlagen.

Monopolisierung unserer Wasserstraßen.

Von Otto Hue.

Der Bericht des Reichstagsausschusses für Handel und Gewerbe (Reichstagsdrucksache Nr. 1689) stellt fest, daß die Wasserstraßen bedeutend höher sind als die Eisenbahntransportkosten! Steigend war das gerade Gegenteil der Fall, woraus sich ja auch die rege Propaganda der Wassergüterverkäufer für den Ausbau der Binnenwasserstraßen erklärt. Nun aber mußte der Vertreter des Reichskohlenkommissars in dem genannten Reichsausschuß zugeben, es sei „eine eigentümliche Erscheinung, daß der Wassertransport teurer ist als der Eisenbahntransport... Süddeutschland ist im weiteren Umfange auf den Wasserweg (der Kohlen) angewiesen, der die Kohle verteuert.“ Früher war das genau umgekehrt. Es ist eine altbekannte volks- und weltwirtschaftliche Erfahrung, daß Massengüter weitans am billigsten auf dem Wasserwege befördert werden können, weshalb eine engbrüstige Eisenbahnpolitik dem Ausbau der Wasserstraßen sich mindestens unfreundlich entgegenstellte. Um so ersaunlicher wirken darum die Mitteilungen eines süddeutschen Reichstagsausschußmitgliedes, für München bestimmte Ruhr-Stückkohlen würden jetzt durch die Benutzung des Wasserweges über Mannheim pro Zentner um 54 Pf., über Würzburg sogar um 1,10 M. pro Zentner im Vergleich zur Eisenbahnfracht verteuert. Andere Kommissionsmitglieder bestätigten und ergänzten diese merkwürdigen Angaben, der Vertreter des Reichskohlenkommissars bestritt sie nicht, erklärte sich aber als für „Kohlenpreisfragen, Höhe der Schiffahrtsgabengebühren“ nicht zuständig.

Diese außerordentlichen, die bekannten früheren Frachtpreisrelationen total umstürzenden Wasserfrachttarife können nicht auf eine entsprechende Erhöhung der Mannschafsentlohnung zurückgeführt werden. Nach mir vorliegenden, vom Deutschen Transportarbeiterverband mit wohl fast allen namhaften Schiffahrtsgesellschaften im Gebiete des Rheinstroms und seiner Nebenflüsse abgeschlossenen Tarifverträge stellen sich die zu den regulären Wochenlöhnen während des Krieges bewilligten Leuerungszuschläge sehr niedrig.

Zwei Bundesratsverordnungen vom 18. August 1917 können diese „Merkwürdigkeiten“ aufhellen. Durch die eine ist die Schiffabteilung beim Chef des Feld-eisenbahnwesens ermächtigt worden, eventuell auch zwangsweise „Besitzer von Binnenschiffen... für bestimmte Bezirke... zu Betriebsverbänden... zu vereinigen.“ Auf diese Weise sollte zur Entlastung der Eisenbahn der Massengütertransport in geeigneter Weise auf die Wasserstraßen überführt werden. An sich ein gutes Vorhaben, aber die so kartellierten Schiffbesitzer erhielten dadurch mächtige wirtschaftliche Organisationen, die es verstanden haben, die gegenwärtige Notlage unserer Verkehreinrichtungen durch Sinaufschrauben der Wasserfrachttarife weidlich auszunutzen. Den nun behördlich organisierten Schiffbesitzern konnte es nicht schwer sein, ihre Preisforderungen durchzudrücken, zumal die militärische Oberbehörde einfach verfügt, daß bestimmte Wassergüter (vornehmlich Kohlen) nach bestimmten Verbrauchsgebieten nur auf dem Wasserwege befördert werden dürfen. Dazu kommt noch die zweite Bundesratsverordnung, laut welcher „für Beförderungen auf Binnenwasserstraßen, für das Schleppen, Beladen und Löschen von Binnenschiffen sowie für die Miete von Binnenschiffen... Höchst- und Mindestpreise festgesetzt werden“ können. Die Preise werden durch die Schiffabteilung beim Chef des Feld-eisenbahnwesens „festgesetzt“, nachdem ein von dieser militärischen Oberbehörde eingesetzter „Frachtausschuß“ oder „Sachverständigenausschuß“ gehört wurde. Soweit ich übersehe, bestehen diese Ausschüsse nur aus Vertretern der Schiffahrt unternehmern (unter militärischem Vorbehalt), wenigstens ist mir von einer Berufung von Arbeiter-, Mannschafts- und Konsumentenvertretern nichts bekannt geworden. Meines Wissens sind hauptsächlich berufen die Mitglieder des auf Grund der preußischen Verordnung betr. Wasserstraßenbeiräte eingesetzten Unternehmervertretungen. Als „Rebellen“ für den Bedarf an Raum und Schleppkraft sind von der militärischen Schiffabteilung die bedeutendsten Unternehmern in der Binnenschiffahrt eingesetzt. Die eigentlichen Betriebsleiter sind die privatkapitalistischen Schiffs- und verwandte Transportgesellschaften an unseren Binnenwasserstraßen. Diese zum großen Teil schon früher verbündeten Unternehmungen besitzen nun eine umfassende Kartellierung, die es ihnen erlaubt, unseren Wasserstraßentransport systematisch zu monopolisieren! Die totale Umkehrung der Frachtpreisverhältnisse zwischen Eisenbahn und Schiffahrt ist zweifellos eine Folge der bereits weitvorgehenden privatkapitalistischen Monopolisierung unserer Wasserstraßen.

Wie zielbewußt unsere Reichsregierung die monopolistische Kartellierung der Binnenschiffahrtunternehmer fördert, ergibt sich aus § 10, Ziffer 1 und 2 der Bundesratsverordnung vom 18. August 1917. Dort wird nicht nur die Ueberschreitung der Höchstpreise mit schwerer Strafe bedroht, sondern es verfällt auch einer Gefängnisstrafe bis zu einem Jahre und einer Geldstrafe bis zu 15 000 M., „oder... einer dieser Strafen“, wer niedrigere als die festgesetzten Mindestpreise gewährt, verspricht oder anbietet oder sich eine Leistung für die Mindestpreise nach § 1 (der Verordnung) festgesetzt sind, zu niedrigeren Preisen gewähren läßt! Mehr können die kartellierten Schiffahrtunternehmer denn wirklich nicht verlangen. Die rigorosesten privaten Preisartellvorchriften haben so die Rechte der deutschen Reichsregierung erhalten. Damit vergleiche man aber auch die horriden Weigerung ziviler und militärischer Oberbehörden, sich für Mindestlohnforderungen von Arbeitern und Angestellten energisch zu bekämpfen. Hier wird es geradezu als eine „Aufrechterhaltung des Burgfriedens“ bezeichnet, die „Frage des Mindestlohnes ruhen zu lassen“. Ja, es wird direkt verboten, in Verfammlungen die „Mindestlohnfrage“ zu erörtern. Gegenüber den Transportunternehmern auf unseren Wasserstraßen aber wird die Unterschreitung der Frachttarife mit schwerer Gefängnis- und Geldstrafe bedroht.

Wenn diese Verteuerung der Kohle zum Dauerzustand würde, dann können sich die Verbraucher von Massengütern noch

auf „allerhand“ gefaßt machen. Die zweifellos notwendige Erweiterung unseres Binnenwasserstraßennetzes, der Bau der projektirten Verbindungskanäle (Mittelrand, Donau-Rhein-Rosel, Ostkanal usw.) würde dann auch eine systematische Erweiterung der privatkapitalistischen Monopolisierung unserer auf Allgemeinlasten hergestellten und erhaltenen Wasserstraßen bedeuten. In dieser Richtung bewegt sich ja der privatkapitalistische Kampf gegen das staatliche Schlepptomopol, das zurzeit nur erst für den Rhein-Gerne-Kanal und seinen unmittelbaren Anschluß gilt. Es darf aber nicht gefehlen, daß unsere natürlichen und künstlichen Wasserläufe, wenn auch nicht formell, so doch tatsächlich, in das Eigentum privater Unternehmerrindicate übergehen sollen.

Alkohol und Arbeiterschaft.

Von einem Berliner Arzte, der jetzt zur Vertretung im Plauenischen Grunde bei Dresden weilt, erhalten wir folgende Zuschrift:

In den wenigen Segnungen, die neben so vielem Unheil dieser furchtbaren aller Kriege unserm Volke beschert hat, gehört ohne Zweifel eine Verringerung des Alkoholismus, um mit diesem Namen alle die schädlichen Folgen des Alkoholmißbrauchs zusammenzufassen! Was die kühnsten Alkoholgegner sich nie haben träumen lassen, ist Tatsache geworden: Der Genuß der Enthaltensamkeit hat in breiten Schichten unserer Bevölkerung Fuß gefaßt!

Allerdings vorläufig noch der Not gehorchend, nicht dem eigenen Triebe, haben viele Männer sich von den alkoholhaltigen Getränken abgewandt; denn die Getränke, welche unter dem Namen Bier verkauft werden, sind so dünn und alkoholarm, daß sie die Anziehungskraft auf den Biertrinker eingebüßt haben; andererseits sind die hochprozentigen alkoholhaltigen Getränke, die Branntweine und Schnäpfe wie Kognak, Anal, Rum, Steinhäger usw., teilweise vollkommen von der Wildschäube verschwunden oder wenn noch im Handel zu haben, so enorm teuer, daß sich nur reiche Leute ihren Genuß gestatten können. Mag man sich zu den Verteuerungen auf Enthaltensamkeit vom Alkohol stellen wie man will, der Tatsache kann man sich freuen, daß diese durch die Kriegsverhältnisse herbeigeführte Enthaltensamkeit oder doch Mäßigkeit, wie sie jetzt von Hunderttausenden von deutschen Männern geübt wird, ein Segensquell für unser Volk in sittlicher und geistiger Beziehung geworden ist. Denn vergessen wir nicht, wie der Dämon Alkohol unaufrührlich am Rande unseres Volkes geseht hat, wie er so manchen Lebensglück zerstört hat, wie er zu einem hohen Prozentatz die Gefängnisse, Zuchthäuser, Irren- und Idiotenanstalten, Krankenhäuser und Siedehäuser bevölkert hat, wie er, um nur eins herauszugreifen, der beste Freund und Mitarbeiter der Tuberkulose, des Schwindsuchtserregers, ist, dem er das Feld ebnet und den Boden vorbereitet zu seiner Entwicklung!

Vergessen wollen wir nicht, daß der Teufel mit dem Gelde, das er nach dem Wirtshaus trug, auch sein Familiengeld und seine Gesundheit mit zu Grunde trug. Wir wissen ja, daß vielfach die traurigen, sozialen Verhältnisse an dem Alkoholende der Arbeiter die Schuld tragen. Denn je jämmerlicher mancher Arbeiter bezahlt wurde, je elender er hauste, je dürftiger er sich ernährte, um so leichter suchte er im Alkohol seine Sorgen zu erlösen, im Alkohol suchte er Vergessenheit seiner traurigen und elenden Lage. Der Krieg hat nun viele tausende Familien ihres Ernährers beraubt, und andererseits haben — so paradox es klingt — Tausende von Familienvätern, die dem Dämon Alkohol verfallen waren, jetzt unter den Kriegsverhältnissen den Weg zu ihrer Familie zurückgefunden.

Die politisch und gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft hat von jeher die Bekämpfung des Alkoholmißbrauchs auf ihre Fahne geschrieben, unter dem richtigen Gesichtswinkel, daß nur eine nützlichere und klar denkende Arbeiterschaft in der Lage ist, ihre hohen Kulturaufgaben zu erfüllen und den sozialen Aufstieg zu vollenden. Sie hat von jeher darauf hingewiesen, daß der Alkohol, unmäßig genossen, der größte Feind der Arbeiterbewegung ist, indem er die besten Kräfte des Proletariats lähmt; er setzt dem Arbeiter eine rostige Brille auf und schlägt ihr ein, so daß er sich seiner traurigen Lage nicht bewußt wird. Und doch bedarf es der Anspannung aller geistigen und physischen Kräfte, um die Arbeiterschaft aus den dumpfen sozialen Niederungen emporzuführen. Nicht vergessen wollen wir auch, wie die Gewerkschaften nicht müde geworden sind, den Alkoholmißbrauch direkt zu bekämpfen, und indirekt, indem sie jeherzeit für höhere Löhne, kürzere Arbeitszeit, kurz Besserung der sozialen Verhältnisse der Arbeiter einzutreten und ihr Bildungs- und Wissensniveau zu erhöhen bestrebt waren.

Gerade hier im Plauenischen Grunde, wo zum großen Teile eine tüchtige, im Geiste der modernen Arbeiterbewegung erzogene Arbeiterschaft wohnt, hat man Gelegenheit, die Segnungen der Tätigkeit der Gewerkschaften zu beobachten. Es macht geradezu Vergnügen, wenn man als Arzt bei Krankenbesuchen die anheimelnden Arbeiterwohnungen — oft die reinsten Schmuddäcker — betritt und die glückliche Sauberkeit und Ordnungsliebe der Arbeiterhände bewundern kann. Es ist besser geworden. Die Arbeiterschaft hat sich den Fesseln des Alkohols entzogen. Und wo es bisher noch nicht im vollen Maße der Fall war, hat der Krieg diese Segnung gebracht. Offenlich dauernd! Niemand war fates Denken für die Arbeiterschaft so notwendig, wie heute. Man gebe sich keiner Täuschung hin! Die Völker sämtlicher kriegsführenden Staaten gehen einer schweren Zeit entgegen; nur zu bald werden schwere Krisen unser Wirtschaftsleben in allen Zügen erschüttern lassen und bei derartigen wirtschaftlichen Katastrophen pflegt die Arbeiterschaft mit am meisten in Mitleidenschaft gezogen zu werden; die Löhne schmelzen wie Margenschnee an der Sonne dahin, wenn nicht eine starke Gewerkschaft hinter dem Arbeiter steht, und das Geipens der Arbeitslosigkeit grinst dem Proletariat an. Deshalb möge sich die Erkenntnis immer mehr Bahn brechen, daß die Arbeiterschaft den Aufstieg nach der Höhe nur dann zu vollenden imstande sein wird, wenn sie in Partei und Gewerkschaft fest organisiert ist, wenn in die Arbeitergehirne Wahrheit und Klarheit einströmt, wenn die Herzen erfüllt sind von der heiligen Liebe zum Volke, wenn die Deiwie lautet: Mit vereinten Kräften und eiserner Energie die Kerben gestrafft und die Muskelspannung und die Wille auf das letzte Ziel gerichtet.

Nachschrift der Redaktion: Es ist erfreulich, daß der Verfasser im Plauenischen Grunde gute Wohnverhältnisse gefunden hat. Die Ärzte in den Großstädten müssen leider nur zu oft ungeliebte Erfahrungen machen. Die Verbesserung dieser Verhältnisse ist für die dauernde Bekämpfung des Alkoholismus eine überaus wichtige Vorbedingung.

Groß-Berlin

Ein übler Kniff.

Ein Leser macht uns auf folgende Notiz der „Deutschen Tageszeitung“ aufmerksam:

Spina: mit Sebei 40 Pf. Wir hatten Gelegenheit, uns in Berlin in den letzten Tagen von der Wüte in mehreren Munitionsfabriken der Arbeiter und Angestellten gereichten Speisen persönlich zu überzeugen. In Moabiti kamen wir zur Mittagszeit in einen großen Betrieb, als dort ein Sebei mit Spina und Bratartoffeln, Speise verabreicht wurden, wofür 40 Pf. gezahlt werden mußten. In einem anderen Betrieb gab es mittels Deutsches Weestee mit Schoten und Nohrribben, Salat usw. für 60 Pf. einschl. Salatartoffeln von ganz vorzüglicher Qualität. In Spandau und Tempelhof erhielten die Arbeiter für sehr billiges Geld (7 D. R.) Butter, Eier und fetten Speck in solcher Menge, daß einige davon noch etwas an Fremde abgeben konnten.

Die Absicht dieser Notiz liegt auf der Hand; sie ist auch in die auswärtige Presse übergegangen, wo sie ganz solche Auffassungen von der Ernährungslage des Berliner Arbeiters bewirkt. In Wirklichkeit stellt sie direkt eine Verhöhnung der Arbeiterschaft vor, die ein anderes Bied von dem Futter singen kann, mit dessen Hilfe sie sich bei Kräfte erhalten muß. Es ist wohl nicht zuviel verlangt, wenn wir die „Deutsche Tageszeitung“ um nähere Angaben bitten; wir halten es nämlich nicht für ausgeschlossen, daß einer ihrer Corribenten einem Schwauffen beigewohnt hat. Die Arbeiter der betreffenden Betriebe können sich dann einmal über ihr Eldorado äußern; vielleicht können 999 von 1000 Betrieben sich ein Muster daran nehmen.

Nur für Zahlungsfähige?

Bezugscheine auf Kleidung sind gebührenfrei zu erteilen. Diese Vorschrift war nötig, weil sonst dem Unbemittelten die Anschaffung von Kleidern noch mehr erschwert würde. Warum wird nun nicht dafür gesorgt, daß auch aus der erteilung von Bezugscheinen auf Krankennahrung den Antragstellern keine Kosten entstehen? Den Schein gibt die Krankennahrungsstelle umsonst, aber nur gegen Einreichung eines Arztnotens, das der Antragsteller selber beschaffen muß. Immer wieder hören wir die Klage, daß durch die Kosten des Zeugnisses dem Unbemittelten der Bezug von Krankennahrungsmitteln verteuert oder überhaupt unmöglich gemacht wird.

Eine Kriegerfrau berichtet und, daß sie gezwungen war, sich wegen der Zeugnisnoten für gewöhnliche Krankenmisch zunächst mit ihrem im Felde stehenden Mann in Verbindung zu setzen. Der Mann mußte ihr die erforderlichen 6 Mark schicken; aber die Beschaffung des Zeugnisses verzögerte sich dadurch so, daß die Frau den Antrag auf Weitergewährung von Milch für ihr jähriges Kind erst drei Tage vor Ablauf der Geltungsdauer des alten Scheines einreichen konnte. Die Krankennahrungsstelle verlangt, daß dies 3-4 Wochen vorher geschieht, weil sie viel Zeit braucht, bis sie mit der Entscheidung fertig wird. In dem vorliegenden Fall kam der Weibchen noch verhältnismäßig rasch, „schon“ nach nicht ganz zwei Wochen, wodurch indes nicht verhindert werden konnte, daß das kranke Kind neun Tage hindurch Milch entbehren mußte. Das stalt der vom Arzt für notwendig gehaltenen Menge von 1/2 Liter die Krankennahrungsstelle nur 1/4 Liter bewilligte, sei nebenbei erwähnt. Dieses Schicksal teilt das Kind mit sehr vielen anderen Kranken, denen die vom Arzt verordnete Milchmenge durch die Krankennahrungsstelle gekürzt wird.

Nach ähnlicherer nicht, es, wenn die Krankennahrungsstelle auf das Urteil ihres Vertrauensorgans gar keine Rücksicht nimmt. Wie mancher Kranke, der solchen Mißerfolg fürchtet und die unnütze Ausgabe scheut, mag von vornherein darauf verzichten, Milchgewährung zu beantragen!

Diese Schädigung der Unbemittelten ließe sich vermeiden, wenn die Gemeinde die Kosten für die Austerstellung übernimmt. Sie könnte das in der Form tun, daß sie Ärzte beauftragt, denen die Untersuchung der Antragsteller zu übertragen wäre. Jeder Antragsteller müßte gezwungen werden, sich an die Ärzte der Gemeinde zu wenden, und nur die von ihnen ausgefertigten, für sämtliche Antragsteller kostenlosen Zeugnisse dürften zugelassen werden. Es wäre dann nicht möglich, daß Wohlhabende sich durch einen gefälligen Hausarzt irgendeine schwarze Krankheit beschreiben lassen, von der der Betroffene keine Spur eines Lebensbedrohungs zu erwarten sei. Wir vermuten, daß da viele Wohlhabende ihre „Krankheit“ los würden, womit noch eine recht hübsche Menge Milch für wirklich Kranke frei und verfügbar werden könnte. Wegen unserer Vorschlag läßt sich kein Grund anführen, der nicht haltbar wäre. Für ihn spricht die Notwendigkeit, auch Kranken der unbemittelten Volkschichten den Bezug von Milch zu sichern. Der Bezugschein auf Krankennahrung darf keine Kosten verursachen, ebensowenig, wie der Bezugschein auf Kleidung.

Bei dieser Gelegenheit wollen wir noch eine andere Klage erwähnen, die von derselben Kriegerfrau vorgetragen wird. Auch mit einem Kleiderbezugschein kann man's erleben, daß er Kosten verursacht. Die Frau hatte im Winter für ihr Kind einen Bezugschein auf einen neuen Wintermantel erhalten; sie unterließ aber den Kauf, weil ihr der Preis zu hoch war. Als sie im Frühjahr den Schein auf eine Sommerpelzine umschreiben lassen wollte, wurde sie genötigt, durch ein Arztnotens die Unentgeltlichkeit einer solchen nachzuweisen. Tatsächlich neigt das Kind sehr zu Erkältungen, so daß es auch im Sommer oft einer warmen Hülle bedarf. Das Arztnotens kostete 3 Mark, womit die Gesamtausgabe für die Pelzine von 18 Mark auf 21 Mark stieg. Auch solche Zeugnisse müßten nur von den Ärzten der Gemeinde ausgestellt werden dürfen und dann gleichfalls kostenlos sein. Hier wie bei den Milchbezugscheinen würde das den Unbemittelten eine Erleichterung bringen und Mißbräuche vorbeugen.

Der jetzige Zustand birgt in sich die Gefahr, daß Wohlhabende dank ihrem Geldbeutel sich Vorzugsgutungen verschaffen.

Das Karnidel des Sankt Bureaukrats. Beim Treptower Ringbahnhof ist ein Sad mit einem lebenden Kaninchen gefunden worden. Der zuständige Amtsvorsteher macht bekannt, daß Eigentumsrechte binnen Jahresfrist geltend zu machen sind. Wird nun das Karnidel in Antidpension gegeben und ein volles Jahr lang auf Gemeindefkosten durchgefüttert? Das kann eine häßliche Kostenrechnung werden, wenn das Amtskarnidel mit bekannter Fruchtbarkeit für Nachkommenschaft sorgt. Sankt Bureaukrats schreibt aber auch noch in Kriegszeiten wegen eines gefundenen lauffähigen Karnidels die öffentliche Bekanntmachung ausdrücklich vor.

Berliner Lebensmittel.

Auf Abschnitt A der Berliner Bezugsliste gelangt 1/4 Altkorn Salzheringe zum Preise von 0,60 M. zum Verkauf. Die Abschnitt müssen in der Zeit vom 14. bis 17. August in den durch ein gedrucktes Ausschlagbild „Verlauf von Derringen auf Lebensmittelkarten der Stadt Berlin“ gekennzeichneten Geschäften gegen Quittung des Verkäufers abgegeben werden.

In der Zeit bis Sonnabend, den 17. August, wird an diejenigen Kunden, die in die Speisefeststelllisten der in den Bezirken der 44. bis 47., 50., 51., 201., 222. Protokommision gelegenen Geschäfte eingetragen sind, pro Kopf 125 Gramm Käse verteilt.

Mietsteigerung auch ohne Wohnungszuwendung.

Die Hauseigentümer begründen die Steigerung der Wohnungsmieten unter anderem damit, daß in der Kriegszeit die Kosten der Unterhaltung eines Hauses gestiegen seien. In Berlin und Vororten haben sie bei ihren Mietsteigerungen sich für die den Mietern überlassenen Venachrichtigungen zumeist des Wusters bedient, das ihre Vereine ihnen empfohlen hatten. Immer wieder las man in solchen Steigerungsbriefen, daß die Ausgaben für Hausausbesserungen, für Müllabfuhr, Wasserlieferung und Treppenbeleuchtung zugenommen haben. Sonderbar wird aber die Bezugnahme auf diesen Mietsteigerungsgrund manchem Mieter scheinen, der seinem Hauswirt tatsächlich gar keine Mehrkosten verursacht.

Im Hause Buttmanstraße 16 auf dem Gesundbrunnen, das den Erzhöfischen Erben gehört, wurde auch einem im Heeresdienst stehenden Mieter eine Mietsteigerung mit einer detarierten Begründung überandt. Der Brief war nach Art eines Formulars mit der Schreibmaschine angefertigt, woraus man schließen darf, daß er schon in Betracht kommenden Mietern in demselben Wortlaut zugegangen ist. Nur die Unterschrift und die voneinander abweichenden Angaben für die einzelnen Mieter, z. B. die Höhe der neuen Wohnungsmiete, waren handschriftlich eingefügt. Das Schreiben lautete:

Berlin, im Juni 1918.

Sehr geehrter (geehrter) Herr (Frau)!

Die Ausgaben für die Unterhaltung des Hauses sind weiter in erheblichem Maße gestiegen. So sind die Kosten der Müllabfuhr, der Wasserlieferung und Treppenbeleuchtung wesentlich erhöht worden. Auch höhere Steuern werden erhoben werden. Da der Hausbesitzer die Mehrleistungen bei seinen großen Ausgaben nicht mehr übernehmen kann, so sehe ich mich gezwungen, die Beträge auf die Mieter zu übertragen. Ihre Wohnung kostet dementsprechend vom 1. Oktober 1918 ab jährlich 900 M. Miete. Sollten Sie eine Instandsetzung auch nur eines Teiles Ihrer Wohnung wünschen, so müßten Sie die Instandsetzungsarbeiten selbst tragen oder in eine entsprechend höhere Miete willigen. Das Schreiben erbitte unterschrieben zurück bis zum 25. Juni.

Hochachtungsvoll Erzhb.

Die Miete für diese im Quergebäude vier Treppen hoch gelegene, aus Stube und Küche bestehende Wohnung hatte bis zum Herbst vorigen Jahres 20 M. für den Monat betragen, stieg von da ab 22 M. und soll nun weiter auf 25 M. steigen. Der Mieter, dem von seiner Frau der Kündigungsbrief ins Feld nachgeschickt wurde, hat sich jetzt mit der Bitte um Rat an seine Gewerkschaft gemeldet. Gegenüber dem Hinweis auf die Erhöhung der Hausunterhaltungskosten stellt dieser Mieter eine Gegenrechnung auf, wonach an ihm die Eigentümer des Hauses sogar gespart haben. Zwar ist der Kriegsteilnehmer noch Inhaber der Wohnung, tatsächlich wird sie aber schon seit langem nicht benutzt. Der Mann ist seit 3 Jahren Soldat, und die Frau hält sich mit den Kindern seit dem Sommer vorigen Jahres bei ihren Eltern in Westpreußen auf. Da läßt die Steigerung der Miete sich aus dem vergangenen Jahr wirklich nicht mit Mehrausgaben begründen, die diese Familie verursacht hätte. Ihr Mann ist ganz gewiß nicht angefeindet worden, wenn das Haus mehr Aufwendungen für Wasserverbrauch, für Müllabfuhr usw. hat. Geradezu erdebernd wirkt in dem vorliegenden Fall die Behauptung, daß künftig der Mieter selber die Kosten für etwaige Wohnungsausbesserung tragen soll. Er schreibt, daß während der nun sieben Jahre, in denen er die Wohnung gehabt hat, auf Kosten des Eigentümers nichts daran gemacht worden sei.

Der Kriegsteilnehmer bezeichnet die ihm überlassene Mietsteigerung samt ihrer Begründung als „bald zu stark“ und vermißt die notwendige Rücksichtnahme auf Kriegsfamilien. Man muß in der Tat fragen, wo der Schutz vor wirtschaftlichen Schädigungen bleibt, der den Kriegsteilnehmern verheißen ist. Zu bebauern wäre, wenn die Familie, wie es nach dem Wortlaut des Schreibens scheint, unterlassen hätte, das Mietverhältnis samt anzunehmen. Das sollte in jedem Fall gelassen, wo ein Mieter durch Wohnungsänderung oder Mietsteigerung sich benachteiligt fühlt.

Verhaftung in der Raubmordangelegenheit. Die Ermittlungen der Kriminalpolizei haben gestern auch zu einer Verhaftung geführt. Der Mörder der Schankwirtin Messerschmidt wurde von Anfang an unter den Gästen der Ermordeten gesucht. Bei ihren Nachforschungen ermittelte nun die Kriminalpolizei eine Kellnerin, die sieben Tage lang bei der Ermordeten beschäftigt gewesen war. Während dieser Zeit erhielt sie wiederholt den Besuch ihrer Schulfreundin Erna Wollenberg und deren Bräutigams, eines Soldaten Karl Germer. Die Messerschmidt gehörte zu der Frau, die wiederholt, daß sie gegen den Besuch ihrer Freundin nichts einzuwenden habe. Ihren Bräutigam dagegen mochte sie nicht. In mehreren anderen Zeugnissen sagte sie, sie habe Angst vor ihm und wolle mit ihm nichts zu tun haben. Worauf diese starke Abneigung beruhte, weiß man noch nicht. Germer wohnte mit der Wollenberg zusammen, bei einer Frau in der Gormannstraße, war aber seit dem Ausbruch der Leiche von dort verschwunden. Er ging meistens in bürgerlicher Kleidung. In der Nacht, nach der die Messerschmidt ermordet aufgefunden wurde, habe er nach seiner Ausfertigung in dem Hause Linienstr. 65 geschlafen. Die Wollenberg erzählte dann, ihr Bräutigam sei nach Ostpreußen gegangen, nachdem sie ihn neu eingekleidet habe. In Wirklichkeit aber war er noch in Berlin und gestern mittag wurde er in der Wirtschaft in der Mühlstraße, wo er sich mit der Wollenberg traf, von Kriminalbeamten festgenommen. In dem eingehenden Verhör bestritt er entschieden, mit der Mordtat etwas zu tun zu haben. Auch die Wollenberg will davon nichts wissen. Beide haben sich schon in viele Widersprüche verwickelt.

Unter dem Verdacht des Doppelmordes ist der frühere Hochbahn-Schaffner Wessel verhaftet worden. Er wurde zu Beginn des Krieges eingezogen und später als Feldwebel nach Widlingen kommandiert, wo er zu der Frau des Landwirts Weder in nähere Beziehungen trat. Mitte Juni reiste er nach Berlin und fuhr von hier mit seiner Frau nach Gary a. d. E. Bei einem gemeinsamen Bad in der Ober verdamm Frau Wessel und wurde einige Tage später als Leiche geborgen. Am 25. Juli wurde der Landwirt Weder in Widlingen erschossen. Jetzt tauchte das Gerücht auf, Wessel habe Weder ermordet, um seine Frau heiraten zu können. Ein Alibiweis, den Wessel beibrachte, mitalachte; weder bei seinen Eltern in Charlottenburg, noch in seiner Wohnung in Lichtenberg hat er sich zur Zeit des Mordes aufgehalten. Wessel und die Frau des Erschossenen wurden nun verhaftet.

Protest der Händler gegen die neue Milchverteilung. Eine sehr stark besuchte Versammlung der Milchhändler Groß-Berlins beschäftigte sich mit den Maßnahmen der Fettstelle Groß-Berlin, die bekanntlich eine Teilung der Milchgeschäfte in solche für die Verlieferung mit lächer und solcher mit angekaufter Milch vorgenommen hat. Nach längerer Diskussion wurde nachstehender Beschlus gefaßt:

Die Versammlung steht nach dem Bericht des Vorstandes nach wie vor auf dem Standpunkt, daß es bezüglich der Milchlieferung bei dem jetzigen Zustande kein Besseres geben muß. Die Verteilung der Geschäfte in solche die nur süße und solche, die nur angeäuerte oder saure Milch feilhalten, bedeutet nicht nur eine Schädigung der Milchhändler, sondern auch der Verbraucher. Der Milchhändlerstand hat bis jetzt in allen Lagen seine Schuldigkeit getan und empfindet die oberflächliche und überhastete Neueinteilung als eine unnötige Belästigung, da die Milchhändler sehr wohl in der Lage sind, beide Sorten von Milch in einwandfreier Weise an die Kundenschaft zu bringen. Die Versammlung erhebt auch entschieden Protest dagegen, daß die berufenen Vertreter der Milchhändler bei der Vorbereitung so entscheidender Maßnahmen nicht gehört worden sind.

Sonntagsarbeit in der Landwirtschaft. Zur Sicherung der Volksernährung sind, wie jetzt die Regierungsbehörden mitteilen,

die gegenwärtigen Erntearbeiten und die bevorstehenden Bestellungen als solche anzusehen, die auch an Sonn- und Feiertagen unverzüglich vorgenommen werden müssen.

Umsatz- und Zugssteuer. Im Anzeigenteil erscheint eine Bekanntmachung des Magistrats über die Anmeldung zur Umsatz- und Zugssteuer, auf welche die Gewerbetreibenden in ihrem eigenen Interesse dringend hingewiesen werden. Die ungewöhnlich kurze Frist ist durch § 14 des Gesetzes vorgezeichnet.

Gewerbliche Korrespondenz an Heeresangehörige. Die Oberpostdirektion schreibt: Nach der Feldpostdienstordnung haben Sendungen in rein gewerblichen Angelegenheiten der Absender oder Empfänger keinen Anspruch auf Gebührenvergünstigungen. Die Ueberendung von Anpreisungen und Anerbietungen rein gewerblicher Art unter der Bezeichnung „Feldpostbrief“ ist daher unzulässig. Sendungen in rein gewerblichen Angelegenheiten der Absender oder Empfänger sind nach den vollen inländischen Gebührenfähigen festzumachen.

Es kosten also zurzeit Briefe bis 20 Gramm 15 Pf., über 20 bis 250 Gramm (ohne Zulassung eines Ubergewichts) 25 Pf., Postkarten 7 1/2 Pf. Nicht freigemachte oder ungenügend freigemachte Sendungen werden als unbestellbar behandelt. Drucksachen, Geschäftspapiere und Warenproben sind im deutschen Feldpostverkehr nicht zugelassen. Es wird dringend davor gewarnt, Briefsendungen zur Erlangung der damit verbundenen Gebührenvergünstigungen unrechtmäßigerweise mit dem Vermerk „Feldpostbrief“ zu versehen. Die Postverwaltung leitet in allen zu ihrer Kenntnis kommenden Fällen dieser Art gegen die Absender das Strafverfahren wegen Posthinterziehung ein.

Lebensmittellisten für Binnenfahrer. Ueber die Ausgabe der Ausweise und Lebensmittellisten für Binnenfahrer auf den Berliner Wasserstraßen und dem Neudorfer-Priger Kanal hat der Polizeipräsident von Berlin folgendes bestimmt: Vom 15. August ab findet die Ausgabe nicht mehr in den Schiffermeldestellen, sondern nur noch auf den Wasserbauämtern I (Vurgstr. 2, 1 Treppe) und II (Znbalidenstr. 52, Erdgeschoss links) an den Sonntagen von 8 bis 6 Uhr und an Sonntagen von 8 bis 11 Uhr vormittags statt. Jedem Schiffer ist es freigestellt, von welchem Bauamt er seine Karten entnehmen will.

Das nächste Volkskonzert des Philharmonischen Orchesters findet heute in der Philharmonie, Vernburger Str. 22/23, statt. Beginn des Konzerts 8 Uhr. Die im Vorverkauf nicht untergebrachten Karten werden abends an der Kasse verkauft. Der Eintrittspreis beträgt 80 Pf. Kassenöffnung 7 Uhr.

Halbe Geldscheine. Einen eigenartigen Schwindel mit Kassenscheinen betreiben seit einiger Zeit noch unbekannte Verräter in größerem Umfange. Sie suchen Geschäftskleute dann auf, wenn viele Kunden im Laden sind und die Geschäftskleute es eilig haben. Auch sie kaufen eine gewisse Menge und geben einen zusammengekauften Kassenschein in Zahlung. Der Schein liegt so, daß die Geschäftskleute an der Farbe und Zahl gleich sehen können, daß sie es mit einem echten Kassenschein zu tun haben. Im Drange der Geschäfte geben sie auf ihn gleich herab und stecken ihn dann ohne Prüfung ein. Erst wenn sie ihn später entfalten, entdecken sie, daß sie nur die Hälfte eines richtigen Scheines erhalten haben. Fast täglich geben bei der Kriminalpolizei Anzeigen über Verräter dieser Art ein, mit Kassenscheinen von 2-50 M.

Arbeiter-Turnerbund I. Kreis. Resultate von den Sportläufen am 11. August auf dem „Nölte“ Sportplatz in Treptow. Männer: Hochsprung, Anders und Schulze, Rathenow, 1,58 Meter. Weitsprung, Hübe, Berlin, 6,00 Meter. Laufe, Rathenow, 5,98 Meter. Stabsprung, Dahle, Berlin, 3,00 Meter. Laufe, Rathenow, 2,80 Meter. Speerwerfen, Laufe, Rathenow, 43,05 Meter. Kugelstoßen, Bögel, Berlin, 9,60 Meter. Dahnle, Berlin, 9,13 Meter. 100-Meter-Lauf, Busse, Rathenow, 11 1/2, Sel. 1000-Meter-Lauf, Dost, Rathenow, 3 Min. 54, Sel. 4x100-Meter-Staffette, Rathenow und Berlin Süd-Ost 50 1/2, Sel. 1000-Meter-Staffette, 5 Läufer (beliebiger Besatz) 2 Min. 13 Sel. — Jugendliche: Hochsprung, Bäder, Brandenburg, 1,43 Meter. Schachethal, Berlin, 1,43 Meter. Weitsprung, Bäder, Brandenburg, 5,17 Meter. Grassow, Rathenow, 5,10 Meter. Stabsprung, Kolberg, Berlin, 2,50 Meter. Speerwerfen, Böggel, Berlin, 32,00 Meter. Bäder, Brandenburg, 31,20 Meter. Kugelstoßen, Sachtleber, Berlin, 7,95 Meter. 100-Meter-Lauf, Reib, Brandenburg, 12 1/2, Sel. 300-Meter-Lauf, Nindernstau, Feld, Brandenburg, 51 1/2, Sel. 4x100-Meter-Staffette, Brandenburg 58 Sel. Olympische Staffette, Berlin Süd-Ost 23 1/2, Sel. — Frauen: Weitsprung, Reia Reumann, Berlin, 2,58 Meter. Brunk, Neudöln, Gire, Schöneberg, 3,55 Meter. Ballwerfen, Reumann, Berlin, 36,75 Meter. 100-Meter-Lauf, Schröder, Neudöln, 14 1/2, Sel. 4x100-Meter-Staffette, Neudöln 60 1/2, Sel. 10x100-Meter-Staffette, Neudöln 45 1/2, Sel.

Charlottenburg. Das Steuerbringverfahren. Der Magistrat fordert alle Steuerzahler auf, die laufenden sowohl wie etwa rückständige Steuern bis zum 20. August an die zuständige Steuerzahlsstelle einzuzahlen. Siehe Bekanntmachung im Inseratenteil.

Schöneberg. Fleisch für Zuckerkrante. Zuckerkrante, welche auf ärztliche Verschreibung Zulassungslisten erhalten, können bis zum 16. August einschl. in der Krankenstelle Neues Rathaus, Zimmer 206, ihre Fleischkarten zur Abtimpelung vorlegen, damit sie auch während der fleischlosen Wochen Fleisch beziehen können. Die Antragsteller haben sich dabei durch Vorlegung des Bewilligungsscheines auszuweisen.

Kreis Teltow. Die neue Brotverforgung. Die zum Lebensmittelverband (Vrotlariergemeinschaft) Groß-Berlin gehörenden Gemeinden des Kreises Teltow regeln die neue Brotverforgung vom 19. d. M. ab nach der gemeinsamen Verordnung des Lebensmittelverbandes. Für den übrigen, mehr ländlichen Teil des Kreises hat der Vorsitzende des Teltower Kreisaußschusses bestimmt, daß die Abgabe und Entnahme von Brot und Mehl vom 19. August ab nur auf Grund von Kreisbrotkarten zulässig ist. Vrotgewicht und der Preis entsprechen der Regelung im Groß-Berliner Lebensmittelverband mit dem Unterschied, daß auch Weizenbrot im Gewicht von 50 Gramm (Schrippe), soweit ein Bedürfnis dazu vorliegt, hergestellt werden kann. Der Preis dafür beträgt pro Stück 3 Pf.

Weißensee. Lebensmittel. Es entfallen auf die Abchnitte 55, 56 und 57 der allgemeinen Lebensmittelliste insgesamt 725 Gr. Auslandsmarmelade, deren Abnahme am 14. und 15. August in dem Geschäft erfolgen muß, in dem der Inhaber der Lebensmittelliste zum Bezuge von Nahrungsmitteln angemeldet ist.

Köpenick. Verkauf von Heringen. Heute findet von 8-1 und 9-7 Uhr in den Verkaufsstellen der Gemeinde auf folgende Nummern des Ausweises der Verkauf von Heringen statt: Winkel Nr. 951 bis 2108 und 3001-3050, Frommert 151-1850, Müller 2701 bis Schulnummer und 1-300, Rudow 1001-2200, Ziegeler 501-1700.

Groß-Berliner Parteinahrichten.

Groß-Berlin.

Heute abend 8 Uhr: Mitgliederversammlungen und Zusammenkünfte der Parteigenossen. — Entgegennahme der Beiträge und Aufnahme neuer Mitglieder.

Berlin I.

Bei Oläue, Kommandantenstraße 88.

Berlin II.

1. und 2. Abt. Westen bei Nidert, Steinmühlstr. 20a. — 3. 4. und 5. Abt. Friedrichstadt und Südwesten, Vindensstr. 3, 2. Hof. 3. — 6. Abt. Südwesten bei Schuster, Chausseepfad 4. — 7. und 8. Abt. Süden bei Reim, Urbanstr. 20.

Berlin III.
im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15.

Berlin IV.

Petersburger Viertel bei Kühn, Schreinerstr. 58. — Landsberger Viertel im Glysium, Landsberger Allee 40. — Frankfurter Viertel im Kleinen Gewerkschaftshaus, Eiltabeistr. 11. — Stralauer Viertel bei Fr. Reimig, Simon-Dach-Str. 24, Ede Revaler Straße. — Gölitzer und Gopenider Viertel bei Daus, Lauffher Str. 45.

Berlin V.

1. und 2. Abt. bei Winger, Christburger Str. 9, Ede Winststraße. 1b Abt. bei Schwauher, Raugarder Str. 3. — 2. und 3. Abt. bei Kuhn, Linienstr. 8. — 4. 5. und 6. Abt. bei Widert, Linienstr. 108. — 7. Abt. bei Leidia, Schiffbauerdamm 22.

Berlin VI.

1. und 2. Abt. bei Dohroflaw, Ewinemünder Str. 11. — 3. u. 4. Abt. bei Burg, Prenzlauer Allee 180, Ede Kaumerstr. — 5. Abt. bei Grunau, Stahlheimer Str. 30, am Humannplatz. — 6. Abt. bei Goltzschmidt, Stolpische Str. 86. — 7. Abt. bei Korn, Gleimstr. 10, Ede Kallplatz. — 8. Abt. bei Hoffmann, Ewinemünder Str. 47. — 9. Abt. bei Obigo, Straußener Str. 11. — 10. Abt. bei Garus, Volkstr. 37. — 11. Abt. bei Paul, Gartenstr. 101. — 12. und 15. Abt. bei Bauer, Virensstr. 20a. — 13. und 14. Abt. bei Lange, Wicelstr. 45. — 16. 17. 20. 21. und 22. Abt. bei Sack, Lindower Str. 26. — 18. und 19. Abt. im „Schwedenzelt“, Ede Schweden- und Erzgerichte.

Teltow-Beeskow.

Alt-Ostende-Hallenberg: bei Fritz Vahr, Gopenider Str. 45, Zehlendorf. —
Zehlendorf: bei Heumann, Nidelfstraße.
Fris-Budow: in Feders Gesellschaftshaus, Vriß, Chausseestraße 97.
Charlottenburg: im Volkshaus, Kofinenstr. 3 (Saal).
Gopenid: Altkast bei Gustav Müller, Alter Postf. — Dammvorstadt bei Karl Redach, Kaiser-Wilhelm-Str. 5. — Nieker Vorstadt bei Adolf Tiede, Marinenstr. 17. — Könnische Vorstadt bei Albert Stippel, Schönerlinder Str. 5.
Neudöln: im Sportrestaurant, Chausseestr. 44.
Karlshagen: 1. und 2. Bezirk bei Schulz, Reuterstr. 47. — 3. und 4. Bezirk bei Karl Müller, Weiserstr. 200. — 5. Bezirk bei Schittler, Weichselstr. 5. — 6. Bezirk bei Rood, Weiserstr. 41. — 7. Bezirk bei Robert Jön, Loddinstr. 58. — 8. Bezirk bei Kleinert, Stuttgarter Straße 7. — 9. Bezirk bei Rischke, Vertheilborfer Str. 8. — 10. bis 12. Bezirk bei Lehmann, Böhmische Str. 43. — 13. bis 17. Bezirk bei Genfel, Hermannstr. 178. — 18. bis 20. Bezirk bei Riknow, Prinz-Sombier-Str. 69. — 21. bis 23. Bezirk bei Gentschel, Herrfurthstr. 27. — 24. Bezirk bei Vär, Riksgartenstr. 4.
Schöneberg: bei Odt, Martin-Luther-Str. 69.
Steglitz: bei Clement, Düppelstr. 7.
Trepow-Baumshulenberg: bei Erbe, Baumshulenstr. 14.
Wilmersdorf: bei Schumann, Schworzkopffstr. 120.
Wilmersdorf: Die Mitgliederversammlung findet nicht am 14., sondern erst am 21. August statt. Näheres am 20. August im „Vorwärts“.

Niederbarnim.

Erker: bei Eichhorn, Wilhelmstraße.
Lichtenberg: bei Kurlowitz, Pfarrstr. 72 (am Verbindungsweg).
Oberschöneweide: bei Ladewig, Raufenerstr. 5.
Reinickendorf-Ost: für Reinickendorf-Mitte, Ribensstraße und Schillerstraße bei Köhler, Holländer Ede Thuner Straße, für Reinickendorf-Ost, Probingstraße mit Nebenstraßen, bei Reumann, Provinzstr. 84, Ede Hoppestraße.
Reinickendorf-West: bei Schäfer, Antonienstr. 10.
Weißensee: bei Stärke, Charlottenburger Straße 3.

Soziales.

Zuschüsse zu den Unfallrenten.

Das Reichsversicherungsamt hat einen Kundentafel an die Berufsgenossenschaften ergehen lassen, der auch für die Versicherten Bedeutung hat, die Anspruch auf die Zulage zu ihrer Unfallrente haben. Wir bringen ihn daher zur allgemeinen Kenntnis:

Nach § 7 der Ausführungsbestimmungen des Reichsversicherungsamts zur Bekanntmachung vom 17. Januar 1918 (Reichs-gesetzblatt Seite 31) über die Gewährung von Zulagen zu Verletzententen aus der Unfallversicherung vom 24. Januar 1918 (Amtliche Nachrichten des R.V.A. 1918, Seite 154) muß die Entscheidung des Versicherungsträgers den Vermerk enthalten, daß sie endgültig wird, wenn der Verletzte nicht binnen einem Monat nach ihrer Zustellung den Einspruch bei dem Oberversicherungsamt einlegt. Das für den Einspruch zuständige Oberversicherungsamt ist zu bezeichnen. Diese Bestimmungen sind, wie bei der Prüfung von Beschwerden der Renteneinpänger wahrgenommen ist, von verschiedenen Berufsgenossenschaften nicht beachtet worden. Das Reichsversicherungsamt sieht sich daher veranlaßt, an ihre genaue Einhaltung zu erinnern.

Eine Berufsgenossenschaft hat eine sehr zmedmäßige und sozial richtig empfundene Maßnahme getroffen. Sie läßt den Renteneinpängern, die voraussichtlich Anspruch auf die Zulage haben, unter eingehender Mitteilung des Inhalts des § 1 der Bundesratsverordnung vom 17. Januar 1918 eine Aufforderung zugehen, bald einen Antrag auf Gewährung der Zulage unter Benützung der mitfolgenden einen Vordruck für den Antrag enthaltenen Postkarte an die Berufsgenossenschaft oder an das zuständige Versicherungsamt zu richten, falls sie glauben, einen berechtigten Anspruch auf die Zulage zu haben. Es wird zur Erwägung empfohlen, ob nicht, soweit es noch nicht geschieht, in ähnlicher Weise zu verfahren sein möchte, weil namentlich die auf dem Lande lebenden und die nicht organisierten Renteneinpänger zum Teil nichts von der Bundesratsverordnung erfahren und deshalb keinen Antrag auf Zahlung der Zulage stellen.

Auch wird den Versicherungsträgern nahegelegt, Anträge auf Zulagen möglichst wohlwollend zu behandeln, insbesondere bei der Prüfung der Frage, ob Tatsachen die Annahme rechtfertigen, daß die Zulage nicht benötigt wird, Leistungen, auf die der Renteneinpänger keinen Rechtsanspruch hat, nicht zu berücksichtigen. Ebenso wird empfohlen, bei Prüfung der Frage, ob sich der Verletzte im Inland oder gewöhnlich im Ausland aufhält (§§ 1 und 5 der Bundesratsverordnung) zugunsten der in besetzten Gebieten im Kriegsdienst oder im Hilfsdienst stehenden Renteneinpänger, soweit angängig, wohlwollend zu verfahren.

Das Reichsversicherungsamt macht hierbei, ohne der Entscheidungen der zuständigen Rechtsprechungsinstanzen vorzugreifen, auf folgende Punkte aufmerksam:

Die in der einschlägigen Literatur vertretene Auffassung, daß nur solche Verletzte Anspruch auf die Zulage hätten, die zur Zeit des Geschehens der Bundesratsverordnung über die Gewährung der Zulagen vom 17. Januar 1918 (Amtliche Nachrichten des R.V.A. 1918, Seite 153) schon eine Rente von mindestens zwei Dritteln der Vollrente bezogen, trifft nach der Ansicht des Reichsversicherungsamts nicht zu. Der Wortlaut des § 1 der Verordnung, „Verletzte, die eine Rente von zwei Dritteln oder mehr der Vollrente beziehen“, bietet zu dieser engen Auslegung keinen Anlaß. Vielmehr steht die Zulage auch solchen Verletzten zu, bei denen die Voraussetzungen des § 1 der Bundesratsverordnung erst nach ihrem In-tauftritte erfüllt werden.

Unrichtig erscheint dem Reichsversicherungsamt auch die von einer Sektion vertretene Auffassung, daß die Zulage solchen Verletzten nicht zu gewähren sei, die zwar eine Rente von zwei Dritteln der Vollrente und mehr beziehen, aber bereits vor dem Unfall in der Erwerbsfähigkeit beschränkt waren. Maßgebend sind vielmehr nur die Hundertsätze der Rente.

Ebenso wenig entspricht die Übung einer Berufsgenossenschaft, die Zulagen nur dann rückwirkend zu gewähren, wenn dies ausdrücklich beantragt wird, der Bundesratsverordnung. Nach § 1 der Verordnung wird die Zulage für die Zeit bis zum 31. Dezember 1918 gewährt, also gemäß § 12 an sich vom 1. Februar 1918, dem Tage des Inkrafttretens der Verordnung, ab; § 5 enthält nur insofern eine Einschränkung, als die Zulage nicht länger als drei Monate rückwärts, gerechnet vom Beginn des Monats, in welchem der Antrag eingegangen ist, gewährt wird. Enthält der Antrag nicht selbst eine Einschränkung, so ist davon auszugehen, daß mit ihm die Zulage in dem nach der Verordnung zulässigen weitesten Umfang erstrebt wird.

„Ich habe dem Bericht nichts hinzuzufügen.“

Die Unfallverhütungsvorschriften der Berufsgenossenschaften bedürfen sich nicht überall mit den ein gleiches Gebiet betreffenden Polizeiverordnungen. So schreiben z. B. die Preussischen Polizeiverordnungen zur Fahrsicherheitsarbeiten keinen besonderen Abschluß des Fahrlehrerzeugnisses einer Aufzugsanlage vor, wenn die Fahrsicherheitsarbeiten ordnungsgemäß betrieblen werden kann. Daß solche Anlagen auch nicht entfernt Anspruch auf Sicherheit machen können, versteht sich von selbst. So war denn in einem in einer frühlingshaften Waldzone untergebrachten Gemütskurortbetriebe ein mit Aufzügen von Häusern beschäftigter Wächter durch Abwurf in den Fahrstuhl schwer verletzt worden. Die berufsgenossenschaftliche Revision ergab, daß die Anlage im alten, ungesicherten Zustande im Einverständnis mit dem die Kontrolle dieses Betriebes ausübenden Dampfstellüberwachungsverein weiter betrieben worden war. Die Berufsgenossenschaft beantragte davon das kgl. Preuss. Handelsministerium.

Natürlich hat dieses Anlaß genommen, dafür zu sorgen, daß die maßgebliche Polizeiverordnung sofort verbessert und weitergehende Sicherung vorgeschrieben wird!

Das meinst du, lieber Leser!

Nein, so arbeitet man im Handelsministerium nicht. Erst Bedenken, dann Antwort an die Berufsgenossenschaft, die lautet:

„Nach einem Bericht des königlichen Regierungspräsidenten in Köln, der sich auf Feststellungen des Dampfstellüberwachungsvereins stützt, erfolge die Benutzung des Aufzuges in der Weise, daß die Holzwagen den Fahrstuhl vollständig ausfüllen, so daß Personen behindert waren, noch auf dem Fahrstuhl Platz zu finden. Außerdem waren die Ladeflächen zu verkleinern, daß die Höhe nach Fußboden bis zum Lattenverschlager nur etwas über einen Meter betrug. Der Verein ist der Meinung, diese Anordnung entspricht den Ausführungsbestimmungen zu den §§ 10 bzw. 23 der Aufzugsverordnung.“

Der Gewerbeinspektor berichtet, auch in anderen Holzereien seien die Aufzüge ähnlich angefaßt. Die Ausführung entspreche den Bestimmungen des § 23 III der Aufzugsverordnung auch hinsichtlich der Art des Beladungsmittels der noch vorhandenen Holzarten, welche die Plattform des Fahrstuhls vollständig besetzen und das Betreten des Fahrstuhls verhindern. Bei der jüngst festgestellten Besichtigung der Anlage durch den Gewerbeinspektor mußte allerdings beanstandet werden, daß der Lattenverschlager im zweiten Kellerraum schief, in dem 3. Stockwerk dagegen so dicht war, daß die jeweilige Stellung des Förderkorbes nicht außerhalb der Fahrbahn überblickt werden konnte. Auch fehlten in den Kellerräumen und in den oberen Stockwerken die festen Handgriffe und einige Schilder an den Ladeflächen. Die Ladefläche im Kellerraum im Erdgeschosse, an der der Unfall sich ereignete, befand sich in vorchristlichem Zustand.

Werden die beanstandeten Mängel abgestellt, was der Gewerbeinspektor durch eine Forderung an den Unternehmer bereits in die Wege geleitet hat, so sind gegen die Fahrstuhlanlage auf Grund der Aufzugsverordnung keine Einwendungen zu erheben.

„Ich habe diesem Bericht meinerseits nichts hinzuzufügen.“

Aber wir haben diesem Bericht noch etwas hinzuzufügen. Zunächst, daß der Betriebsunternehmer, weil er die weitergehenden Unfallverhütungsvorschriften der Berufsgenossenschaft unbeachtet gelassen, von dieser in Strafe genommen wurde, weil es nur recht und billig. Dann aber, daß wir uns die Aufgaben einer höchsten Landeszentralbehörde so vorstellen, daß sie führend und leitend, voraussetzend, also regierend wirken soll. Daß ihre Tätigkeit sich nicht nur auf die Kontrolle zu erstrecken hat, ob überall die auf dem Papier stehenden Vorschriften eingehalten wurden, sondern auch darauf, ob sie den berechtigten Ansprüchen genügen. Und wenn es nicht der Fall, wie unzweifelhaft hier, dann hat sie ihnen etwas „hinzuzufügen“. Aber bis das geschehen, hat sie durch vorläufige Anordnungen einzugreifen, oder die nachgeordneten Stellen zu solchen Anordnungen anzuhalten, damit weiterer Schaden verhütet werde. Hier hätte sofort eine Anordnung an die zuständige Polizeibehörde ergehen müssen, gemäß § 120d der Gewerbeordnung, im Wege der Verordnung für die einzelne Anlage vorzuschreiben, den Betrieb so zu gestalten, daß die Arbeiter gegen Gefahren für Leben und Gesundheit geschützt sind und bis das geschehen, die Weiterbenutzung der fraglos gefährlichen Anlage zu verbieten.

So denken wir uns die Aufgaben einer Landeszentralbehörde und das möchten wir denn doch dem Bericht noch „hinzufügen“.

Aus aller Welt.

Ein neuer Eisenbahnzusammenstoß.

Damburg. Infolge Ueberfahrens des Haltsignals der Zugmeldestelle „Wefer-Eldbrücke“ ist am 18. August nachts 2 Uhr ein von Harburg nach Wilhelmshagen fahrender Güterzug auf einen im Gleis haltenden Arbeitszug aufgefahren. Dem Zugbegleitpersonal wurde die Hilfskassiererin Meta Schlund aus Hamburg getötet, der Zugführer Weder, der Schaffner Dedert sowie die Hilfskassierinnen Peters und Seewald sind leicht verletzt. Die Personenzuggleise sind infolge des Unfalls auf etwa 12 Stunden gesperrt. Der Verkehr wird durch Umleiten der Züge über die Gütergleise aufrechterhalten. Die Untersuchung ist eingeleitet worden.

Ein neuer Stand — die Kochmeister. In Dresden haben es die Meister vom Kochlöfel zu einem neuen, in heutiger Zeit besonders wohlklingenden Titel gebracht. Die dortige Abrechnung kam bei der Behörde darum ein, es möge ihren Mitgliedern die Befugnis erteilt werden, sich fortan des Titels „Kochmeister“ bedienen zu dürfen, und die Gewerbelammer Dresden billigte auch das Verlangen nach dem neuen Titel für den Fall, daß der Titelinhaber zur Führung des Meistertitels in Verbindung mit dem Kochhandwerk schon berechtigt ist. — Der Herr Kochmeister wird demnach in Sachsen bald eine sehr beliebte Anrede sein.

Es soll zugegeben werden, daß das Kochen jetzt im Kriege eine besondere Spezialität geworden ist und großen Spürsinn und ökonomisches Talent erfordert. Aber wenn alle, die sich auf diesem Gebiete anbauern betätigt haben, vor allem die Arbeiterfrauen, auf den Meistertitel Anspruch erheben wollten, so dürfte es bald soviel Meister geben, daß die Dresdener Küche doch nicht mehr daraus hervortragen werden. Die Dresdener Küche scheint vom „Stahlbad“ sehr wenig profitiert zu haben.

Briefkasten der Redaktion.

N. G. 12. Der Brief ist leider zur Veröffentlichung berechtigt, auch wenn sich der Mann im Felde befindet. Die Frau muß jedoch das Mitteilungsamt anrufen, welches ebenfalls die Veröffentlichung als unangelegentlich vermerken und die Kündigung aufheben kann. — R. Z. 100. Das

Sollamt ist im Recht. Ueber die Verzögerung hat nur das Sollamt im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen zu befinden. — R. Z. 57. Kommen Sie in die Spruchkammer. — W. Lichtenrade. Garnisondienst läßt sich nicht krankheits- und Schwächebedingt einseitig Mitgliedern tauglich für Landsturm. — R. Z. 30. Sie müssen für Ihre Frau zahlen. Sie haben ja die Annahme der Wäcker verweigert. Nach Zahlung haben Sie dieselben wieder zur Verfügung. — R. Z. 100. Wenn die Mutter das Geld in Verwahrung genommen hat, ist sie auch erpöcklich.

Wasserstandsberichte der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand am	11.	12.	Wasserstand am	11.	12.
	cm	cm		cm	cm
Memel	111	828	Saale	62	62
Pregele	10	16	Havel	30	30
Reichel	154	168	Spree	0	5
Oder	510	631	Elbe	72	78
„	132	153	„	198	198
„	104	108	„	125	114
„	10	16	„	180	180
„	—	—	„	475	—
„	—	—	„	234	—
„	—	—	„	201	—
„	—	—	„	40	—
„	81	83	„	95	—
„	34	83	„	—	—

Gewinnauszug der 12. Preussisch-Süddeutschen (38. Königlich Preussischen) Klassenlotterie 2. Klasse 1. Ziehungstag 13. August 1918

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gezogen, und zwar je einer auf die zwei gleichen Nummern in den beiden Abteilungen I und II

(Ohne Gewähr u. E. A. f. B.) (Nachdruck verboten)
In der Vormittags-Ziehung wurden Gewinne über 96 M. gezogen: 2 Gewinne zu 6000 M. 188123
2 Gewinne zu 3000 M. 72215
4 Gewinne zu 1000 M. 184603 180788
8 Gewinne zu 500 M. 12631 65576 155922 199372
16 Gewinne zu 400 M. 4567 49821 56383 65483 94962 146791 169201 217228
26 Gewinne zu 300 M. 8441 12240 24570 41839 43601 46586 61850 75673 99688 105176 154252 159558 212884
82 Gewinne zu 200 M. 2874 8030 7572 9555 10493 17651 26032 28428 28939 30053 38395 43078 65418 68217 68290 75133 85246 90120 95839 97965 104215 110000 130821 135453 149199 151031 162385 168715 180183 180582 183201 177189 197339 182108 187030 188763 189588 197847 201544 214979 215473

In der Nachmittags-Ziehung wurden Gewinne über 96 M. gezogen: 2 Gewinne zu 40 000 M. 134910
2 Gewinne zu 20 000 M. 6537
2 Gewinne zu 10 000 M. 207453
2 Gewinne zu 3000 M. 112928
6 Gewinne zu 500 M. 164877 194004 207641
8 Gewinne zu 400 M. 73564 120735 139139 213831
84 Gewinne zu 300 M. 2168 8966 16385 47897 63839 63888 74170 80521 108078 110653 156301 157500 170102 197733 205581 207479 216667
64 Gewinne zu 200 M. 8320 14565 19872 23011 24139 32062 33344 36949 38923 40733 56038 57220 57725 63601 77684 83044 88780 102150 111883 121597 126326 128582 145022 158885 164236 173505 174048 180354 196304 197075 208140 212348

Deutsches Theater.
Allabendlich 8 Uhr:
Max Pallenberg in
Der fische Rudl.
Kammerspiele.
Heute und morgen 7 1/2 Uhr:
Lucie Höflich in
Der Weibteufel.
Volksbühne, Th. a. Bülowpl.
Allabendlich 7 1/2 Uhr:
Sommernachtsraum.

Theater des Westens
Bis einschl. Dienstag, d. 20.
Letzte Aufführungen:
7 1/2 Uhr:
Inkognito.
Operette von Rudolf Nelson.

Dir. C. Meinhard — R. Bernauer.
Theater Königgrätzerstr.
8 Uhr: **Die fünf Frankfurter.**

Komödienhaus
8 Uhr: **Die Zarin.**

Berliner Theater
7 1/2 Uhr: **Blitzblauer Blut.**

Theater der Friedrichstadt.
Ecke Friedrich- u. Lindenstr.
7 1/2 Uhr: **Norden 8650.**

Der goldene Spiegel.
Sonntag, d. 17.: **Erstaufführung**
„Kaiserplatz 3 eine Trophee“.
Ein lustiges Stück mit Musik
nach Karl Laufs.

Apollo-
Friedrichstr. 218
Dir.: James Klein.
7 1/2, Sonnt. 3 1/2 u. 7 1/2
Todesrennen
in der Luft
sow. weitere Sensat.
Vorverkauf an der
Theaterk. 10—6 Uhr.
Sonnt. 3 1/2 Uhr jeder
Erwachs. 1 Kind frei!

Trianon-Theater
Bhf. Friedrichstr. Ztr. 4927, 2391
8 U. Zum 348. Male: **Der**
Lebensschüler.
Komödie von Ludwig Palda.
Sonnt. nachm. 7 1/2 U. kl. Pr.:
Schneewittchen.
Sonntag 4 Uhr: Hedda Gabler.

Theater für Mittwoch, 14. August.
Central-Theater
7 1/2 Uhr: **Die Csardasfürstin.**

Deutsches Opernhaus
7 1/2 Uhr: **Die Fledermaus**

Friedrich-Wilhelmst. Theater
7 1/2 Uhr: **Das Dreimäderlhaus.**

Kleines Theater
8 Uhr: **Aristid und seine Fehler**
mit Bassermann.

Metropol-Theater
7 1/2 Uhr: **Die Rose von Stambul.**

Neues Operettenhaus
7 1/2 Uhr: **Das süße Mädel.**

NEU im PROGRAMM!
DIE BERBERLÖWEN.
HEUTE zwei Vorstellungen: 8 1/2 und 7 1/2 Uhr.
Nachmittag Vorsugspreise.
HAGENBECK
ZELTZIRKUS — Nur kurze Zeit.
Neue Königstraße 28 — am Alexanderplatz.
Vorverkauf: Wertheim und Zirkuskasse.
Telephon: Königspl. 140.

WINTERGARTEN
Alice Hechy
Rolf Brunner
Gesangs- und Tanz-Duett
sowie der
glänzende
Varieté-
Eröffnungs-Spielplan!

Admiralspalast.
Die Prinzessin von Tragant
Sajdah. Deutsche Tänze
Kühler Aufenthalt.
7 1/2 Uhr. 2, 3, 4, 5, 6 M.

Komische Oper
7 1/2 Uhr: **Schwarzwaldmädel.**

Lustspielhaus 7 1/2 Uhr:
Die spanische Fliege

Residenz-Theater
7 1/2 Uhr: **Flimmer-Klärchen.**

Schiller-Th. Charl.
7 1/2 Uhr: **Alt-Heidelberg.**

Thalia-Theater
7 1/2 Uhr: **Unter der blühenden Linde**

Theater am Nollendorfplatz
7 1/2 Uhr:
Von allen Theatern

Palast
Tägl. 7 1/2, Sonnt. 3 1/2 u. 7 1/2
Nur noch bis
23. August:
Gesamt-Gastspiel
des Herrnfeld-Theaters:
Die Kriegsgewinnler
mit Dir. A. Herrnfeld und
Ferd. Grünbecker in den
Hauptrollen.

Casino-Theater.
Lothinger Straße 37.
Wiedereröffnung
Freitag, 16. August, 7 1/2 Uhr
mit der neuen Berliner Besse
Man lacht mal wieder!
und erl. Spezialitäten.
Vorverkauf täglich v. 11—2 Uhr.

Versuchen Sie Jwezett-
das einen prächtigen, steifen, haltbaren Schaum gibt
Dose 1,50. J. W. Zimmer, Frankfurt a. M.

National-Theater 7 1/2 u. 8
Mäuschen.
Musik von Walter Bromme.

Lichtspielhaus
Große Frankfurter Straße 28
an der Andreasstraße.

Europa postlagernd.
Abenteuer des Detektivs.

Max Landa.
Der rote Simson.
Tragödie, 4 Akte.

Anfang 7 Uhr.

Reichshallen-Theater.
Allabendlich 7 1/2 Uhr:
Stettiner Sänger

Dr. Ed. David MAR:

Wer trägt die Schuld am Kriege?
Diese Frage hat Genosse Edward David in einer vor dem
holländisch-kanadischen Friedenskomitee in Stockholm
gehaltenen Rede beantwortet und vertritt in geradezu
meisterhafter Weise den Standpunkt der deutschen Sozial-
demokratie. Jeder Arbeiter, jeder Parteigenosse
muss diese Brochure gelesen haben!
Preis 1,— Mark.
Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW., Lindenstr. 3
(Laden), sowie sämtliche Zeitungsausgabestellen.

Rose-Theater.
7 1/2 u. 8: **Die Prinzessin vom Nil.**
Gartenl. Bitte recht freundlich.

DER „HIAS“
Tägl. 7 1/2 u. abends.
Heute nachmittag
8 1/2 Uhr: Familien- und
Schülerveranst. z. kl. Pr.

Walhalla-
Theater, Weinbergsweg

Berliner Prater-Theater
Sakaniestrasse 7—9.
Tägl. 5 Uhr: **Im Wolkentaximeter.**
Gente sowie jeden Mittwoch:
Gr. Kinderfest. 3 Uhr.
Freitag, den 16. August:
Einmalige Aufführung:
Die Kinokönigin.
Operette von Jean Gilbert.

Frauen-Heil-Institut
Gute Erfolge seit 25 Jahren
bei **Frauenleiden**
aller Art. **Nervenleiden.**
Behandl. durch Massage-
Wasserheilverfahren. Be-
strahlung. Elektrotherapie.
Röntgenbehandlung.
Dr. med. Lommer, prakt. Arzt.
Sprechst. 11-1 u. 4-7 Uhr
außer Sonnab. u. Sonntag
Fornspr. Kurfürst 4081
Mäßige Preise.
Prospekto d.
Hanna Kude

Führer für Pilzfreunde
Volksausgabe mit 4
farbigen Abbildungen
der wichtigsten ess-
baren und giftigen
Pilzen.
Preis: 2,75 Mark,
Porto 20 Pfennig.
Zu haben in der Buch-
handlung Vorwärts,
Berlin SW. 68, Lindenstr. 3
und in sämtlichen Ausgabestellen
der Zeitung.

Tod u. Teufel
Über 25 Jahre einzig bewährt!
Reichs Spezialmittel in unveränderter anormer
Stärke wirken mit vernichtender Kraft.
Wanzen-Fluid „Radikal“
Flasche M. 1,25, 2,25, 3,75 u. 5,50.
Schwaben-Puder „Martial“
Pack M. 1,—, 2,—, 4,—, Pfund M. 8,—
Motten-Pulver unvergänglich.
Pack 90 Pf., M. 1,75, 3,50, Pfund M. 7,—
Durchgreifende Wirkung
Jede Brut abtötend
Anerkennungen aus aller Welt.
Man nehme in
Packungen Marke **Tod und Teufel** und seine
Erzatzmittel.
Otto Reiche, Berlin SO, Eisenbahnstr. 4.
Fernsprech-Anschlüsse: Moritzplatz 4751, 4752, 4753.
Lieferant f. Arme u. Marine, Königl. u. städt. Behörden.
Wirksamkeit wird nur verbürgt durch die Marke
Tod u. Teufel

SARRASANI
Letzter Spielmann.
Heute Mittwoch, 14. Aug.:
2 große
Aufführungen 2
nachm. 3, abends 7 1/2 Uhr
„Torpedo - los!“
Das gewaltige
Hanegeschaustück.
30 Artisten in der Luft 30
Nachm. zahl. Erwachsene
und Kinder halbe Preise.
Vorverkauf Zirkuskasse
u. Wertheim.

Führer für Pilzfreunde
Volksausgabe mit 4
farbigen Abbildungen
der wichtigsten ess-
baren und giftigen
Pilzen.
Preis: 2,75 Mark,
Porto 20 Pfennig.
Zu haben in der Buch-
handlung Vorwärts,
Berlin SW. 68, Lindenstr. 3
und in sämtlichen Ausgabestellen
der Zeitung.

Tod u. Teufel
Über 25 Jahre einzig bewährt!
Reichs Spezialmittel in unveränderter anormer
Stärke wirken mit vernichtender Kraft.
Wanzen-Fluid „Radikal“
Flasche M. 1,25, 2,25, 3,75 u. 5,50.
Schwaben-Puder „Martial“
Pack M. 1,—, 2,—, 4,—, Pfund M. 8,—
Motten-Pulver unvergänglich.
Pack 90 Pf., M. 1,75, 3,50, Pfund M. 7,—
Durchgreifende Wirkung
Jede Brut abtötend
Anerkennungen aus aller Welt.
Man nehme in
Packungen Marke **Tod und Teufel** und seine
Erzatzmittel.
Otto Reiche, Berlin SO, Eisenbahnstr. 4.
Fernsprech-Anschlüsse: Moritzplatz 4751, 4752, 4753.
Lieferant f. Arme u. Marine, Königl. u. städt. Behörden.
Wirksamkeit wird nur verbürgt durch die Marke
Tod u. Teufel

Metzner
Kinderwagen-Werthaus
Größte Auswahl Berlin
Andreasstr. 23 Andreasplatz
Dammstr. 95 Dammstr. 67
Lützowstr. 54 Reuthstr. 133
Spandau, Charlottenstr. 24a.

Führer für Pilzfreunde
Volksausgabe mit 4
farbigen Abbildungen
der wichtigsten ess-
baren und giftigen
Pilzen.
Preis: 2,75 Mark,
Porto 20 Pfennig.
Zu haben in der Buch-
handlung Vorwärts,
Berlin SW. 68, Lindenstr. 3
und in sämtlichen Ausgabestellen
der Zeitung.

Tod u. Teufel
Über 25 Jahre einzig bewährt!
Reichs Spezialmittel in unveränderter anormer
Stärke wirken mit vernichtender Kraft.
Wanzen-Fluid „Radikal“
Flasche M. 1,25, 2,25, 3,75 u. 5,50.
Schwaben-Puder „Martial“
Pack M. 1,—, 2,—, 4,—, Pfund M. 8,—
Motten-Pulver unvergänglich.
Pack 90 Pf., M. 1,75, 3,50, Pfund M. 7,—
Durchgreifende Wirkung
Jede Brut abtötend
Anerkennungen aus aller Welt.
Man nehme in
Packungen Marke **Tod und Teufel** und seine
Erzatzmittel.
Otto Reiche, Berlin SO, Eisenbahnstr. 4.
Fernsprech-Anschlüsse: Moritzplatz 4751, 4752, 4753.
Lieferant f. Arme u. Marine, Königl. u. städt. Behörden.
Wirksamkeit wird nur verbürgt durch die Marke
Tod u. Teufel

Glück und Glas

Zufriedenheit ist wahres Glück!



Wir garantieren Ihnen Zufriedenheit wenigstens mit den von uns gekauften Brillen und Ansefern. Ob Ihr Kind, ob Ihre Rüge Ihr Augenlicht beim Spielen zerbrochen haben, oder ob es unter den Umhüllungen geraten ist, wir fragen Sie nicht danach, sondern reparieren es Ihnen kostenlos. Ja, wenn Sie es so zugerichtet haben, daß es nicht mehr tauglich werden kann, so erhalten Sie ein gleichwertiges neues als Ersatz umsonst. Nur zerbrochene Gläser müssen Sie zahlen, sowie Schildpatt, Horn und ähnliche Teile, sonst nichts. Die Garantie läuft bis zu drei Jahren, mindestens jedoch zwei Jahre für Fassungen von 8.50 M. Dafür erhalten Sie aber bei uns schon

einen guten Gold-Double-Kneifer (ohne Gläser). Gewölbte Punktort-Menisten, punktuell abbildend 8.— M., aus Samstop-Glas 10.— M. Wir müssen gediegene Ware liefern, sonst können wir nicht lange unsere Garantie ohne eigenen Schaden halten. Die Augen-Untersuchung ist kostenlos. Für passende Gläser garantieren wir Ihnen besonders. Das bedeutet noch mehr. Selbst wenn Gläser so genau verpaßt sind, daß kein Fachmann etwas daran verbessern könnte; sind „Sie“ vielleicht nicht damit zufrieden, dann reden wir nicht lange, sondern wechseln Ihnen die Gläser so lange kostenlos um, bis Sie wirklich damit zufrieden sind.

Optiker Ruhnke

Verlangen Sie noch außerhalb
kostenlos unsern Optiker
zum Selbstbestimmen passender
Gläser nach Veranlassung.

C. Spitzelwaxl,
46a Wall-Str.
Alexanderplatz
neben Klinginger

W. Delpiger Str. 113,
64a Kaiser-Str.

N. Chaussee-Str. 72,
Jussalben-Str. 104,
64a Brunnen-Str.

NW. Friedeb.-Str. 150,
64a Dorotheen-Str.

Friedenau:
Rhein-Str. 14, 64a Meiß-Str.
gegenüber der Zeiler-Str.

Charlottenburg:
Lantier-Str. 15,
64a Dorotheen-Str.
Johannisthaler Str. 2
am Weiden-Platz

SO. Oranien-Str. 44,
neben Oranien-Platz

Friedeb.-Str. 150,
64a Dorotheen-Str.

Friedrich-Str. 106,
64a Dorotheen-Str.

Schöneberg:
Haupt-Str. 21
am Kaiser-Platz

Wilmersdorf:
Berliner Str. 132-3,
a. d. Uhland-Str.

Charlottenburg:
Lantier-Str. 15,
64a Dorotheen-Str.
Johannisthaler Str. 2
am Weiden-Platz

Bekanntmachung betreffend Neuaufnahme einer Kunden- liste für Kartoffeln.

In Ausführung unserer Bekanntmachung betreffend Einrichtung von Kundenlisten für den Abzug von Kartoffeln durch den Kleinhandel vom 18. Dezember 1916 wird folgendes bestimmt:

I.
Zum Montag, den 12. August, bis Sonnabend, den 17. August 1918, einschließlich, hat jeder, der im Gemeindebezirk Berlin Kartoffeln vom Kleinhandel zu beziehen wünscht, seinen Bedarf unter Vorlegung seiner mit Anmeldebogen versehenen Karteiartikeln bei einem Berliner Kleinhändler zur Eintragung in eine neue Kundenliste anzumelden. Ausgenommen sind diejenigen, die mit Kartoffeln versorgt sind; diese dürfen sich nicht zur Kundenliste anmelden. Alle diejenigen, deren Karteiartikeln bei ordnungsmäßigem Verbrauch nach Ablauf der Eintragungsfrist aufgebraucht sein wird, erhalten bei ihrer Bestimmung die Karteiartikeln und einen Vordruck zur Kartenaufnahme.

Die bisherige Kundenliste behält solange ihre Wirksamkeit, bis durch besondere Bekanntmachung des Magistrats der Verkauf auf Grund der neuen Kundenliste angeordnet wird.

Bei der Anmeldung zur Kundenliste muß für an jeder Karteiartikeln befindliche Anmeldebogen mit sorgfältiger Ausfüllung von Name und Wohnung des Anmeldenden dem Kleinhändler einzuhandeln.

Die Anmeldung darf durch ein Haushaltungsmitglied auch für die übrigen Mitglieder des Haushalts erfolgen. Es dürfen nur solche Personen in die Kundenliste eingetragen werden, als Anmeldebogen übergeben sind.

II.
Die Bestimmungen zu I finden auch auf Hotels, Schank- und Speisewirtschaften, Pensionate, Privatmahlstuben und andere für die Verpflegung von Personen eingerichtete Betriebe, ferner auf Krankenhäuser, Lazarett, Gefängnisse, Erziehungsanstalten, möblierte Einrichtungen, Kantinen gewerblicher Betriebe, und andere Verpflegungsanstalten Anwendung, soweit sie nicht etwa mit Kartoffeln versorgt sind und somit die ihren Kartoffelbedarf beim Kleinhandel decken.

Die Inhaber oder Leiter dieser Betriebe haben bei der Anmeldung eine Bescheinigung über die Höhe ihres Wochenbedarfs vorzulegen, die

soweit die Kartoffelbezugscheine von den Gesamtwirtschaftskommissionen ausgestellt werden, von dem Obmann der zuständigen Gesamtwirtschaftskommission und soweit die Bezugscheine unmittelbar vom Magistrat, Abteilung für Kartoffelverforgung, ausgegeben werden, von dieser ausgestellt sein müssen.

Beziehen die vorgenannten Betriebe ihren Bedarf unmittelbar vom Großhändler, so hat die Anmeldung zum Bezug beim Magistrat, Abteilung für Kartoffelverforgung, Schlichterstr. 5, schriftlich zu erfolgen, und zwar unter Einbringung einer schriftlichen Erklärung des Großhändlers, daß er die Lieferung übernimmt, und soweit die Kartoffelbezugscheine von den Gesamtwirtschaftskommissionen in Empfang genommen werden, unter Vorlegung einer Bescheinigung des Obmanns über die Höhe des Kartoffelbedarfs.

III.
Die Anmeldebogen für die Eintragung zur Kundenliste muß unbedingt eingehalten werden. Eine Verlängerung der Frist findet nicht statt. Eine Veräumlichung der Anmeldebogen hat den Ausschluss des Kartoffelbezuges von einem Berliner Händler bis auf weiteres zur Folge.

Ausnahmen können vom Magistrat, Abteilung für Kartoffelverforgung, auf Antrag zugelassen werden. Die Anträge sind nur schriftlich unter Vorlegung der Gründe für die Veräumlichung der Eintragungsfrist an den Magistrat, Abteilung für Kartoffelverforgung, Schlichterstr. 5, zu richten.

IV.
Zur Auslegung der Kundenlisten sind nur diejenigen Kleinhändler befugt, die zurzeit Kartoffeln im Kleinhandel abgeben, und die sich dem Magistrat, Abteilung für Kartoffelverforgung, gegenüber schriftlich verpflichtet haben, mindestens die Menge Kartoffeln (sachgemäß einzulagern, die sie zur Befriedigung ihrer Kundenliste für eine Woche benötigen. Die Kundenliste ist vom Kleinhändler in zwei Exemplaren anzustellen und beide Exemplare sind mit den gesammelten Anmeldebogen und Bescheinigungen — II dieser Verordnung — am 15. August von 9 bis 1 Uhr, am 19. bis 21. August von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends beim Magistrat, Abteilung für Kartoffelverforgung, Schlichterstr. 5, bzw. im Laden Schlichterstr. 6 abzugeben.

V.
Am obigen Meist die Verordnung vom 18. Dezember 1916 betreffend Einrichtung von Kundenlisten für den Abzug von Kartoffeln durch den Kleinhandel unberührt.
Berlin, den 7. August 1918.

Magistrat der Königl. Haupt- und Residenzstadt.
Zob. Nr. 817. Kart. 18. Reich.

Künstl. Zähne

Spezialität: Zähne ohne Gaumenplatte!
Gold-Technik! Kronen von 20 Mark an!
— Umarbeitung schlechttzender Gebisse.
— Zahnziehen mit Betäubung nach bewährter Methode.
— Personal, Munduntersuchung u. Rat kostenlos!
— Billige Preise, ev. Teilzahlung.

Zahn-Praxis M. Löser, Brunnenstr. 185
zwischen Rosenthaler Platz und Invalidenstraße.
Sprechstunden täglich von 9-5 Uhr ununterbrochen.
Sonn tags von 9-12 Uhr vormitt. Telefon: Norden 9283.
Bitte genau auf Straße und Hausnummer zu achten.

Bekanntmachung.

Kauf Grund des § 14 des Umsatzsteuergesetzes vom 26. Juli 1918 und des Erlasses des Herrn Finanzministers vom 30. Juli 1918 — III 7111. II 10642 — werden die Steuerpflichtigen, für welche das Umsatzsteueramt Berlin zuständig ist, aufgefordert, ihr Unternehmen — und sofern sie die im § 8 des Gesetzes genannten Gegenstände (Zuggegenstände) umlegen, auch dies — bis zum 15. August 1918 schriftlich oder mündlich beim Umsatzsteueramt, Klosterstr. 15/16a, II, anzugeben.

Von der Anzeigepflicht sind befreit diejenigen Unternehmen, die für das Kalenderjahr 1917 eine Anmeldung zum Warenumschlagstempel abgegeben haben und nicht die im § 8 des Gesetzes genannten Gegenstände im Kleinhandel abgeben.

Die Anzeige hat zu enthalten:

1. Namen oder Firma,
2. Wohnort (Stad oder Leistung) nebst Straße und Hausnummer des Unternehmens,
3. Art des Unternehmens,
4. Angabe der Gegenstände, die das Unternehmen umlegt oder der Leistungen, die es ausführt, nach ihrer handelsüblichen Bezeichnung.

Werden Zuggegenstände der im § 8 des Gesetzes bezeichneten Art umgelegt, so sind sie nach der Reihenfolge und den Bestimmungen des § 8 auszuführen.

Bei dieser Anmeldepflicht nicht rechtzeitig nachkommt, kann nach § 28 Absatz 4 des Gesetzes mit einer Ordnungsbüße bis zu 100 M. bestraft werden.

Der Umsatzsteuer unterliegen abweichend vom Warenumschlagstempel nicht nur die Warenleistungen, sondern auch die sonstigen Leistungen solcher Personen, die eine selbständige gewerbliche Tätigkeit mit Einschluß der Uterzeugung und des Handels ausüben, soweit die Leistungen innerhalb dieser gewerblichen Tätigkeit liegen. Der Steuerpflicht unterliegen hiernach zum Beispiel auch Gasthausbetriebe, Beförderungsunternehmen, soweit sie nicht durch § 2 Absatz 5 des Umsatzsteuergesetzes ausgenommen sind, das Lagerungs- und Verwahrungsgewerbe, das Vergütungsgewerbe, Mäherel-, Handwerksbetriebe jeder Art, insbesondere auch Instandhaltungsbetriebe, Installations- u. dgl. Anlagen, Instandhaltung der Hochspannung, Privatlehrer, Ärzte und künstlerische Berufe.

Das Umsatzsteueramt Berlin ist zuständig, sofern das Unternehmen in Berlin betrieben wird. Wird es in mehreren Steuerbezirken betrieben, so ist Berlin nur zuständig, wenn über die Leistung des Unternehmens ihren Sitz, oder wenn ein Sitz nicht vorhanden ist, der Steuerpflichtige seinen Wohnort oder Aufenthalt hat. (Vergl. § 34 des Umsatzsteuergesetzes.)

Berlin, den 12. August 1918.

Magistrat
der Königl. Haupt- und Residenzstadt.
Reich.

Bekanntmachung.

Das städtische Erdmannshaus, Neue Königstr. 21, soweit es der Einquartierung und Verpflegung von Militärpersonen dient, soll auf die Zeit vom 1. Oktober d. J. bis 1. Oktober 1921 meistbietend verpachtet werden.

Die Verpachtungsbedingungen liegen in unserm Militär-Bureau, Klosterstr. 68, Erdgeschoss, zur Einsicht aus und werden dort auch gegen Zahlung von 1.50 M. abgeschrieben verabreicht. Die Gebote sind schriftlich und verschlossen unter der Bezeichnung „Erdmannshausangelegenheit“ bis 5. September d. J. einzureichen, der unterzeichneten Deputation einzureichen. Die Erfüllung der eingegangenen Gebote erfolgt öffentlich in dem zu diesem Zwecke auf Freitag, den 6. September d. J., vormittags 11^{1/2} Uhr, in unserm Bureau, Klosterstr. 68, Erdgeschoss, anberaumten Termin. Berücksichtigt werden nur solche Gebote, deren Bietler vor der Eröffnung der Gebote die Bedingungen unterschrieben und dadurch für den abzuschließenden Vertrag als bindend anerkannt und ferner die Betragssicherheit von 100 M. gestellt haben.

Berlin, den 10. August 1918.

Steuer-Deputation des Magistrats.
Abteilung IV.
Sausse, Stadtrat.

Zob. Nr. 96 III. III.

Rasier-Crème-Pulver

hygienischer als verderbliche Rasier-Crèmes und billiger
Dose 1.50. J. W. Zimmer, Frankfurt a. M. 638

Bezugsquellen-Verzeichnis

Erreicht 2 mal wöchentlich. Unterstehende Geschäfte empfehlen sich bei Einkäufen.

Kutter, Elor, Raso Wilhelm Göbel 25 eigene Füllungen.	Münchener Brauhaus Berlin und Oranienburg Trinkt Wanninger Bier!	Fleisch- u. Wurstw. Otto Kogel, Alte Jacobstr. 24 Eben, Schulz, Wollan, Werth.
Handgrob, Guano R. Bänke, Straalauer Str. 56. A. E. Lange, Brunnenstr. 164 Höcker- u. Handgrob Otto Wolff, Treptow, Kröbitz 16	Gebirder Manns 48 eigene Bestellungen	Carl Jung, Stroszar. 41. Rohmann, P. Müllerstr. 408, E. Böttcher Kie, Hiltan, Pala waren
Neukölln Anzengruberstr. 26. Koppenstr. 29 sämmtliche Bilder.	Schröter, R. 43 Verkaufsstellen 43	Vester, E. Kottbusser- Damm 14/19
Passage-Bad Reform-Bad, Wiener Str. 66. Herbenerstr., Herdandstr.	August Holtz 15 Detail- Geschäfte.	Mehlanlagen Bethke, Georg, Nauen- str. 44 Kuhls, Wöhr, 31, Kaiser-Prinz- Str. 64, Weststr. 189, Friedländer 23 Tropfen, Ursu-Str. 41.
Brauerei Bützow empfehlen Qualitätsbiere ersten Ranges.	Timmer-Essig überall erhältlich! Karr, Weiß, Woll, Trübsch Hermann Moyer, Schönebergstr. 11.	Gaige, Otto Charlotten- burg. F. W. Sichter Wragelstr. 75 Ecke Ouystr.
	Singer Nähmaschinen Läden in allen Stadtteilen.	Optiker, Mechaniker Schubert, Carl, Hiltan, Bergstr. 148

Bekanntmachung.

Gemäß § 2 und 3 der Verordnung über die Abgabe und Entnahme von

Fischen und Fischwaren

vom 5. Juli 1918 wird für den Gemeindebezirk Berlin bestimmt:

1. Auf Abschnitt II der Berliner Bezugsliste entfällt 1/2 Kilogramm Salzheringe.
 2. Der Kleinhandelspreis beträgt für 1/2 Kilogramm Salzheringe 1.20 M.
 3. Der Abschnitt der unter Nr. 1 erwähnten Karte III in der Zeit vom 14.—17. August nur in denjenigen Geschäften gegen Kautionszahlung durch ein gedrucktes Rückgabegeld „Verkauf von Heringen auf Lebensmittellisten der Stadt Berlin“ geteilt.
 4. Die Kleinhändler haben die von ihnen abgenommenen Kartenabschnitte gesichert verpackt, mit ihrem Namen sowie dem Namen des Großhändlers versehen und unter genauer Bezeichnung der Menge sofort an den Magistrat, Abteilung für Fischverforgung, Draisenstr. 45, IV, einzureichen.
- Jeder Kleinhändler hat, sobald die Ware zur Stelle ist, den Verkauf zu beginnen und den Verkaufsbeginn durch Anschlag an einer von außen sichtbaren Stelle anzugeben.

Berlin, den 13. August 1918.

Magistrat der Königl. Haupt- und Residenzstadt.
Abteilung für Fischverforgung.
Zob. Nr. 1800. Fisch 18. Zeichnung.

Besonderes Angebot in Möbel! Schlafzimmern

Eiche!

1 Schrank, steifig, Aufsicht mit Kristallglas, Schubladen, Stange, geschliffene Verglasung

1 Waschtisch mit Kristallspiegel und Marmor

2 Nachtschränke mit Marmor

2 Bettstellen

2 Patentböden

2 Stuhl, Auflege-Matratzen m. Metallf.

2 Stühle

1 Handtuchständer

Beste Verarbeitung x trockenem Material

Großes Lager in allen Sorten Schlafzimmern

Schlafzimmern — Speisestimmern — Wohnsalons

zu sehr billigen Preisen — Versand auch nach auswärts

Lombard- und Möbelhaus „Bahnhof Börse“ G. m. b. H.

Draisenstr. 43-44.

Der moderne Metallarbeiter.

Ratgeber für Dreher, Schlosser u. Maschinenbauer.
4. Aufl. 340 Seiten, geb. mit 185 Abbild. von Otto Schwann.
Dieses Werk ist für jeden Metallarbeiter in den Stand, schnell u. sicher die vorkommenden Berechnungen der Räder an Drehbänken u. Gewindeschneidern vornehmen zu können. Es enthält ferner Festigkeitslehre, Stahl u. seine Verwendung, Berechnung der Lorenzschleife, um fönisch zu drehen, Umrechnung von Zoll in Millimeter, Tabellen der Reibungslänge, Verzahnung, Räder, Planeten, Kurbelhaube u. Gewindeschneidung, Sägen u. Gewindetabellen, Fräsen von Zahnrädern, Kurven u. Spiralen, Bestimmung der Hertz-Kurven u. vieles and. Wissenswertes. Das Werk ist in einfacher, klarer Weise von einem Kollegen geschrieben u. daher bestens zu empfehlen. Gegen Einband von 5.50 M. oder Nachh. 5.80 M. Edm. Herrmann, Wkt. 2, Berlin, Fruchtstr. 51. Gehaltszahl 8-6. (Postfach 798.)

Spezialarzt

Dr. med. Laabs
bes. schnell, gründl., mäßig
schmerzlos u. ohne Berührung,
Geschlechtskrankheit, geheime
Maut. Harn-, Frauenleiden,
Schwäche, Gicht, Rheumatisches
Harn- und Blutuntersuchung.

Königsstr. 84/86, Bahnhof
Spr. 10 — In. 5 — 8, Sonn. 10 — 1

Lehrreiche Fachbücher

Das beste Mittel zum Vorwärtskommen!
Illustr. Kataloge umsonst.
Beruf angeh. An Militär nur
geg. 25 Pfl. Porto, da portofrei.
Carl Hermann Ludwig,
Breslau 23/147.

Spezialarzt

Dr. med. Wockenfus
Friedrichstr. 126 Oranienb. Tor
Sprachst. 11-1, 6-8
für Syphilis, Harn- u. Frauenleiden
Blutuntersuchungen. Schnelle,
sichere, schmerzlose Heilung
ohne Berufsberatung, Teilzahlung



Dezimalwagen, Tafel-
wagen, Gewichte liefert sofort
ab Lager 1918
Wagner, Eberharder Str. 71.

Spezialarzt

Dr. med. Hasché,
Friedrichstr. 90 direkt am
Stadtbahn.
Behandl. von Syphilis, Haut-
Harn-, Frauenleiden, spez.
chron. Häm. Schmerzlose, fürzeste
Behandlung ohne Berufsberatung.
Blutuntersuchung. Präz. Preise
Teilzahlung. Sprechstunden 11
bis 1 und 5-8, Sonn. 11-1.

Für Schuhmacher!

Geschulte Halbsohlen, u. beidseit.
Gehschung nur aus Leder
zusammengesetzt, geflickt und
geteilt, in allen Größen, Paar
von 1.80-3.00 Mark. Hefen
in allen Größen, beidseitig
Sperrholz, Paar von 15-75
Pfennig, am Lager. Bruno
Sensfuß, Lederfabrik
Rangstr. 31. Telefon 191

Bauhandlung Vorwärts

Berlin SW. 68, Lindenstr. 3
Eduard Engel:
Entwässerung

Verdeutschungs- Wörterbuch
für Amt, Schule, Haus, Leben.
Umfang: 32 Seiten u. 620 Spalten.
In Pappeband RT. 3.00.

Meierei C. Bolle

A.-G.
Berlin N.W. 21 Alt Moabit
98193 u
Ältester und größter
Milchwirtschaftlicher
— Großbetrieb —

Photogr. Apparate

M. Albrecht SO. Kottbusser Str. 1.
auch Gelegenheitskäufer.

Wago Boling

60 Filialen in allen Stadtteilen.
Herm. Meyer & Co. AG.
ca. 550 Verkaufsstell. Gr.-Berl.

Die Frau als Anklägerin der Frau.

Eine der unerfreulichsten Erscheinungen im Gerichtssaal ist die Frau, die als Anklägerin gegen ihre Geschlechtsgenossin auftritt, und zwar, wenn sie erscheint, um sich von einem bürgerlichen Richter ihre zerrutene bürgerliche Ehre wieder zurechtfinden zu lassen. Es gibt zwar Fälle, in denen man, um sich vor übler Nachrede zu schützen, wirklich nicht anders kann, als auf nachdrückliche Bestrafung des triefenden Klatschmauls zu dringen, namentlich auch durch diese Bestrafung das Geschehene nicht umgekehrt und der Eindruck des wandernden Klatsches gewöhnlich nur wenig abgeschwächt werden kann. Bedauerlich ist und bleibt aber, daß die Arbeiterfrau wegen Klatschereien so oft in Verleumdungsprozessen vor Gericht erscheint; besonders in der Kriegszeit haben die Verleumdungsprozesse zwischen Frauen einen ziemlich großen Umfang angenommen. Selbst die Kriegszeit macht nervös, sie wirft alles durch- und untereinander und hilft scharfe Gegensätze auf einem nicht immer neutralen Boden schaffen, über den dann öfter grelle Blitze zuden und zeigen, wie gefährlich die Atmosphäre ist. Bedauerlich bleibt auch ferner, daß gerade das, was die Frauen einen und zum gemeinsamen Kampf verbinden sollte, aus einer falschen Erkenntnis heraus sie trennt und als schimpfende Feindinnen gegenüber treten läßt. Können sie zur richtigen Erkenntnis ihrer sozialen Lage, dann würden sie sich nicht um des geringsten Anlasses willen in der brutalen Weise Sachen an den Kopf werfen, die im Grunde genommen nicht als Fehler, sondern als Folgen der ganzen sozialen Lage ihrer Klasse betrachtet werden müssen. Denn es ist gerade bezeichnend, daß in den Verleumdungsfällen, in denen diese Mängel nicht bestehen, Verleumdungsfragen der Frauen untereinander sehr selten vorkommen. Die Arbeiterfrau ist daher töricht, wenn sie zu ihren mühsigen, kummervollen, wirtschaftlichen Verhältnissen nun auch noch Gerichtsbesuche, Geldstrafen und viel Ärger häuft, denn ohne die geben Gerichtsverfahren nicht ab. Dann kommt noch eine Gruppe von Verleumdungsfragen, die nicht minder betrüblich sind, und die gerade in der Kriegszeit überhand genommen haben. Ihnen liegen meist Vorgänge zugrunde, die in gemischtarbeitenden Betrieben geschehen. Meist prallen hier die Lebensanschauungen der bis zum Kriege nicht gewerbetätigen verheirateten Frau mit denen der schon länger gewerbetätigen Frauen und Mädchen zusammen. Gefühlsroheit wird dem legeren, Klatschsucht dem ersteren vorgeworfen. Ob mit oder ohne Grund, betrüblich bleiben diese Vorgänge stets, da sie unter Vertreterinnen einer Klasse geschehen, die besseres zu tun haben sollten, als sich gegenseitig zu belächeln und sich in Doh und Gejäh, Aufregungen und unnütze Geldkosten hineinzubehagen. Bezeichnend ist es auch gerade für diese Frauen, die im Anzetteln von allerhand Klatschgeschichten groß sind, daß sie für den Organisationsgedanken nicht zu haben sind, sie kamen aus einer engen Häuslichkeit und weichen aus jeden Zusammenstoß mit den anderen damit zurück, daß sie dochhin nach dem Kriege wieder zurückzuführen gebeten.

In den Fällen, da die Verleumdungsfragen aus der sozialen Umwelt der Frau herauswachsen, sind es meist die kleinen, allen gemeinsamen und untereinander ausgetauschten Hausfrauenfragen, die bei einem Streit, der ja bei einem so engen Weisanderwohnen der kinderreichen Arbeiterfamilien, leider so leicht und so oft wegen der geringfügigsten Ursache ausbricht, herhalten müssen und färschterlich aufgebauscht der Segnerin an den Kopf geworfen werden. Sie erfährt dann all die drückenden Sorgen wieder, die sie der einstigen Freundin in einer schwachen Stunde anvertraut hat, als da sind Wohnungsmissere, wirtschaftliche Sorgen und Hemmungen, persönliche Sorge um den Mann, um die Kinder, meist die Schul- und Kirchenfragen werden nicht außer acht gelassen. Was dann aber besonders widerlich und abstoßend wirkt, das ist das Vordringen geschlechtlicher Verhältnisse vor aller Öffentlichkeit. Auch hieran ist wieder die kleinliche Ego der Hausfrau schuld. Im dumpfen, wild aufbrodelnden Groll über die erlittene Unbill wird dann die Anzeige gemacht, auch vor dem Schiedsrichter flackern die Leidenschaften nochmal auf und vor dem Richter sieht man sich wieder. Hier werden die Vorgänge nach persönlicher Auffassung und Anteilnahme vorgetragen und das durch die Praxis geschärfte Auge des Richters wartet nur auf die Blöße, die sich der Kläger geben soll, damit er, wenn sich die Parteien nicht vertragen wollen, beide verurteilen kann. Gerichtskosten, viel Lauferei und Schererei, die Kosten für einen großen aufgetragenen Zeugensapparat und schließlich Strafe auf beiden Seiten sind dann der ganze Erfolg der mit so viel Leidenschaft und Kampfesmut begonnenen Klage. Kleinlaut geht man auseinander.

Nicht viel anders ergeht es der anderen Gruppe klagernder Frauen, auch sind die Beweggründe, die zu den Verleumdungen

führen, ähnliche und lassen einen interessanten Einblick in das Seelenleben der Frau tun. Viele eheliche Familienmütter, die vor dem Kriege still im engumschriebenen Hauswesen gelebt haben, sind durch den Krieg, Einbeziehung des Mannes zum Heere oder Tod des Mannes aus ihrem engen, beschränkten Wirken herausgerissen worden, sie sind jetzt in einem gewerblichen Betriebe beschäftigt, bei der Eisenbahn, bei der Elektrischen. Junge Mädchen sind schon länger dort beschäftigt, sie sind mit ihren männlichen Mitarbeitern gut eingearbeitet und ein munterer, mutwilliger oder auch mehr oder minder deuber Umgangston hat sich im Laufe der Zeit herausgebildet. Die Frauen, die schließlich früher einmal in einem fast gar keine Freiheiten gewährenden Dienst gestanden haben oder deren gewerbliche Arbeit schon sehr lange zurückliegt und diesem Ton durch ein langes Eheleben längst entwöhnt sind, nehmen Anstoß daran, suchen dahinter mehr, als in Wirklichkeit vorhanden ist, und der Konfliktstoff ist da. Zuerst wipert, dann wird getuschelt, vielfach legt man sich auch mit der Ehefrau des gefährdeten Mannes in Verbindung, die dann natürlich ihren Ehemann ordentlich ins Gebet nimmt und an infam zugelegten Verdächtigungen, ausgewählten Leidenschaften heftet sich ein Ratten-schwanz von Prozessen.

Und nun die Beweggründe. Sie treten bei den Verhandlungen zwar nicht klar und deutlich in Worten unrisse zutage, aber für den geübten und aufmerksamen Zuhörer sind sie wahrnehmbar, nur schade, daß unsere Richter so wenig darauf geben. Ein vielleicht streng geführtes Eheleben und vor allen Dingen die Mutterkraft haben in der dem Erwerbleben fernstehenden Frau einen ganz anderen Gefühlskomplex herausgebildet als bei der ständig im Erwerbleben und Verkehr mit anderen Geschlechtsgenossen stehenden Frau. Das Gefühlsleben der ersteren Frau ist empfindlicher, durch die Abgeschlossenheit innerlicher und auf einen bestimmten Kreis, Mann, Kinder, konzentriert worden. Ihre Seele wird durch Vorgänge, die das Eheleben oder die Mutterkraft betreffen und sie gar gefährden, in härtere Schwingungen verlegt. Diese Frau ist im Gegensatz zu ihrer gewerblich arbeitenden Mitgeschwester abhängig vom Mann und darum auch anfälliger darauf bedacht, die Harmonie des Ehelebens zu erhalten. Bei dieser Frau haben sich, da äußere Beeinflussungen nicht so stark sind, für Eheleben und Mutterkraft viel mehr ausgeprägte und schärfer unrisse Begriffe herausgebildet. Die rein weiblichen oder mütterlichen Freuden und Leiden sind hier viel intensiver, so daß sie, wenn sie Störungen, oder was sie dafür ansieht, bemerkt, viel eher aufgeschreckt wird und in ihrer instinktiven Solidarität, die sie zu ihrer Mitgeschwester, deren Eheleben sie gefährdet sieht, treibt, etwas tut oder Verdächtigungen anspricht, die dann für sie die unangenehmsten Folgen haben können. So fest diese Ehefrauen hier zusammenhalten und für Heiligkeit der Ehe und Mutterkraft kämpfen, so schlecht sind sie als gewerbliche Arbeiterin zu organisieren. Der gewerbliche Organisationsgedanke liegt ihnen fern, so fern wie ihrem Interessenkreis. Und doch auch müssen diese Frauen für die Organisation gewonnen werden, denn sie bedeuten eine geistige Überführung dieser Frauen. Ihr Blick muß geweitet, das Verständnis für die Mitgeschwester verschärft werden, so daß sie mit ihrem mißfälligen, weichen Mutterherzen mehr als die eigene Familie umfassen. **Emilie Waldamus.**

Der Müllergefelle ist im Kriege.

Und die Stare im Garten wie durcheinander kicherndes Heiratsdroll.
Und das Dorf heißt Lebschlechte.
Aber das Dorf riecht nicht nach Weismächten.
Nach Korn riecht's.
Zwei kleine Jungen ziehen die Strümpfe aus. Sie wollen sehen, ob das Wasser im Dorfteich noch kalt ist. Und am Schulhaufe ein flügender Schwabensdackel.
Und der Müllergefelle ist im Kriege. — Der Müllergefelle, der harte Wanderdackel hatte und lachende Lieder und lustige Augen und zehn Taler im Monat.
Und die Gänsemagd war seine Liebste gewesen.
Nun läßt er gar nichts mehr von sich hören.

Hoch oben, unterm Dach, ist die Kammer der Gänsemagd.
Wanz sanft streicht der Sommerwind seinen Fiedelbogen.
Und die kleine Kammer ist ganz voll von Sommerblütenduft.
Das Bett ist schon alurat gemacht. Das Kopfkissen ist wie mit dem Linal geroddelegt.
Draußen baumelt das Dorfabendglöckchen.

Die Gänsemagd geht auf Strümpfen leise die Treppen hinauf: die Holzspantoffeln in der Hand.
Die Treppen knarren.
Dann schleicht sie schnell in ihre Kammer und stellt die Pantoffeln an die Tür.
Sie legt alles auf den Stuhl, der am Bett steht; den kurzen geblähten Unterrock und das Leibchen und die Strümpfe. Sie weiß nicht, daß es Nachtjoden gibt oder Nachtbenden —. Dann springt die Gänsemagd ins Bett. Und sie liegt so traurig da mit ihrem blonden, bebenden Gesicht und mit ihren blauen Augen.
Und dann macht sie plötzlich ganz heimlich, ganz seltsam Plag. — — Drückt sich schmal an die Wand und lächelt. Und dann streift sie das Kopfkissen und die Bettdecken.

Der Müllergefelle ist im Kriege.
Nun läßt er gar nichts mehr von sich hören.

Raz Jungnickel.

Wozu gebraucht der Ohrwurm seine Zange?

Bekanntlich besitzt der Ohrwurm, ein völlig harmloses Tierchen, von dem man mit Unrecht annimmt, daß er ständig nur darauf lauwere, in den Ohrgang des Menschen hineinzukriechen, an der Spitze seines Hinterleibes eine kleine Zange. Man hatte bisher geglaubt, daß diese Zange eine Art Drohwaffe sei, die zum Erschrecken der Feinde des Ohrwurms, wie der Raubinsekte und Biögel diene. Neuere Beobachtungen haben indes ergeben, daß der Ohrwurm diese Zange hauptsächlich zur Entfaltung seiner Flügel gebraucht. Bei den Raubinsekten, die dem Ohrwurm wegen der Kürze der harten Flügeldecken und des unbedeckten Hinterleibes recht ähnlich sind, erfolgt die Entfaltung der Flügel einfach durch ihre Hebung. Anders dagegen beim Ohrwurm. Wenn er fliegen will, so hebt er zuerst den Hinterleib nach oben und vorn, so daß die Zange unmittelbar über den beiden harten, kurzen Flügeldecken zu liegen kommt. Gleichzeitig heben sich die Flügeldecken etwas von selbst. In dieses Geschehen, so gewiß dort keine Jangenanarm unter den rechten schärftigen Flügel und bringt ihn, indem er darunter hinwegtritt, zur Entfaltung. Dieser Flügel bleibt nun stehen. Jetzt läßt der rechte Jangenanarm unter den linken schärftigen Flügel, so daß auch er entfaltet wird. Darauf senkt sich der Hinterleib mit der Zange wieder nach unten. Nun erst ist der Ohrwurm so weit, daß er davonfliegen kann. Der ganze Vorgang ist also ziemlich umständlich, und das ist wahrscheinlich der Grund, warum der Ohrwurm verhältnismäßig nur selten fliegt. Sch.

Notizen.

— Hermann Vahr wird die Leitung des Wiener Burgtheaters nicht übernehmen. Wenigstens läßt er diesen Entschluß verbreiten. Es kann also weiter gemutmaßt, demotiert und — intrigiert werden.

— Ein schwedischer Werkbund. Dieselbe Bewegung, die seinerzeit zur Gründung des Deutschen Werkbundes geführt hat, bricht sich auch in den skandinavischen Ländern immer mehr Bahn und hat jetzt in Schweden zu einem Zusammenschluß von Künstlern und Kunstgewerblern geführt. Um die Verwirklichung der Pläne des neuen Verbandes herbeizuführen, soll in allernächster Zeit eine Aktiengesellschaft unter dem Namen „Schwedische Werkstatistik“ gegründet werden.

— Rätsel der Grippe. Zweimalige Erkrankungen an spanischer Grippe sind in Dänemark häufig vorgekommen. Während im allgemeinen durch Bakterien hervorgerufene Krankheiten sich dadurch kennzeichnen, daß sie das befallene Individuum auf kürzere oder längere Zeit gegen die Krankheitsgifte immun machen, bei man gefunden, daß bei der Grippe in einer ganzen Menge von Fällen eine tatsächliche Reuansiedung eintrat. Skandinavische Wissenschaftler sind auf Grund dieser Tatsache und des Umstandes, daß sich in den nordischen bakteriologischen Anstalten keine Influenzabazillen oder auch Streptokokken (Eiterbakterien), dafür aber in großer Menge andere Koffen fanden, zu der Ansicht gekommen, daß man es hier mit einer Infektion ganz neuer Art zu tun habe.

— Das gefährliche Holunderbeerd. In dem nationalen Heberreifer, alles was da wächst und treucht als Ersatz für verschundene Hevichtheiten zu empfehlen, hatte man auch auf das Del aus den roten Holunderbeeren (sambucus racemosa) verwiesen. Die genauere Untersuchungen ergeben haben, ist das Del aus den roten Holunderbeeren gesundheitsschädlich. Das aus dem Fruchtfleisch gewonnene Del ist zwar genießbar, aber es lohnt nicht die Herstellung, da nur 0,16—0,25 Proz. Del aus frischen Beeren zu gewinnen sind. Also man lasse die Beeren den Vögeln.

Lodz.

Das gelobte Land.

Roman von W. St. Remont.

Fortwährend teilte sich die Gesellschaft in Gruppen, die in dem ungeheuren Raum fast verschwanden, in der Masse der herumstehenden Möbel und in den Seitenboudoirs. Durch die gelben Seidenstores drang die Sonne nicht herein. Unendlich zeichneten sich in der goldschimmernden Halbdämmerung die Bilderrahmen an den Wänden ab, die Bronzegerzierungen an den Möbeln, der funkelnde, mit blaugrünen, feingezzeichneten Blumen und Aestchen besetzte Seidenstoff, mit dem die Wände bespannt waren; blaugrüne, mit goldgestickten Blumen überhäufte Werten umspannten die Wände wie ein Rahmen und grenzten zugleich die Decke ab, deren Wölbung eine wunderbare Schöpferszene à la Watteau frönte.

In einer Ecke des Salons erhob die schamlose Diana von Fontainebleau ihre bronzenen Glieder, zwischen weißen und purpurnen Rosen, die mit ihren zarten Trieben den marmornen Sockel umranken und auf den graugrünen Ton der Bronze bunte Flecke warfen. Vor diesem Hintergrund sah Wendelsohn und eine Gruppe von Fabrikanten.

An den Wänden standen Möbel im reinsten Louis-Quatorze-Stil, weiß mit Gold, unter einer Reihe von meist sehr wertvollen Bildern. Endemanns hatten eine ganze Sammlung, die sie zwar mit wenig Verständnis, dafür aber mit großer Leidenschaft zusammengebracht hatten; außer diesen Möbeln standen noch andere in verschiedenen Stilarten herum, dazwischen vergoldete, mit Blumen angefüllte Jardiniere. In einem Marmorkamin brannte ein großes Feuer und warf einen blutig-goldenen Schein auf einige junge Mädchen, zwischen denen Rosa und Relia saßen.

Frau Endemann, in einer prachtvollen, dunkel-weißelroten Toilette, ging auf Rosa zu.

„Wenn ihr euch nicht gut unterhaltet, dann schide ich euch den Bernhard her.“

„Vielleicht hätten Sie einen amüsanteren?“

„Langweilert er Sie schon?“

„Für den Werktag genügt er, aber bei dem heutigen Fest hätte ich schon gern eine Abwechslung.“

„Ich bring' euch Regler oder Worowiecki her.“

„Ist Herr Worowiecki auch da?“ fragte Rosa neugierig. Vor einem Augenblick hatte sie nämlich Frau Lidert erblickt.

„Ganz Lodz ist bei uns!“ sagte Frau Endemann mit Bestriedigung, und auf ihren schwallstigen Lippen erblickte ein Lächeln, mit dem sie prachtwoll majestätischen Schrittes wegging, in der Aureole ihres freistierten, weißgrauen Haars, das Brillantnadeln zusammenhielt; das breite, weiche Gesicht mit der dünnen, feinen Nase und kleinen, schwarzen, stark umranderten Augen glänzte vor Stolz.

Sie sprach mit allen, war überall, schaute aber von Zeit zu Zeit auf eine große Staffelei, die mit einem Vorhang verdeckt und einem Vorberkranz umgeben vor einem der Fenster stand. Auf alle Fragen, was denn das wäre, antwortete sie geheimnisvoll:

„Eine Ueberraschung! Ein Wunder! Herr Endemann!“ rief sie mit erhebener Stimme zu ihrem Mann, der sofort herbeilief, mit der Hand am Ohr die Befehle seiner Frau anhörte und sie sofort ausführte.

In einem der Seitenzimmer war ein Büfett hergerichtet. Mehrere befrachtete Herren standen hier, unter ihnen Worowiecki mit Traminiski und dem alten Müller, der, noch röter wie gewöhnlich, laut sprach, verächtlich auf den Boden spuckte und auf die Zuden schimpfte. Die Pracht der Endemannschen Wohnung und ihre hochherrschastlichen Manieren reizten ihn. Worowiecki drehte seinen Schmirrbar und lächelte stumm. Traminiski blühte auf seine Frau, die heut zu merstemal in Lodz in einer so großen Gesellschaft erschien. Sie sah inmitten einer Gruppe von Frauen und verdunkelte alle durch ihre aristokratische Schönheit und die vornehme Einfachheit ihrer Toilette.

Das banale Geplapper der Frauen schien sie zu langweilen, sie antwortete kurz und ihre Augen schweiften über die Bilder und die vielen Kunstwerke im Salon; die Umarmungen von Seidenstoffen, Spitzen, Samt, mit Waffen von Edelsteinen behängt, aus denen sich die Köpfe der Frauen steif erhoben, bildeten einen glänzenden Rahmen für sie, aus dem ihr einfaches, weißes, mit einem goldenen Gürtel zusammengerafftes Kleid scharf hervortrat.

„Wer ist diese schöne Frau?“ fragte Großglück.

„Meine Frau, Herr Großglück.“

„So, dann gratuliert ich, das ist ja ein Engel, das ist ja viermal ein Engel und keine Frau!“ rief der Bankier und drang Traminiski, ihn vorzustellen.

„Kennen Sie einige Damen nicht, Herr Worowiecki?“ fragte Bernhard.

„Verschiedene kenn' ich nicht. Vielleicht stellen Sie mich vor.“

„Das gehört ja zu meiner heutigen Funktion.“

Er nahm Worowieckis Arm. Sie traten in den Salon, wo ein langhaariger Meister am Klavier saß, das aus einem der Boudoirs heringeschoben worden war.

„Sib's auch Mußt?“

„Fragen Sie lieber, was es nicht geben wird, dann fällt mir die Antwort leichter. Sind Sie das erste Mal beim Empfang meiner Schwägerin?“

„Ja, ich kam noch nie dazu.“

„Da tun Sie mir aber leid.“

„Warum? Weil ich nicht schon früher hier gewesen bin?“

„Ja, sonst hätten Sie diese langweiligen Geschichten schon hinter sich.“ spottete Bernhard.

„D, im Gegenteil...“

„Also Achtung, wir fangen an! Rund zwei Millionen!“ sagte er leise, ihn Fräulein Müller vorstellend.

„D, wir kennen uns schon gut!“ rief Wada freudig, ihm die Hand entgegenstreckend.

„Sagen Sie sich irgend was Angenehmes, meine Herrschaften, ich bin gleich wieder da.“

„Ich habe es soeben gehört.“ sagte Worowiecki, an sie herantretend.

„Zählt das?“ rief sie natb.

„Das zählt, und ich werde es mit wohl merken.“

„Ach, wie gut Sie sind!“ rief sie und verdeckte ihr Gesicht mit dem Fächer.

Er umfing sie mit einem Blick. Sie wurde ganz rot. Sehr schön sah sie heute aus in dem rosa Seidenkleid mit weißen Nagelöckchen; das in einen griechischen Knoten gewundene strohgelbe Haar ließ den weißen Nacken frei, der mit Sommerproppen wie mit einem goldigen Flaum bedeckt war; goldene Wimpern umrandeten die himmelblauen Porzellanaugen, verschleierten die Augäpfel und wagten nicht, sich zu ihm zu erheben.

„Amüsieren Sie sich gut?“ fragte er ernst, um ihr über die Verlegenheit hinwegzuhelfen.

„Kein... ja... Bitte, setzen Sie sich doch zu mir.“

„Ist Ihre Mutter auch hier?“

(Fortf. folgt.)

U-Boot-Erfolge im Kanal. Berlin, 18. August. Im Bestausgang des Kanals wurden trotz reger feindlicher Gegenwirkung zumeist aus Geleitzügen mehrere Dampfer von zusammen

16000 Br.-R.-T.

versenkt. Ferner wurden im Angriff auf zwei von mehreren zerstörern begleitete kleine Kreuzer, sowie an anderer Stelle auf eine U-Boot-Balle Torpedotreffer erzielt, deren endgültige Wirkung infolge lebhafter Gegenwehr und unsichtiger Witterung nicht beobachtet werden konnte. Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Falls... Ein Artikel der „Deutschen Zeitung“ über das „Königreich Finnland“ beginnt mit dem Satz:

Der Volkswille Finnlands hat sich, falls der gegenwärtige Landtag in Helsingfors ihn getreu widerspiegelt, für die Monarchie ausgesprochen.

Selbst die „Deutsche Zeitung“ dürfte wissen, daß der finnische Landtag nur ein Rumpfparlament ist, aus dem fast die Hälfte seiner Mitglieder ausgeschlossen worden ist. Von einer Widerspiegelung der Volksmeinung kann daher auch nicht im entferntesten die Rede sein.

Fliegerangriff auf Calais. Calais, 12. August. (Havas.) Feindliche Flugzeuge überflogen trotz Sperrfeuer die Stadt, warfen Bomben und schossen aus Maschinengewehren.

Zur Wohnungsnot.

Der „Staatskommissar für Verhinderung des Kleinwohnungsbaues“.

Die vom Reich unter Beteiligung der Bundesstaaten und der Gemeinden in Aussicht genommene Aktion zur Abbildung der Baukostenübersteuerung der Kleinwohnungsbauten während des Krieges und in der Uebergangszeit wird — wie der Staatskommissar für Wohnungswesen schon mittelst — noch länger dauernde Verhandlungen erfordern. Trotzdem sollten die Gemeinden in dringlichen Fällen sofort zur Beschaffung von Wohnungen schreiten, sei es durch Neubauten, Barackenbauten oder Umbauten. Der Staatskommissar ist überzeugt, daß alle Bauarbeiten, die jetzt vorgenommen werden, zur Sicherung ihrer Wirtschaftlichkeit Zuschüsse aus öffentlichen Mitteln erforderlich machen; es müsse aber grundsätzlich verlangt werden, daß auch die Arbeitgeber angemessene Zuschüsse geben.

„Rande Gemeinden werden aber zögern“ — schreibt der Staatskommissar weiter — „diese Zuschüsse zu geben oder mit dem Bauern selbst vorzugeben, weil sie erst abwarten wollen, wie die Grundzüge für die Beteiligung von Reich, Staat und Gemeinde an der Abbildung der Uebersteuerungskosten endgültig gestaltet werden. Soweit hierbei die Beibringung mitspielen sollte, daß die schon vorher in Angriff genommenen Bauten dieser Zuschüsse nicht teilhaftig werden könnten, erklären wir zur Behebung dieser Besorgnisse, daß für den Fall der Bewilligung von Zuschüssen aus Staatsmitteln zur Errichtung von Wohngebäuden oder Behelfsbauten usw. die festzustellenden Grundzüge für die Gewährung dieser Zuschüsse auch auf derartige, von Gemeinden oder Gemeindeverbänden schon in Angriff genommene oder mit Beihilfen unterstützte Bauten (gemeinnütziger Gesellschaften) Anwendung finden werden.“

Also es steht noch gar nicht einmal fest, ob Zuschüsse aus öffentlichen Mitteln gewährt werden und ob der einstimmige Beschluß des Reichstages, für derartige Zwecke 500 Millionen bereit zu stellen, durchgeführt wird.

Wollten aber einzelne Gemeinden und Baugenossenschaften trotz dieser zweifelhaften Aussicht, Zuschüsse aus Reichs- oder Staatsmitteln nachträglich zu bekommen, das große Risiko des sofortigen Bauens übernehmen, so dürfte diese Unternehmungslust endgültig unterdrückt werden durch die ausdrückliche Bemerkung des Staatskommissars,

daß ein Anspruch auf Bewilligung von Zuschüssen im einzelnen Falle aus dieser Erklärung nicht hergeleitet werden kann, und daß insbesondere die Bewilligung auch davon abhängig zu machen sein wird, daß die Notwendigkeit der Bauten nachträglich von uns anerkannt wird.

Nach dieser Kundgebung ist man versucht, von einem Staatskommissar zur Verhinderung von Kleinwohnungsbauten zu sprechen. Etwas ist überhaupt noch zweifelhaft, ob es Staats- oder Reichszuschüsse gibt, und zweitens läßt man das Risiko, daß hinterher ein Bureaukrat das Kunststück fertig bringt, zu „beweisen“, daß die Kleinwohnungsbauten nicht notwendig gewesen seien, trotzdem jetzt doch kein Bau in Angriff genommen werden kann, bevor nicht nur die deutsche Baupolizei, sondern auch die zentrale Bautenprüfstelle des Kriegsamt die Dringlichkeit des Baues anerkannt hat und außerdem Baustoffe auch nur nach Prüfung der Dringlichkeit freigegeben werden.

Diese aufreizende Passivität gegenüber der schon vorhandenen und nach dem Krieg zur Katastrophe werdenden Wohnungsnot ist einfach unbegreiflich! Wenn man aber in den muffigen Amtsstuben hört, daß die Geheimräte der preussischen Staatsregierung sich die unbehagliche Arbeit vom Hals laden wollen mit der Bemerkung: „Der Krieg ist eine Angelegenheit des Reiches, folgedessen hat das Reich auch für die Beseitigung der Wohnungsnot allein zu sorgen...“ und die Herren bei den Reichsbehörden die Älten mit anderen Argumenten wiederum den Staatsbehörden zurückschicken, dann findet man allerdings eine Erklärung für diese monatelange Verzögerung irgendeiner Entscheidung in dieser so brennenden Frage.

Bei erstem Willen müssen und können die Mittel für Bauzuschüsse herbeigeschafft werden. Bei den durch das Reich subventionierten Bauten der Rüstungsindustrie werden an manchen Stellen Millionen von Mark verpulvert durch unweidmässige und unüberlegte Neubauten, und auch bei manchen Militärbauämtern herrscht der Grundsat, immer je festes Geld bewilligen lassen, jeht desto spielend leicht, so lange alles aus dem Kriegsfonds genommen wird, später, wenn der Reichstag wieder die Gelder zu bewilligen hat, ist das Finanzministerium nicht mehr so einfach.

Wir glauben, nicht deutlicher werden zu müssen, um die maßgebenden Stellen zu veranlassen, auch in dieser Richtung zu versuchen, Gelder für den Kleinwohnungsbau frei zu bekommen. Auf die finanzielle Beihilfe der Gemeinden zum Kleinwohnungsbaue während des Krieges wird keine allzu große Hoffnung zu setzen sein, denn in erster Linie sind es die Gemeinden mit starker Arbeiterbevölkerung, bei welchen die Wohnungsnot am größten ist. Gerade diese Gemeinden drohen aber schon durch die höchsten entstandenen enormen Kriegslasten wirtschaftlich zusammenzubrechen.

Eine offiziöse Korrespondenz meldet:

Die bisherigen Richtlinien für die Mitwirkung der Kriegsmittel bei der Regelung der Bauaktivität sind für das Baujahr 1918 ergänzt worden. Hauptsache bleibt es, die Leistungsfähigkeit der Kriegsinindustrie auf dem erreichten Stande zu halten. Der Bau von landwirtschaftlichen Betriebsgebäuden ist in höherem Maße als bisher zu fördern.

Neue Aufgaben ergeben sich aus der Gestaltung der Wohnungsfrage.

Das Kriegsamt hält es für seine Pflicht, durch geeignete Maßnahmen der schon vorhandenen oder zu erwartenden Wohnungsnot vorzubeugen. Die Kriegsamtsstellen sind daher angewiesen worden, soweit eine

Wohnungsnot wirklich besteht und die Dringlichkeit ihrer Beseitigung nachgewiesen ist, die erforderlichen Bauten wirksam zu unterstützen und die benötigten Baustoffe freizugeben. Die Feststellung der Dringlichkeit erfolgt im Einvernehmen mit den zuständigen Zivilbehörden. In Betracht kommen:

A. Umbauten und Ausbauten, insbesondere Umbau von größeren Wohnungen durch Zerlegung in kleinere, eine Maßnahme, die meist ohne erhebliche Schwierigkeiten ausführbar und nach Möglichkeit zu fördern sein wird. Außerdem kommen in Frage Ausbau der Dachböden für Wohnzwecke sowie Reuanlage von Kellerwohnungen, letztere sind jedoch nur zulässig in ganz besonderen Notfällen und unter baulich und gesundheitlich besonders günstigen Verhältnissen bei schärfster Beurteilung.

B. Kostensbauten, z. B. Baracken in behelfsmäßiger Ausführung, ein Vorkursmittel zur beschleunigten Beseitigung der Wohnungsnot, das nur in dringenden Ausnahmefällen zu empfehlen ist.

C. Neubauten: a) Fertigstellung der stillgelegten Wohnungsbauten: Die Weiterführung ist von Fall zu Fall zu prüfen und kann, wenn es die Verhältnisse einigermaßen zulassen, namentlich bei geringen Anforderungen an beschlagnahmten Baustoffen, genehmigt werden.

b) Bau von Einzelwohn- und Gruppenhäusern. Die Anträge sind von Fall zu Fall zu prüfen, jedoch unter schärfster Beurteilung, soweit es sich um größere Wohnungen handelt. Zugbauten sind verboten.

c) Kleinwohnungsbauten sind mit allen Kräften zu fördern. Anträge aus der Industrie auf Herstellung von Arbeiterwohnungen sowie seitens der Gemeinden sind der Bautenprüfstelle umgehend zur Prüfung vorzulegen. Die Genehmigung ist abhängig zu machen von der Zustimmung der zuständigen Landes- und Gemeindebehörden.

Die Kriegsamtsstellen sind angewiesen worden, die zur Förderung dieser Aufgaben etwa erforderlichen Einzeldispense oder grundsätzlichen Dispense von den bestehenden feuer- und baupolizeilichen Vorschriften bei den zuständigen Behörden zu erwirken. Eine Entscheidung über den Zeitpunkt, an dem nach dem Krieg die unter A. genannten neu entstandenen Wohnungen geräumt werden müssen, hat durch die jeweils zuständige Regierung (in Preußen durch den Oberpräsidenten) zu erfolgen.

Für die Zuführung der notwendigen Baustoffe ist als Grundsatz festzuhalten, daß die nächstgelegenen Bezugsquellen zu wählen sind und daß Landfuhrwerk sowie Wasserwege für den Transport möglichst ausgenutzt werden.

Der Ruf nach dem Hauptauschuß.

Die „Deutsche Tageszeitung“ wendet sich gegen die vom „Berliner Tageblatt“ geforderte Einberufung des Haushaltsauschusses des Reichstages. Das agrarische Blatt schreibt:

Es dürfte keinem Zweifel unterliegen, daß das „Berliner Tageblatt“ mit dieser Bedürfnisempfindung nicht gerade die Spitze der Mehrheit des deutschen Volkes hinter sich hat. Die Hungertat in diesen Tagen erster Entscheidungen nicht nach neuem parlamentarischen Geiz, nicht nach Affektionen der Verzichts mehrheit zur Festlegung des neuen Mannes, der das Steuer der auswärtigen Politik führt, nicht nach neuen abgeprüften Erklärungen, nach dem Muster der letzten des Kanzlers über Belgien. Und der Hauptauschuß selbst sollte sich schließlich erinnern, wie unsterblich seine Mehrheit sich im Kriege bezüglich der Verhältnisse in der Ukraine blamiert hat, und auf den Schmerz, aus den weiter nördlich gelegenen Gebieten Anlässe zu neuen Wlamagen zu holen, verzichtet. Wenn je, so gilt in diesen wahrhaft ersten Wochen das Wort des Kanzlers, auf dem er leider nicht fest genug bestehen blieb: „Jetzt ist nicht Zeit zu Worten, sondern zu Taten.“

Diese Argumentation des alldeutschen Blattes spricht eigentlich sehr dafür, daß der Haushaltsauschuß zusammenberufen wird.

Auf der anderen Seite möchten wir das „Berl. Tagebl.“ fragen, ob es annimmt, daß Zentrum und Fortschrittspartei nun bereit sind, gemeinsam mit der Sozialdemokratie etwas Entscheidendes zu tun, um Ordnung in die deutsche Politik zu bringen.

Der Zwiespalt im Zentrum.

Zurück zu Ketteler. — Katholische Arbeiter gegen Geistliche.

Die Richtlinien für die Parteiarbeit des Zentrums, das sogenannte Programm, wurden mit der zugestandenem Absicht geschaffen, die Partei über den nahezu unüberbrückbar scheinenden Zwiespalt hinwegzubringen. Mit dem Hinweis auf die neuen Richtlinien glaubte noch die „Königliche Volkszeitung“ die wichtige Ketteler Rede Stegerwalds abtun zu können. Sobald diese Rede aber im Druck vorliegt, wird sich zeigen, daß der rollende Stein nicht mehr aufgehalten werden kann, denn Stegerwald ist nur das Instrument einer Bewegung unter den Zentrumspolitikern, einer Bewegung, die seit Monaten in unaufhaltsamem Anwachsen begriffen ist. Es wird viel zu wenig beachtet, daß Stegerwalds rücksichtslose Angriffe auf die Zentrumspolitik nur eine zweite Auflage der Reden sind, die einen Monat vorher in Bochum vor 200 rheinisch-westfälischen Arbeiter-Zentrumswählern die katholischen Arbeiterführer Klotz, Bogelsang, Wieber, Brust u. a. gehalten haben. Dort ist unter stürmischer Zustimmung erklärt worden, daß die katholischen Arbeiter unter keinen Umständen mehr ihre Stimme einem Parteikandidaten geben werden, der ein Gegner des gleichen Wahlrechts ist, weder bei Landtags-, noch bei Reichstags-, noch bei Gemeindevahlen; sie würden, wenn nötig, das gleiche Wahlrecht mit anderen Parteien gemeinsam durchzubringen versuchen.

In ihrer jüngsten Nummer berichtet die katholische „Westl. Arbeiterzeitg.“ (R. Labbach) über eine Konferenz von Vertrauensmännern der katholischen Arbeitervereine des Kreises Köln-Rülheim. Diese haben sich einstimmig für das gleiche Wahlrecht erklärt und Protest erhoben gegen eine Anzahl Geistlicher, die „katholische Arbeiter gegen katholische Arbeiter“ ausgespielt und dadurch eine große Erregung unter den Arbeitern hervorgerufen hätten. Gegen „solche Annahmen einzelner Herren legen die Vertrauensmänner entschiedene Verwahrung ein“. Man muß bedenken, daß es katholische Arbeitervereine sind, die in einem solchen Tone zu geistlichen Herren reden, und man muß sich klar darüber sein, was ein katholischer Priester für katholische Proletarier bedeutet: er ist für sie nahezu ein Wesen höherer Art, wird „hochwürden“ und „Ehrwürdiger Vater“ angedeutet. Aber das ist nicht alles: Die Konferenz beschloß ein Resolutionen, die dem Zentrum gegen den den katholischen Arbeitervereinen vom Erzbischof hingefegten Bezirkspräses, den Geistlichen Rektor v. Heschepennig (Rülheim), weil er sich als Gegner des gleichen Wahlrechts betätigt und sich an den erwähnten Zweibeinen beteiligt hat. Und überdies wurde dieses Resolutionen mit der Aufforderung an den Herrn, „seine bisherige Haltung einer Revision zu unterziehen“, in dem in hunderttausend Auflage erscheinenden Verbandsorgan veröffentlicht. Der Vorgang steht einzig da in der Geschichte der katholischen Arbeitervereine. Er zeigt, wie groß die Erbitterung ist, in die die Arbeiteranhänger des Zentrums durch dessen Politik gekommen sind.

Zur selben Zeit steht ein anderer Anläßer im bürgerlichen Büchel der Zentrumspartei auf. Das „Düsseldorfer Tage-

blatt“, nächst der „Köln. Volkszeitg.“ das bedeutendste der westdeutschen kirchlichen Organe, unterzieht in vier Artikeln die ganze bisherige Politik des Zentrums einschließlich des eben veröffentlichten „neuen Programms“ einer vernichtenden Kritik. Abgesehen von den frechenpolitischen Forderungen habe das Zentrum gar kein Programm; seine Politik sei lediglich taktisch, niemals grundsätzlichen orientiert; es habe keine politischen Ziele und Ideale, für die die Massen sich begeistern könnten. Es habe lediglich der Regierung die Aufgabe der Verhinderung und des Ausgleichs der Interessen und Parteien abgenommen. Die „Parteilichkeit“ des Zentrums stehe statt in einem Programm in Wahlsprüchen. Dadurch habe das Zentrum eine Zwecklosigkeit und Schmiegehaftigkeit erlangt, die das Umlernen immer leicht mache, aber in immer weiteren Wählerkreisen werde der Mangel grundsätzlicher Bestimmtheit als Schwäche empfunden und habe zweifellos manche Entwendungen zur Folge gehabt. Das Zentrum müsse mit dem Vorkennnis zur christlichen Weltanschauung Ernst machen; es muß seine ganze politische Arbeit mit dem Geist des Christentums erfüllen; bei diesen und wichtigen Aufgaben habe das Zentrum „bisher die christliche Weltanschauung allzu wenig am Rat gefragt“. In den Reden und Schriften der Ketteler, Mousfang, Schings und Dize finde man die heute noch gültigen Richtlinien für eine soziale und gesellschaftliche Neuordnung im christlichen Geiste, um die kapitalistische Wirtschaftsordnung zu überwinden. Das Zentrum müsse treiben: christlich-soziale Politik.

Bischof Ketteler hat im Jahre 1871 ein Programm für das Zentrum ausgearbeitet. Man winkle ab, weil man erstens überhaupt kein Programm wollte, und zweitens ganz besonders kein im Geiste Kettelers. Heute aber ist das Zentrum weiter denn je entfernt von den Ideen der christlichen Sozialpolitik von damals. Es hat seinen Frieden mit dem Kapitalismus gemacht und ist regierende Partei geworden.

Das vornehme Unternehmerblatt.

Ein Denunziantenstück der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“.

Eine denunziatorische Höchstleistung hat das Offener Blatt der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie zuwege gebracht. Wegen bekannter Vorgänge auf einer Berliner Kriegsbeschäftigtenversammlung hatte vor einiger Zeit das Oberkommando in den Marken unserem Redaktionsmitglied Kuttner jede Tätigkeit für den von ihm mitbegründeten „Reichsbund der Kriegsbeschäftigten und ehemal. Kriegsteilnehmer“ untersagt. Gleich darauf setzte von alldeutscher Seite eine systematische Verleumdungskampagne gegen den Gemäßigten ein, dem u. a. nachgelagt wurde, er habe die Gelder zur Gründung des Reichsbundes von russischen Wollschweißern (I) erhalten. Eine Variante dieser Behauptung brachte auch die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“, worauf ihr Kuttner eine prägnante Berichtigung suchte. Aus Wut darüber, daß es diese abdrucken mußte, verfaß das Unternehmerblatt den Abdruck mit dem denunziatorischen Hinweis, Kuttner habe durch die Einfindung der Berichtigung gegen das ihm vom Oberkommando in den Marken auferlegte Verbot verstoßen. Offenbar hatte die „R. W. Z.“ geglaubt, im Schutze des Verbotes unwidersprochen veröffentlichen zu können.

Bei dieser einen Denunziation, die zunächst keine Folgen hatte, blieb es jedoch nicht. Die „R. W. Z.“ hatte nämlich zu der Feststellung der Berichtigung, daß der Reichsbund von keiner Seite finanzielle Unterstützung erhalten habe, allerhand zweifelhafte Zusätze gemacht, die in dem Schlusse gipfelten, an ihrer ursprünglichen Behauptung müsse doch etwas Richtiges sein. Das veranlaßte Kuttner zur Einfindung einer zweiten Berichtigung. Diese erschien jedoch nicht im Druck. Dafür erhielt ihr Einsender dieser Tage eine Vorladung auf das Berliner Polizeipräsidium. Dort wurde ihm eröffnet, er sei angeklagt, gegen das Verbot des Oberkommandos in den Marken verstoßen zu haben, und als Beweisstück wird ihm vorgelegt — das Original eben seiner an die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ gesandten Berichtigung. Wohl gemerkt: die Berichtigung ist niemals der Öffentlichkeit bekannt geworden, ihr Original aber liegt bei den Akten des Oberkommandos in den Marken! Wie es dort hingelommen ist, dafür gibt es nur eine Möglichkeit.

Die gebührende Bezeichnung für die Handlungsweise der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ zu finden, überlassen wir unseren Lesern. Eine Erklärung findet sich vielleicht darin, daß das schwerindustrielle Organ selbst ein starkes Interesse zur Sache hat. Einer ihrer Redakteure, Herr Schneider, ist nämlich Vorstandsmittglied des gelben Offener Kriegsbeschäftigtenverbandes, der sein Leben von den Geldern der Firma Krupp und anderer Schwerindustrieller fristet. Wer die Kampfweise dieses gelben Verbandes kennt, wundert sich über nichts...

Was man nicht entbehren kann.

Das Vaterland und der Gehrock.

Die „Deutsche Tageszeitung“ bringt folgenden bekannten Ausruf:

Die Opferpflicht für das Vaterland verlangt von allen die Abgabe entbehrlicher Anzüge für die kriegswichtige Heimarmee und Landwirtschaft.

Gleich darunter aber einen Artikel, der in folgenden Sätzen ausklingt:

Große Sorge bereitet es, daß viele Berufe, wo der Dienstaufwand einfach mehr Gelderobe verlangt, als sie z. B. mancher Bureaubeamte nötig hat, wegen scheinbar überflüssiger Kleidung auch zur Ablieferung aufgefordert werden könnten. Es wird u. a. auf die Personen, die bei Prüfungen und Inspektionen zu tun haben, hingewiesen, so z. B. Geistliche, Schulinspektoren usw. Diese können bei ihrer öffentlichen Arbeit Gehrockanzüge außer ihren häuslichen Anzügen gar nicht entbehren. Mindestens sollten diese für das Amt erforderliche Sachen bei weiterer Ablieferung in Anrechnung kommen.

Gegen die Abforderung von Anzügen nach den geplanten Richtlinien läßt sich gewiß mancherlei einwenden, aber daß der Herr Pastor und der Herr Inspektor ohne Gehrock nicht prüfen und nicht inspizieren können, ist denn doch eine Vorstellung, die zu dem sonst soviel berufenen Ernst der Zeit wenig paßt.

Letzte Nachrichten.

Demonstrationen und Zusammenstöße in Kopenhagen. Kopenhagen, 12. August. (R. T. B.) Hier haben stürmische Demonstrationen der Syndikalisten stattgefunden, wobei es zu recht bössartigen Kämpfen mit der Polizei kam.

Gewerkschaftsbewegung

Tarifbewegung in der Maß-Schuhbranche.

Die im Verbands der Schuhmacher organisierten Schokarbeiter der Maßbranche beschäftigten sich in einer am Montag im Gewerkschaftshaus abgehaltenen, gut besuchten Versammlung mit der Beratung eines neuen, von der Schlichtungskommission vorgelegten Lohnstarifs. Dammacher als Vorsitzender bemerkte einleitend, daß die Annahme des im April von den Arbeitgebern gemachten Angebots, auf den Grundlohn des Friedensstarifs eine 100-prozentige Erhöhung nur für die Dauer des Krieges zu gewähren, von den Kollegen sehr bald als schädlich empfunden worden sei. Die Vertrauensmännerkonferenz habe sich deshalb erneut mit der Tariffrage beschäftigt und müsse und sei zu dem Resultat gekommen, zum nächsten zulässigen Tarifänderungstermin (15. August) neue Lohnforderungen einzubringen. In eingehenden Beratungen habe die Schlichtungskommission einen neuen Tarif ausgearbeitet, der auf der Basis des Grundlohnes Herrenarbeit I. Klasse 20 M., II. Klasse 18 M.; Damenarbeit I. Klasse 19 M., II. Klasse 17 M. für die einzelnen Positionen des Tarifs eine Erhöhung der Preise um 110 bis 130 Proz. vorsieht, die auch für die künftige Friedenszeit in Geltung bleiben sollen. Die Festsetzung einer hierneben noch zu fordernden Kriegszulage sei Aufgabe der Versammlung.

In lebhafter Diskussion wurden sodann die einzelnen Positionen durchgesprochen und der Vorschlag der Schlichtungskommission als das Mindeste dessen bezeichnet, was notwendig sei, um einestells der Verteuerung aller Lebensbedürfnisse ein Gegengewicht zu bieten, dann aber auch die Lage der Arbeiter in künftigen Zeiten weiter erträglich zu gestalten. Einstimmig angenommen wurde sodann der Antrag, den bis 1. Oktober geltenden Tarif am 1. August zu kündigen und für einen neu abzuschließenden die Vorschläge der Schlichtungskommission zusätzlich eines Kriegszulage von 50 Prozent als Forderungen zu stellen.

Ferner beschäftigte sich die Versammlung mit der angeführten ständig steigenden Verteuerung aller Arbeitsmaterialien geradezu brennend gewordenen Frage der Futurmaterialienlieferung. Es gelte, bei Gelegenheit der Tarifrevision auch den Mißstand aus der Welt zu schaffen, daß der Arbeiter Garne und andere Materialien aus der eigenen Tasche bezahlen und dadurch seinen Verdienst schmälern müsse, obgleich festgestellt werden könne, daß in einzelnen Geschäften die Futurmaterialien mit in Rechnung gestellt werde. Wenn die Arbeitgeber in dieser Frage bezüglich der Feinarbeiter Schwierigkeiten machen sollten, so müsse darauf verwiesen werden, daß einmal die Arbeiter schon lange die Schaffung geregelter Betriebsverhältnisse verlangen, andererseits aber auch die Verteuerung der zu den einzelnen Arbeiten notwendigen und auch den Feinarbeitern zu liefernden Futurmaterialien durchaus möglich sei. Der Antrag, bei der Tarifrevision die freie Lieferung der Futurmaterialien zu verlangen, fand einstimmige Annahme.

Zur Frage der Gewährung eines bezahlten Urlaubs wurde nach kurzer Debatte der Antrag angenommen, auch diese Forderung bei der Tarifrevision zu vertreten, und zwar in folgender Staffelform: Bei einer Beschäftigungsdauer von 6 Monaten bis 1 Jahr 3 Tage, 1 bis 3 Jahren 6 Tage, 3 bis 6 Jahren 10 Tage und über 6 Jahre 14 Tage Urlaub.

In den Kreisen der Arbeitgeber der Maßbranche machen sich in letzter Zeit Bestrebungen auf Schaffung eines Reichsttarifs geltend. Zu einer demnächst stattfindenden vorbereitenden Besprechung wurde für Berlin der Kollege Wlaffert delegiert.

Generalversammlung der Transportarbeiter.

Der Deutsche Transportarbeiterverband, Bezirk Groß-Berlin, hielt am Montag seine ordentliche Generalversammlung für das 2. Quartal ab. Bei Erläuterung des Geschäftsberichts wies der Bezirksleiter Werner darauf hin, daß zu den hohen Lebensmittelpreisen jetzt noch die unerschwinglich hohen Preise aller Bedarfsartikel kommen, so daß von einer wirtschaftlichen Besserung nicht geredet werden könne. Es müsse daher unsere Aufgabe sein, die Lohnverhältnisse der Feuererzeugung anzupassen. Lohnbewegungen fanden im letzten Quartal bei 180 Firmen mit 12 199 Beteiligten statt, wodurch eine Lohnerhöhung von 55 988,65 Mark erzielt wurde.

Die Agitation erstreckte sich auf 599 Zusammenkünfte. Neuaufnahmen wurden 741 männliche und 692 weibliche, in Summa 1433 erzielt. Der Mitgliederbestand betrug am Ende des zweiten Quartals 16 068. Der Kassenbericht ergab eine Einnahme und Ausgabe von 190 701,95 M. Der Kassenbestand betrug am Schluß des Quartals 37 774,97 M.

Am Schluß des Berichtes wies der Bezirksleiter darauf hin, daß der Tarif der Kolltuscher und Bodendarbeiter von der Organisation gekündigt worden ist.

In dem neuen, den Unternehmern eingereichten Tarif wird neben Erhöhung des Lohnes, Verkürzung der Arbeitszeit und Bezahlung der Sonntagsarbeit verlangt. Die Expediteure haben darauf geantwortet, daß sie den neuen Tarif rundweg ablehnen, aber einer Erhöhung des Lohnes um 9 M. wöchentlich zustimmen. Demgegenüber stehen die Kolltuscher und Bodendarbeiter auf dem Standpunkte, unter allen Umständen mit den Unternehmern in Verhandlung zu treten, um eine Einigung herbeizuführen.

In der Diskussion wurde gewünscht, daß künftig in dem gedruckt vorliegenden Massenbericht die Ausgaben für Unterstützungen von den persönlichen und sächlichen getrennt und mehr spezialisiert werden möge. Dem soll Rechnung getragen werden. Zwei vorliegende Anträge, die in einzelnen Fällen Urabstimmung und vor der Generalversammlung eine Funktionärversammlung wünschten, gelangten ohne Diskussion zur Ablehnung.

Kein freier Sonnabendnachmittag bei Krupp.

In Weisen von Vertretern des Kriegsamts Berlin, Münster und Düsseldorf fand im Essener Rathaus eine Verhandlung des Schlichtungsausschusses statt, in der über die Forderung des Arbeitersausschusses der Firma Krupp auf Freigabe des Sonnabendnachmittags beraten wurde. Der noch mehrstündiger Verhandlung gefällte Schiedsspruch stellt fest, daß die Forderung der Arbeitervertreter auf Arbeitszeitverkürzung zurzeit einen erheblichen Produktionsausfall ergeben würde. Dem Verlangen nach Arbeitszeitverkürzung könne nicht stattgegeben werden, da die Vertreter der Heeresverwaltung erklärten, daß ein solcher Ausfall unter keinen Umständen ertragen werden könne. Dagegen wurden die Arbeitervertreter auf die Erklärung der Vertreter der Firma Krupp verwiesen, daß sofort nach Fortfall der Kriegsnöwendigkeiten eine anderweitige Regelung der Arbeitszeit nach allen Richtungen wohlwollend geprüft werden sollte. Es soll jedoch sofort in eine Prüfung der Anregung der Arbeitervertreter eingetreten werden, ob nicht in einzelnen Betrieben Arbeitsvereinfachungen stattfinden könnten. Der für die gesamte Kruppindustrie wichtige Schiedsspruch wurde einstimmig gefaßt und beide Parteien haben sich ihm sofort unterworfen.

In Solingen wurde eine erhebliche Arbeitszeitverkürzung durchgeführt. Eine von 2000 Personen besuchte Arbeiterversammlung stimmte den Vereinbarungen mit den Arbeitgebern zu, wonach die Arbeitszeit, die bisher 55 bis 63 Stunden, durchschnittlich 54 1/2 Stunden wöchentlich betrug, in der ganzen Industrie einheitlich auf 54 Stunden, für Feuerarbeiter auf 52 Stunden wöchentlich herabgesetzt wird. Alle Arbeiter, auch die Akkordarbeiter, erhalten für die ausfallende Arbeitszeit eine Lohnentschädigung.

Unternehmer und Angestelltenbewegung.

In Duisburg fand vorige Woche eine imposante Angestelltenversammlung statt, deren Verlauf zeigte, daß die Angestellten mehr und mehr ihre Klassenlage zu erkennen beginnen.

Diese Versammlung hat auf die dortige Großindustrie einen nachhaltigen Eindruck gemacht. Bemerkenswert ist eine Unablässigkeit der „Bergerzeitung“, die im Anschluß an den Versammlungsbericht sich wie folgt äußert:

Die in ihr (der Versammlung) zum Ausdruck gekommene Stimmung scheint typisch zu sein für die heutige Denkungsweise sehr vieler Kreise der Angestellten. Diese Haltung kann geschlossen werden daraus, daß den radikalsten Ausführungen der Redner nicht widersprochen wurde, daß im Gegenteil der Beifall um so härter und nachhaltiger war, je radikaler die Gedanken und Worte der Redner klangen. Daß selbst eine Organisation, wie der Gruben- und Fabrikbeamtenverband, der sonst auf gemäßigtem Boden steht, derartigen Kundgebungen sich anschließt und sogar in der letzten Nummer seiner Zeitung seine Mitglieder wiederholt zu zahlreichem Besuche auffordert, bezeugt genug.

Von Verständigung war nur an sehr wenigen Stellen die Rede. Widerhall fanden diese Worte überhaupt nicht. Dagegen erfreuten sich die Forderungen auf nachdrücklichen Kampf des ärztlichen Beifalls. Besonders bedenklich erscheint auch vom Standpunkt der Angestellten die Bildung einer Einheitsfront mit den Kampfgewerkschaften. Es besteht die große Gefahr, daß die Sozialdemokratie sich auch der Angestelltenbewegung bemächtigt. Die früher gemäßigten Verbände haben, wie der Verlauf der Versammlung klar erwies, die Führung vollkommen verloren. Selbst wenn sie wollen, können sie nicht mehr zurück.

Nach den Erfahrungen der letzten Zeit ist eine sehr schnelle Einkensentwicklung höchstwahrscheinlich. Vielesicht gebrauchen die Angestelltenverbände zu einer Entwicklung, zu der die Kampfgewerkschaften 30 bis 40 Jahre benötigen haben, nur noch 2 oder 3 Jahre. Wähler haben erst wenige Arbeitgeber erkannt, wie wichtig es ist, die Organisationsbestrebungen derjenigen Angestellten zu unterstützen, die mit der Verteilung friedlich verhandeln wollen. Wenn Bestrebungen dieser Art in Zukunft nicht eine ganz andere Berücksichtigung erfahren, können sehr leicht Folgen eintreten, die in ihrer Schwere jetzt noch nicht übersehbar sind.

Wer von den Angestellten noch nicht überzeugt sein sollte, daß sie nur durch festen Zusammenhalt etwas erreichen können, der wird durch die Drohung auf Fälschung und Unterstützung gelber Angestelltenverbände wohl belehrt worden sein.

Verkürzung der Arbeitszeit in der sächsischen Metallindustrie.

Der Metallarbeiterverband, Verwaltungsstelle Dresden, ist in eine Bewegung zur Herbeiführung einer kürzeren Arbeitszeit eingetreten. In einer ganzen Reihe von Betrieben wurden den Unternehmern durch die Arbeiterausschüsse Beschlüsse von Betriebsversammlungen unterbreitet, die eine Verkürzung der Arbeitszeit fordern. Die Unternehmer haben den Wünschen der Arbeiter nicht jedoch nicht Rechnung getragen, sondern darauf verwiesen, daß diese Forderungen von Organisation zu Organisation geregelt werden müßten. Hierauf hat eine Besprechung der Beauftragten der Metallarbeiter mit dem Vorstand des Metallindustriellenverbandes der Kreisbaupmannschaft Dresden stattgefunden. Von den Unternehmern wurde eine Verkürzung der Arbeitszeit als nicht durchführbar erklärt. Sachten habe schon im allgemeinen die kürzeste Arbeitszeit in ganz Deutschland, eine weitere Herabsetzung sei nicht notwendig. Im übrigen würde durch eine Verkürzung der Arbeitszeit ein merklicher Produktionsausfall eintreten. Eine Verkürzung der Metallarbeiter beschäftigte sich jetzt mit dieser Angelegenheit. Es wurde ausgeführt, daß die Frage der Arbeitszeitverkürzung nicht wieder von der Tagesordnung verschwinden werde. Nicht ganz mit Unrecht konnten die Industriellen ins Feld führen, daß es einen großen Teil von Arbeitern und speziell Arbeiterinnen gäbe, die durch Überstunden den Beweis erbringen, daß eine 50-kündige Arbeitszeit noch längst nicht das Höchstmögliche von zu leistenden Arbeitsstunden sei. Verschiedene Behörden vertreten, so wurde weiter betont, die Auffassung, daß eine Arbeitszeitverkürzung gleichzeitig auch Produktionsausfall bedeuten müsse. Sie rechneten aber nicht damit, daß die heutige Ernährungsweise einen Zusammenbruch unserer ganzen Volkswirtschaft mit sich bringen müsse, wenn nicht durch eine Verkürzung der Arbeitszeit die Arbeitskraft des einzelnen sowie die der Allgemeinheit geschont werde. Für die Arbeiter sei also letzten Endes die Frage der Arbeitszeitverkürzung eine Existenzfrage. Die Kriegsdienstliche XII glaubt, daß die Einführung des Achtstundentages nur auf breiterer Basis, d. h. nur für ganz Deutschland, geregelt werden könne. Die Zentralverbände der Gewerkschaften müßten eventuell in Verhandlungen mit dem Kriegsamts Berlin treten. — Die Versammlung der Metallarbeiter protestierte schließlich gegen den ablehnenden Bescheid der Industriellen.

Anschluß an den Reichsbund.

Die Ortsgruppe Groß-Berlin des Bundes Deutscher Kriegsbeschädigter, Sitz Hamburg, hat in ihrer Versammlung vom 4. August ihre Auflösung beschlossen und dem Reichsbund der Kriegsbeschädigten und ehemaligen Kriegsteilnehmer das Mitgliederverzeichnis zwecks Aufnahme der Mitglieder in den Reichsbund zur Verfügung gestellt. Die Berliner Mitglieder des Hamburger Bundes haben damit zum Ausdruck gebracht, daß sie auf dem Boden der Einigung stehen und die Zersplitterungsaktivität ihrer Bundesleitung in Hamburg nicht billigen.

Parteinachrichten.

Das Wahlrecht darf nicht besprochen werden.

In zwei Mitgliederversammlungen der Partei im Bezirk der Stadt Dortmund sollte Reichstagsabgeordneter R. König am 11. August über die Tätigkeit der Reichstagsfraktion berichten. Beide Versammlungen wurden aber nur mit der Einschränkung genehmigt, daß über das Wahlrecht nicht gesprochen werden dürfe. Die Versammlungen sollten hauptsächlich der Klärung von Meinungsverschiedenheiten dienen, die hier und da über die letzte Zustimmung zu den Kriegskrediten entstanden waren. Dem Bericht des Genossen König folgte bei sehr gutem Besuch auch eine ausgiebige Aussprache, in der sich erwies, daß es hauptsächlich die Mängel der Lebensmittelversorgung sind, die eine fast verzweifelte Unzufriedenheit schaffen; auch die Teuerung, mit der die Löhne nicht Schritt halten, verursacht wachsende Erbitterung. Aus allen Ausführungen aber klang das kriegsbedingte Mißtrauen in die Regierung wegen ihrer Haltung in der Wahlrechtsfrage und dem Abschluß des Friedens. Im Bezirk Dortmund-Fring konnte der Versammlungsleiter in bezug auf die Fraktionspolitik die volle Übereinstimmung mit dem Vortragenden feststellen, während in Dortmund-Stadt folgende Entschlüsse einstimmig angenommen wurden:

Die Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins der Stadt Dortmund erklärt sich mit der Zustimmung der Reichstagsfraktion zu den Kriegskrediten einverstanden. Sie billigt die Arbeiten der Fraktion und erkennt an, daß sie im Interesse der Arbeiterklasse geschehen sind. Doch erwarten die Versammelten, daß die Reichstagsfraktion der Regierung den schärfsten Kampf erklärt, wenn sie von der Bahn des Verständigungsfriedens abgeht und den Krieg nicht beendet, wenn die Gegner zu einem ehrenvollen Frieden bereit sind oder die Regierung ihre Zusagen einer freibeitlicheren Verfassung Preußens nicht erfüllt.

Die Versammelten erkennen ferner an, daß die Fraktion in der Lebensmittelfrage pflichtbewußt gehandelt hat, aber sie wünscht, daß die Regierung ganz entschieden zu einem besseren und gerechteren System der Versorgung gedrängt und vor allem dem Höchstpreismittel der verschiedenen Reichsstellen ein Ende gemacht wird.

Die Reichstagsfraktion muß entschieden gegen den Konflikt protestieren, der jetzt dem Volk in der Wahlrechtsfrage angelegt wird, da er eine Beleidigung und Entwürdigung der Bevölkerung ist, die in diesem Kriege ganz ungeheure Leistungen vollbracht hat.

Zur Taktik der Partei nahm eine Kreiskonferenz für Bonn-Rheinbach Stellung. Nach einem Vortrag des Genossen Söllmann (Köln) wurde einstimmig dieselbe Entschlossenheit wie in Köln angenommen, die von uns schon veröffentlicht ist. Auch die Wahlkreisorganisation in Trier stellte sich auf den Boden der Kölner Entschlossenheit.

Industrie und Handel.

Die Fabrikation künstlichen Gummis.

Die „Frankfurter Zeitung“ berichtet über die Möglichkeit der Gummifabrikation auf künstlicher Grundlage im Inlande. Die Diskussion über den synthetischen Kautschuk wurde angesetzt durch eine Meldung, wonach die Farbenfabriken vorm. Friedrich Bayer u. Co. in Leverkusen umfangreiche Neuanlagen für künstlichen Kautschuk herstellen. Ueber dieses Problem hat die zuständige Stelle, Geheimrat Duisberg, bei Entgegennahme der ihm verliehenen Ehrenmedaille im Frühjahr Auskunft gegeben. Danach war technisch das Problem schon im Frieden gelöst worden; man hatte aber die bereits ausgenommene Herstellung wieder einstellen müssen, als der Preis für Plantagengummi von 80 M. auf 4 M. das Kilogramm fiel. Als dann im Laufe des Krieges empfindlicher Gummimangel eintrat, waren leider die Apparate längst abgebaut, vor allem aber fehlten die Rohstoffe Aceton und Aluminium. Bald aber gelang es bekanntlich, beide im Inland herzustellen, und die Leistungsfähigkeit ist für Aceton wie für Aluminium im ständigen Steigen; während jener aus Kohle und Karbid gewonnen wird, wurde unter finanzieller Mitwirkung des Staates auch die Aluminiumgewinnung im großen ausgenommen, hauptsächlich durch Ortesheim-Elektron, die in Gemeinschaft mit der Metallgesellschaft drei Anlagen errichtet hat, aber auch durch andere Konzerne. Nach Erledigung dieser wichtigen Vorklagen konnte man an die Kautschukgewinnung gehen. Diese hat relativ wenig Schwierigkeiten, soweit Hartgummi in Betracht kam, während Weichgummi namentlich anfänglich außerordentlich schwierige Probleme zu lösen gab. Wie die Meldung über weitere Neubauten vermuten läßt, scheint seit jener Rede die Entwicklung nicht still gestanden zu sein, tatsächlich hört man auch von größeren Fortschritten der Gummifabrikation. Die offene Frage gegenüber diesen technischen Fortschritten ist immer: wie verhält es sich mit der wirtschaftlichen Konkurrenzfähigkeit gegenüber den alten Waren? Die Frage beantwortet sich bei den verschiedenen Erzeugnissen ganz außerordentlich verschieden. Synthetischer Kautschuk — so wie es wenigstens bisher — dürfte zu den Stoffen gehören, bei denen die Konkurrenzfähigkeit recht zu wackeln ist; namentlich wenn man die Verkaufspreise hört. Diese stellen sich auf ein Vielfaches der Londoner Kautschuknotierung. Dabei ist zunächst zu bemerken, daß Plantagengummi eines der ganz wenigen wichtigen Weltwaren ist, die infolge Ueberproduktion heute eher billiger sind als im Frieden. Weiter aber ist zu bedenken, daß für die Vorprodukte des Kautschuks zurzeit anormale Preise zu zahlen sind, einige hundert Prozent mehr als im Frieden. Und schließlich dürften die Fabrikanten nach den zurzeit üblichen Grundsätzen ihre Kalkulation so „vorsichtig“ wie nur möglich aufstellen, d. h. also nicht nur auf eine möglichst sofortige Amortisation der Anlagen, sondern auch auf entsprechende Gewinne hinrichten.

Nachmals die Stapelfaser.

Der „Köln. Volksztg.“ wird über das Ausmaß der Herstellung von Stapelfasern von einem Fachmann geschrieben: Die Ver. Glanzstoff-Fabriken, Elberfeld, die eigentlichen Führer auf diesem Gebiete, haben 25 Jahre gebraucht, um über die Kunstfaserherstellung mit großen Opfern und sächlichen Leistungen einen wirklich brauchbaren Wolleersatz herzustellen. Erst jetzt sind sie soweit gekommen, daß ein tadelloser, der Schafwolle vollständig erziehender Rohstoff hergestellt wird, der nur den Nachteil hat, daß er noch ziemlich teuer kommt, und daß er nur in beschränkter Menge hergestellt werden kann. Alles, was davon bis jetzt davon erzeugt wird, ist für den Bedarf der Heeresverwaltung beschlagnahmt und auch tatsächlich erforderlich; für den Zivilbedarf wird Stapelfaser in absehbarer Zeit nicht zur Verfügung stehen. Zwar arbeiten jetzt bereits sechs Fabriken in Deutschland an der Herstellung des Stapelfaserrohstoffes; deren Erzeugung ist aber schon deshalb beschränkt, weil zurzeit nicht genügend Chemikalien, die zur Herstellung erforderlich sind, zur Verfügung gestellt werden können.

Endverhängende Kreise halten es deshalb für ausgeschlossen, daß in den nächsten Jahren, d. h. während der Kriegsdauer, eine Erzeugung von 20 Millionen Kilo auch nur annähernd erreicht wird; demgegenüber war der regelmäßige Bedarf an Schafwolle in Deutschland bisher mehr als 200 Millionen Kilo jährlich. Die Stapelfaser kann also zunächst noch nicht den zehnten Teil des erforderlichen Wollebedarfs ersetzen und dieser Teil wird für den Heeresbedarf als Ergänzung der einheimischen Wolleerzeugung Verwendung finden.

Dagegen ist zuzugeben, daß das Erzeugnis von Stapelfaser, wie es jetzt hergestellt wird, die Wolle vollständig ersetzt, ja noch an Haltbarkeit, Elastizität und Wärme übertrifft, so daß sich in künftigen Friedenszeiten die völlige Unabhängigkeit Deutschlands von der australischen, südafrikanischen und La-Plata-Wolleerzeugung ergeben wird. Reichlich 400 Millionen Mark jährlich (zu Friedenspreisen berechnet) können dadurch der deutschen Volkswirtschaft erhalten bleiben.

Ein neues großes Kohleunternehmen.

Zwischen der Fürstlich Gleichen Generaldirektion und der Firma Weer, Sondheimer u. Co., einer der größten deutschen Metallhandelsfirmen, ist ein Vertrag zustande gekommen, demzufolge die Frankfurter Firma an der Verwertung der Gleichen Kohlenfelder sich maßgeblich beteiligt. Die neuen Ausschubarbeiten sollen sobald als möglich begonnen werden. Geplant ist zunächst die Anlage eines großen Elektrizitätswerkes sowie der Bau chemischer Fabriken, um die gewonnene Kohle im eigenen Betriebe verarbeiten zu können. Das Objekt beläuft sich insgesamt auf mehrere Hundert Millionen Mark.

Die glänzende Konjunktur in der Zuckerindustrie. Der Aufsichtsrat der Traubenberger Zuckerfabrik A.-G. hat beschlossen, der ordentlichen Hauptversammlung bei etwa gleichen Abweichungen wie im Vorjahr (i. R. 59 000 M.) eine Dividende von 10 Prozent gegen 6 Proz. für 1916/17 und 4 Proz. für 1915/16 zur Verteilung vorzuschlagen.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Sonntag mittags. Wichtig warnen, veränderliche Bewölkung, im Westen nur vereinzelt, östlich der Eder zahlreichere, größtenteils geringe Regenschauer, hiesige Gewitter.

Verantwortlich für Politik: Erich Ruttner, Berlin; für den übrigen Teil des Reiches: Alfred Scholz, Reutlin; für Einzelne: Theodor Glöck, Berlin. Verlag: Sonnenschein-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Sonnenschein-Verlag, Berlin. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. in Berlin, Lindenstraße 3. Stern 1. Beilage zum Unterpostamt.